

Außerordentlicher Bundesparteitag Berlin Agenda 2010

SPD-Parteivorstand
Archiv/Dokumentation
Stresemannstr. 30
10963 Berlin

1. Juni 2003

SPD

Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung	6
Eröffnung	7
Konstituierung	11
Rede des Parteivorsitzenden	13
Aussprache Generaldebatte	28
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission	59
Bericht der Antragskommission „Agenda 2010“	60
Berichtersteller: Franz Müntefering	
Antragsberatung Agenda 2010 – Leitantrag „Mut zur Veränderung“	
A „Erneuerung hat bei uns Tradition“	67
B „Herausforderung und Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts“	67
C „Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010“	68
D „Arbeit und Wachstum“	68
E „Bildung, Ausbildung und Innovation	70
F „Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“	71
G „Zukunftssicherung der sozialen Systeme“	87
Schlußabstimmung Leitantrag	111
Leitantrag 2 „Wege zu einem neuen Fortschritt“	111
Schlusswort Gerhard Schröder	125
Anhang	
Delegiertenliste	127
Rednerverzeichnis	139

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut §15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Eröffnung

Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns beginnen! Liebe Gäste! Ich begrüße Euch in Berlin. Stellvertretend für eine ganze Reihe von Gästen heiße ich Hans-Jochen Vogel und Michael Sommer willkommen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, hier an diesem Ort haben wir vor genau einem Jahr unser Programm „Erneuerung und Zusammenhalt“ beschlossen, wofür uns die Menschen in Deutschland das Mandat zur Fortsetzung unserer Regierungsarbeit gegeben haben. Um diesen Auftrag geht es heute. Seien wir uns darüber im Klaren: wer diesen Auftrag in einer Zeit verspielt, die nach Veränderungen ruft und Entscheidungen erfordert, verliert mehr als dieses eine Mandat.

(Beifall)

Es geht um das Vertrauen in die Fähigkeit und Entschlossenheit der Sozialdemokratie, gerade unter schwierigen Bedingungen Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu machen. Ich bin überzeugt, dass wir heute zu dieser Entschlossenheit finden werden. Ich habe keinen Zweifel, dass wir die Fähigkeit besitzen, eine bewegte Debatte in noch bewegteren Zeiten so zu führen, dass ein gemeinsamer Gestaltungswille sichtbar wird. Was eine einzige Partei bedeutet und erreichen kann, haben uns Henning Scherf und die Bremer vor einer Woche gezeigt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Diskussionen in den vergangenen Wochen haben unter uns, unter unseren Mitgliedern in den Ortsvereinen und Landesverbänden viele bewegt. Das ist kein Manko. Das ist die Stärke einer Partei, die ihren Willen zur politischen Macht noch nie losgelöst von Zielen und Inhalten gesehen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Entscheidungsfragen haben in der deutschen Sozialdemokratie immer wieder Grundsatzdebatten ausgelöst. Das gehört zu ihrem Wesen als demokratische Programmpartei. Solche Debatten geschehen scheinbar immer zur Unzeit. Selten ist die rechte Zeit. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, rechtzeitig ist immer, bevor es zu spät ist. Nach schweren politischen Niederlagen ist es zu spät.

(Vereinzelt Beifall)

Machen wir uns klar, was schon andere vor uns wussten: Wenn die Wirklichkeit den Mut zur Veränderung der eigenen Prioritäten erfordert, müssen zwei Funktionen auf einem Nenner sein, die auch nicht zum ersten Mal in einer Person zusammenfallen. Gerhard Schröder muss als Bundeskanzler von Amts wegen Entschei-

dungen vorgeben können und zugleich als Bundesvorsitzender zur Entscheidung führen dürfen.

(Beifall)

Dass sich Gerhard Schröder mit der ganzen Autorität seines Amtes und seiner Person für das Konzept der Agenda 2010 als inhaltliche Grundlage seiner Arbeit einsetzt, das ist wahrlich nicht kritikwürdig. Das Gegenteil wäre zu kritisieren.

(Vereinzelt Beifall)

Handlungsfähigkeit der Regierung und politischer Gestaltungswille gehören zwingend zusammen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, geht es hier und heute nicht um einen weiteren Kompromiss, sondern um das, was man Kohärenz nennt: auf gleicher Wellenlänge sein, das Denken, Reden und Handeln auf gemeinsame Ziele ausrichten. Damit hat die SPD mehr als ein Jahrhundert Erfahrung. Sie hat immer wieder Entscheidungen treffen und die Fähigkeit entwickeln müssen, konkrete Politik zu machen, die nicht die Programme, sondern die Probleme diktiert. Sie hat aber im Wandel der Zeit am Kern ihrer Überzeugung festhalten können, die ohne einen Vorschuss an Zielen, ohne eine organisierende Idee nicht durch 140 Jahre getragen hätte.

Der Kern sozialdemokratischer Identität bleibt die Überzeugung, die sich seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch die Geschichte der Sozialdemokratie zieht: Durch gemeinsames politisches Handeln die Emanzipation des Menschen über die Verhältnisse voranbringen zu können. Die ökonomischen Verhältnisse haben nicht das letzte Wort über die Stellung des Menschen in der Gesellschaft. Politische und menschliche Emanzipation kennzeichneten ein sozialdemokratisches Jahrhundert, das im modernen Sozialstaat Bürgerrechte für alle schuf, und zwar aus dem Wechselspiel zweier Forderungen, für die wir stehen: dem Recht auf Arbeit und dem Recht durch Arbeit.

Der Sozialstaat unserer Tradition, liebe Genossen und Genossinnen, ist kein Wohlfahrtsstaat, der nachsorgend leistet, was immer schon als moralisch gebotene Hilfe gegenüber Armen und Behinderten galt. Nach unserem Verständnis ist der Sozialstaat auch nie ein umfassender Versorgungsstaat gewesen, selbst wenn manche heute diesen Anspruch einklagen.

Unser Ansatz ist am ehesten der Vorsorgestaat, der für die Befähigung des Einzelnen zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung sorgt. Er verstaatlicht nicht die Absicherung gegen Lebensrisiken, sondern sorgt dafür, dass Menschen für Menschen eintreten, Sozialeigentum bilden, mit dem sie sich und andere vor diesen Risiken schützen. Und er sorgt vor allem dafür, dass die Chancen des Einzelnen durch den Zugang zu öffentlichen Gütern und individueller Förderung verbessert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, die neue soziale Frage, die sich aus der wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Krise der sozialstaatlichen Instrumente ergibt, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als sich wiederum der Hausaufgabe der Sozialdemokratie zu widmen, eine neue Antwort auf die soziale Frage der neuen Epoche zu finden. Alles gehört auf den Prüfstand, gewiss. Aber doch nicht die Überzeugung, dass soziale Gerechtigkeit, also die gleiche Freiheit zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Verantwortung angesichts der ungleichen Verteilung von Chancen, Macht und Ressourcen, zu den Akten gehörte!

Die Reform des Sozialstaats – wörtlich heißt „Reform“: Wiederherstellung – ist unvermeidlich. Ich meine, wir haben gar keine andere Wahl, als alle Instrumente wirtschaftlicher Steuerung und sozialer Sicherung nach ihrer Reformfähigkeit abzuklopfen, und zwar mit dem Ziel eines globalisierungsfesten sozialen Modells europäischer Reichweite. Dieses Sozialmodell, das zum Kern der modernen europäischen Zivilisation zählt, gilt es nicht nur auf der Grundlinie zu verteidigen, sondern selbstbewusst als Quelle von Wohlstand, als Säule und Geschäftsgrundlage der Demokratie weiterzuentwickeln. Andere haben es uns doch erfolgreich vorgemacht, ohne den neoliberalen Nachtwächterstaat einzuführen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Bildung und Qualifikation bestimmen beim Übergang in eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft über Teilhabe und Höhe des gesellschaftlichen Reichtums. Die Förderung des Arbeitsvermögens, des so genannten Humankapitals, der Brückenbau zwischen verschiedenen Qualifikationen, zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Erwerbsarbeit, zwischen Lebensphasen, Alter und Geschlecht – das alles rückt in den Mittelpunkt aktiver Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der neue Gesellschaftsvertrag kann sich nicht darauf beschränken, gegen das Armutsrisiko zu versichern; er muss Arbeit als Quelle gesellschaftlicher Teilhabe und Eigenverantwortung wieder in den Mittelpunkt stellen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist deshalb zum Zentrum von Gerechtigkeitspolitik heute geworden, dem alles andere zuzuordnen ist. Darum geht es bei unseren Beratungen zur Agenda 2010.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen den Blick weiter nach vorn richten. Die Tagesordnung 2010 ist ein erster Horizont, liebe Genossinnen und Genossen. Lasst uns jetzt dafür die Wege ebnen und zugleich weitermachen. Gerhard Schröder hat die Diskussion eröffnet und die Partei hat sie angenommen. Die Tagesordnung des kommenden Parteitags liegt schon auf dem Tisch. Wir müssen die Initiative gewinnen und dürfen sie nicht länger den Problemen überlassen und als Gebeutelte des Sach- und Sparzwangs erscheinen. Wir haben die Initiative zu ergreifen. Was hindert uns, bei den bevorstehenden Reformaufgaben auf die Bereitschaft der Menschen zu setzen? Denken wir daran, mit welcher Reife und Unabhängigkeit im Urteil die große Mehrheit uns in einer Politik folgte, in der wir trotz mächtigem Gegenwind bei unseren Grundsätzen blieben, in

unserer festen Haltung für das Völkerrecht und für die Absage an den Krieg als Politik mit anderen Mitteln. Daran können wir anknüpfen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Debatte ist eröffnet – auf der Höhe der Zeit. Folgen wir dem berühmten Motto des französischen Sozialisten Jean Jaurès: Tradition bewahren heißt nicht, Asche verwalten, sondern die Flamme am Brennen halten.

Der Parteitag ist eröffnet.

(Beifall)

Konstituierung

Rüdiger Fikentscher, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch Formalitäten müssen sein. Deswegen ist zunächst das Parteitagspräsidium zu wählen. Dafür bin ich als Vorsitzender des Parteirates zuständig. Vorgeschlagen wurden: Kurt Beck, Ute Vogt, Peer Steinbrück, Heide Simonis und Franz Maget. Weitere Vorschläge liegen nicht vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer diesem Vorschlag folgt, den bitte ich, die Karte zu zeigen. Das ist ohne Zweifel die Mehrheit. Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann sind die Genannten gewählt. Ich bitte sie, die Arbeit aufzunehmen, und wünsche, dass die Führung des Parteitags gut vonstatten geht. Danke.

Vorsitzender Franz Maget: Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Gäste! Auch im Namen des Präsidiums darf ich Euch und Ihnen einen guten Morgen wünschen und mich für das Vertrauen bedanken, dass wir diesen wichtigen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heute leiten dürfen.

Ich darf zunächst die Tagesordnung dieses Parteitags, die Euch vorliegt, zur Abstimmung stellen. Ich darf fragen, ob es dazu Wortmeldungen oder Änderungswünsche gibt. – Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann wollen wir über die vorliegende Tagesordnung abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Tagesordnung ist damit so beschlossen.

Wir haben uns ferner eine Geschäftsordnung zu geben, die ebenfalls in Euren Tagungsunterlagen mit enthalten ist. Auch hier frage ich, ob es Änderungswünsche zur Geschäftsordnung gibt. – Das ist auch nicht der Fall. Dann stelle ich die Geschäftsordnung zur Abstimmung. Wer der Geschäftsordnung zustimmt, der möge ein Kartenzeichen geben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Geschäftsordnung ist damit ebenfalls beschlossen. Ich darf darauf hinweisen, dass damit für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten beschlossen worden ist, und ich darf weiter darauf hinweisen, dass Wortmeldungen auf den hierfür vorgesehenen Wortmeldungskarten an dem Tisch am Rande des Präsidiums, von mir aus gesehen rechts, abzugeben sind.

Wir haben dann noch über die Mandatsprüfungs- und Zählkommission zu befinden. Hierzu liegt ebenfalls ein Vorschlag der Bezirke und Landesverbände vor, den ich zur Abstimmung stelle. Wer mit dieser Mandatsprüfungs- und Zählkommission einverstanden ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen. Ich nehme das als ein gutes Zeichen für den weiteren Verlauf des Parteitags.

Ich möchte Euch noch auf Folgendes hinweisen – dafür bitte ich um Eure Aufmerksamkeit: Es gibt eine Frist für das Einbringen von Initiativanträgen; diese Frist ist

11.15 Uhr. Nur bis 11.15 Uhr können also Initiativanträge bei der Antragskommission entgegengenommen werden.

Ferner darf ich noch darauf hinweisen, dass unmittelbar nach der Rede des Parteivorsitzenden die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission sich ebenfalls an dem Tisch – von Euch aus gesehen, links neben dem Präsidium zusammenfinden sollen.

Vorsitzender Franz Maget: Soweit die notwendigen Vorbereitungen. Wir kommen damit zur Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers. Gerhard Schröder hat das Wort.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Vorige Woche haben wir den 140. Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie gefeiert. Wir haben uns miteinander unserer großen Geschichte und unserer sozialdemokratischen Werte versichert: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir haben uns miteinander daran erinnert, was unseren Stolz auf unsere Partei ausmacht als die älteste, die größte und – das sagen wir sehr selbstbewusst – als die beste Partei, die es in Deutschland gibt:

(Beifall)

Festigkeit in den Prinzipien, aber auch die Fähigkeit, uns und die Gesellschaft immer wieder zu erneuern, die Bereitschaft, kühne Ziele zu formulieren und uns den notwendigen Veränderungen zu stellen, also die Begeisterung, das Morgen denken zu wollen, und die Entschlossenheit, das Heute zu gestalten: Das, liebe Freundinnen und Freunde, ist es, was uns stolz macht auf unsere Partei.

Deshalb haben uns die Menschen im September 2002 wiedergewählt. Uns trauen sie zu, dass wir die Chancen des Wandels nutzen und dass wir unsere Gesellschaft in eine gute Zukunft führen. Dieses Wahlergebnis war – wir erinnern uns doch noch, wie nahezu aussichtslos wir zurücklagen – ein gemeinsamer, ein gewaltiger Erfolg unser aller Anstrengungen.

(Beifall)

Aber dieser Erfolg ist auch eine große Verantwortung – darum geht es jetzt –, die wir für unser Land und für die Zukunft haben. Er ist aber auch eine Verantwortung dafür, die Menschen von dem zu überzeugen, was jetzt notwendig ist, sie auf unserem Weg mitzunehmen und sie für die neuen Chancen, die wir diesem Land eröffnen wollen, auch zu begeistern.

Das ist auch die herausragende Verantwortung dieses Parteitages, liebe Genossinnen und Genossen. Die Partei war es selbst, die diesen Parteitag gewollt hat. Sie hat sich diesen nicht immer ganz einfachen Diskussionsprozess zugetraut und sie hat sich ihm gestellt, weil sich seit unserem Wahlerfolg so vieles geändert hat, weil wir in mancher Hinsicht vor einer wirklichen politischen Zäsur stehen und vor allem weil die SPD nicht neben der Gesellschaft, sondern in ihrer Mitte handelt.

Die Fragen, die wir uns heute stellen, sind die Fragen, die sich auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land stellen – ob sie zu den Jüngeren oder zu den Älteren gehören, ob sie Arbeit haben oder ob sie Arbeit suchen. Das war auch der Grund, warum wir den Weg der Regionalkonferenzen gewählt haben. Nicht zuletzt wollten wir durch diese Debatte einander näher kommen, um die Lösung nicht im schrillen Geheul der Medien und der Verbandsvertreter, sondern in der Debatte unter uns of-

fen, kontrovers und ehrlich zu suchen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen also den Erfahrungsaustausch mit denen, die diese Probleme hautnah erleben: Im Betrieb, im Ortsverein, als Auszubildende oder als Mittelständler.

Ich denke, wir alle haben in diesem Prozess eine ganze Menge gelernt. Heute geht es darum, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land zu beweisen, dass sich unsere Mühe gelohnt hat. Denn die Menschen sind es, die von uns klare Antworten erwarten. Sie erwarten von uns die Fähigkeit, dass wir nicht nur wissen, was getan werden muss, sondern dass wir vor allen Dingen nun auch das tun, was wir miteinander für richtig erkannt haben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, niemand darf sich etwas vormachen. Heute wird auf unsere Partei, auf die Sozialdemokraten geschaut. Es wird darauf geschaut, ob wir den Mut aufbringen, die Herausforderungen einer veränderten ökonomischen und demographischen Wirklichkeit anzunehmen, ob wir den Mut haben, Weichen zu stellen und unsere Gesellschaft mit diesen Weichenstellungen in eine gute, in eine bessere Zukunft zu führen. Das heißt aber zunächst, dass wir den Mut haben müssen, die Wahrheit auszusprechen. Von der Realität zu reden ist etwas, was wir uns zutrauen, um anderen Zutrauen zu geben. „Aussprechen, was ist“ – diesen Satz von Ferdinand Lassalles müssen wir uns vor Augen halten; denn dieser steht zu Recht ganz am Anfang unserer Parteigeschichte.

Wir müssen den Mut zeigen, anzuerkennen, dass die Zahl der Arbeitslosen nicht nur aus konjunkturellen Gründen auf mehr als 4 Millionen angestiegen ist, sondern dass es dafür auch strukturelle Ursachen gibt. Diese Ursachen müssen wir erkennen und beseitigen. Das ist die Verantwortung, von der ich rede, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir müssen zum Beispiel auch anerkennen, dass die Lohnnebenkosten von 32 Prozent im Jahre 1982 auf inzwischen 43 Prozent gestiegen sind. Liebe Freundinnen und Freunde, das sind eben keine abstrakten Zahlen, sondern das sind Abgaben, die so unerträglich auf die Löhne und Gehälter drücken. Einerseits behalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer weniger von ihrem Bruttogehalt in der Tasche und andererseits wird es wegen dieser Entwicklung für die Unternehmen immer teurer, neue Arbeitsmöglichkeiten, die wir so dringend brauchen, zu schaffen. Wir müssen also an dieser Stelle handeln.

Wir müssen auch anerkennen, dass wir inzwischen 62 Prozent unseres Bundeshaushaltes für Schuldendienst und Sozialausgaben verwenden. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist zu viel; denn es ist auch Geld, das uns für Investitionen in die Zukunft und in die Chancen unserer Kinder häufig genug fehlt.

(Beifall)

Wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsvorsorge und der Alterssicherung schlicht nicht mehr bezahlbar wären. Da liegen die strukturellen Probleme, an die wir heranmüssen. Das sind die Gründe dafür, dass die Reform unserer sozialen Sicherungssysteme jetzt – und zwar jetzt sofort – notwendig ist und von uns angepackt werden muss. Wer, wenn nicht wir, soll dies tun, liebe Genossinnen und Genossen?

Es ist wahr – wir müssen das begreifen –: Wer versucht, die Realität zu verdrängen, den drängt die Realität beiseite. Wir müssen erkennen: Wenn wir uns dieser notwendigen Gestaltungsaufgabe verweigern, dann stehen andere schon bereit, die diese Gestaltung nicht in unserem Sinne, sondern gegen uns und gegen unsere Wertvorstellung vollziehen werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das ist es doch, wofür ich werbe und wofür wir alle, die in der Parteiführung und in der Regierung sind, kämpfen, nämlich für das, was Sozialdemokraten immer ausgemacht hat: Wir wollen gestalten – nicht zuletzt durch Regierungsmacht – und wir wollen uns eben nicht beiseite drücken lassen; die Konsequenzen müssten die Menschen, für die wir handeln wollen, ausbaden. Das ist unsere Aufgabe immer gewesen. Wir haben sie immer erfüllt und werden es auch wieder tun, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Aber wahr ist auch – auch das gehört auf diesen Parteitag, mitten hinein in unsere Debatte, dass unser Politikverständnis eben niemals dabei stehen geblieben ist, das jetzt Notwendige zu tun und uns etwa in das Unvermeidliche zu fügen. Nein, gerade weil wir den Kampf für eine bessere Zukunft immer wieder aufs Neue annehmen, müssen wir heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Kinder und deren Kinder ihr Leben frei gestalten können, nämlich so, wie sie es wollen, und nicht so, wie wir wollen, dass sie es zu wollen hätten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Fairness kommenden Generationen gegenüber der tieferen, die Generationen verbindende Sinn des Satzes ist, dass für uns die Freiheit stets an erster Stelle steht. Liebe Genossinnen und Genossen, damit hängt zusammen, dass wir heute den Mut zu Veränderungen aufbringen müssen. Damit hängt zusammen, dass wir den Kampf um diese Veränderungen gegen alle Widerstände in unserer Gesellschaft führen müssen. Unsere Grundwerte, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, sind unverbrüchlich und sie werden auch nicht infrage gestellt. An ihnen darf und an ihnen wird sich nichts ändern.

Was sich aber immer wieder ändern muss – das müssen wir heute begreifen – und was von diesem Parteitag ausgehen muss, das sind die Mittel, mit denen wir versuchen, diese Werte in der politischen und in der sozialen Wirklichkeit umzusetzen. Noch einmal: Es geht nicht um die Preisgabe dieser Wertvorstellungen. Es geht um neue Instrumente, mit der Gestaltungsmacht aus der Regierung heraus unter radikal veränderten Bedingungen diese Werte politische und soziale Wirklichkeit bleiben zu lassen, liebe Freundinnen und Freunde. Darum geht es.

(Beifall)

Es geht darum, dass wir es sind, die erkennen, dass sozialdemokratische Politik niemals bedeuten darf, dass wir die Instrumente, die einmal zur Durchsetzung unserer Werte entwickelt worden sind, mit diesen Werten selbst verwechseln. Das dürfen wir nicht tun. Die Werte sind unverbrüchlich. Aber sie lassen sich nur in der Gesellschaft halten und neu durchsetzen, wenn wir bereit sind, neue Instrumente anzuwenden, um diese Werte gesellschaftlich wirksam werden zu lassen.

(Beifall)

Was wir heute miteinander beweisen müssen und worum ich diesen Parteitag bitte, ist der Mut, Neues zu wagen. Dabei werden wir uns von manchem, was uns lieb und gelegentlich leider auch teuer ist – auch das muss gesagt werden, verabschieden müssen. Ich will das mit einem Bild veranschaulichen, das Franz Müntefering benutzt. Er sagt: Die Früchte dessen, was wir heute säen, können wir oder unsere Kinder erst morgen ernten. Ich füge hinzu: Die Rückenschmerzen vom Bücken bei der Aussaat spüren wir heute, auch miteinander. Aber wegen der Rückenschmerzen dürfen wir doch die Aussaat nicht vergessen, liebe Freundinnen und Freunde. Das käme uns wahrlich teuer zu stehen.

(Beifall)

Wir müssen erklären, warum wir diesen Kraftakt auf uns nehmen. Wir müssen den Menschen erklären: Wir können das, wenn wir zusammenhalten und wenn sich alle daran beteiligen. Wir müssen erklären, dass wir das tun, weil der Wohlstand sonst sinkt und weil der soziale Zusammenhalt in unserem Land gefährdet würde. Und nicht nur, weil wir sonst unseren Anspruch, die politischen Verhältnisse in Deutschland zu gestalten, auf lange, vermutlich sehr lange Zeit verspielen würden. Auch darum geht es, liebe Freundinnen und Freunde. Wenn wir dieses Jahrzehnt und die Zeit darüber hinaus politisch gestalten wollen, dann muss das Signal, dass wir die Kraft dazu haben, von diesem Parteitag ausgehen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Ich komme gerade aus Petersburg, wo sich die EU mit Russland getroffen hat. Auch die Chinesen und die Inder waren dabei, der amerikanische Präsident zudem. Ich habe heute Abend in Evian beim Wirtschaftsgipfel zu sein. Meine

Bitte lautet, liebe Freundinnen und Freunde, dass ich dorthin fahren kann und sagen kann: Diese Regierung, von deutschen Sozialdemokraten gebildet und gestützt, hat die Zeichen erkannt; wir sind die Kraft, die in Deutschland reformfähig und reformbereit ist. Ich möchte das mit Stolz auf meine Partei sagen können, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen den Mut, von dem ich geredet habe, aber auch, um uns denen in den Weg zu stellen die ihre anscheinend ganz einfachen Lösungen im Gepäck haben, für die der Sozialstaat, eine starke Arbeitnehmerschaft und die Gewerkschaften die Wurzel allen Übels sind. Ich sage in diesem Zusammenhang sehr bewusst und ausdrücklich: Ich bin froh, dass Michael Sommer hier ist.

(Beifall)

Er soll wissen, auch die Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften sollen es wissen, dass Gewerkschaften und Sozialdemokraten in der Lage sind, sich streitig, aber fair über Inhalte auszutauschen, dass die gemeinsamen Wurzeln beider Bewegungen aber nicht vergessen werden. Sie sind dauerhafter als der Streit, den wir jetzt über die Fragen dieser Zeit austragen, liebe Freundinnen und Freunde. Auch das wird nicht vergessen werden.

(Beifall)

Denen, die die einfachen Antworten geben wollen, setzen wir unsere Erkenntnis und unseren Gestaltungswillen entgegen. Denen, für die Freiheit ausschließlich die Gewerbefreiheit ist, setzen wir entgegen, dass wir deutsche Sozialdemokraten diejenigen sind, für die Freiheit viel mit der Verwirklichung des eigenen Lebens nach den eigenen Vorstellungen zu tun hat, und dass wir diejenigen sein werden, die den politischen und gesellschaftlichen Rahmen zur Ausübung dieser Freiheit für jede und für jeden setzen wollen und setzen werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Gegen all das, was uns da entgegenkommt, auch denjenigen, die im Übermut angeblicher Unterstützung, ausgedrückt in Meinungsumfragen, schon heute das Totenglockchen der Koalition in Berlin läuten wollen, setzen wir unsere Kraft und unseren Gestaltungswillen entgegen. Wir sagen ihnen: Sie werden sich noch wundern über die Fähigkeit der deutschen Sozialdemokraten, die Herausforderungen anzunehmen und dieses Land auch weiterhin zu gestalten. Das ist unser Auftrag. Wir wissen darum, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich sagte: Denen, die daher kommen als Populisten in diesem Land, setzen wir unsere Politik einer Modernisierung in Freiheit, in Solidarität und in Gerechtigkeit entgegen.

Dabei steht Freiheit nicht zufällig an erster Stelle. Denn unsere Politik – auch das müssen wir immer wieder erklären – handelt immer vom Menschen, vom Menschen, wie er ist und wie er selbst sein will, und nicht davon, wie andere wollen, dass er sein soll. Deshalb streiten wir für die Freiheit von Ausbeutung, von Zwang und von Not.

(Beifall)

Wir streiten für die Freiheit zur Verwirklichung von Lebenschancen und Fähigkeiten, ja, wir streiten auch für die Freiheit zur Verwirklichung von Träumen. Ohne Gerechtigkeit – das wussten wir immer und das wissen wir auch jetzt und handeln danach – gibt es keine Freiheit, aber ohne Freiheit auch keine Solidarität. Solidarität, die nicht auf der eigenen freien Entscheidung und Verantwortung fußt, ist genauso wenig echte Solidarität wie das bloße Mitgefühl von Almosengebern. Erst die Freiheit erlaubt es, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen; aber dann heißt Verantwortung auch, die persönlichen Chancen zu nutzen und die mögliche Eigeninitiative zu entwickeln, für sich selbst und für die Gesellschaft insgesamt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Gerechtigkeit schließlich kann für uns nie Gleichheit im Unrecht sein. Gerechtigkeit ist eben nicht zu trennen vom Recht auf Teilhabe, und zwar Teilhabe an dem, was an Gütern in der Gesellschaft erarbeitet wird, aber eben auch Teilhabe an den politischen und sonstigen Entscheidungen in der Gesellschaft. Gerecht ist – daran halten wir fest, was die Menschen in Erwerbsarbeit bringt, damit sie ihr Leben und das ihrer Familien in ihre eigenen Hände nehmen können. Gerecht ist – wir wissen das und handeln danach, den Jüngeren und den kommenden Generationen geordnete Staatsfinanzen zu hinterlassen, nicht weil wir abstrakten Sparzwängen hinterherliefen, nein, damit sie, die Jüngeren, die nach uns kommen, die Gesellschaft von morgen nach ihren Vorstellungen gestalten können. Wir dürfen nicht heute all das aufessen, wovon sie morgen auch noch leben wollen! Das wäre nicht fair künftigen Generationen gegenüber, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deshalb ist es gerecht – ich betone das, die Sozialversicherungen heute so umzugestalten, dass sie die Menschen auch in Zukunft noch gegen die großen Lebensrisiken absichern können. Darum geht es. Wir tun das nicht um unser selbst willen. Wir reformieren die sozialen Sicherungssysteme, weil nur auf diese Weise sicherzustellen ist, dass die Menschen auch in Zukunft in sozialer Sicherheit leben können, wie wir es Gott sei Dank konnten und immer noch können. Das ist der Kern der Reformagenda, die wir miteinander durchsetzen müssen.

(Beifall)

Oberstes Ziel einer Politik der Gerechtigkeit ist also, zu verhindern, dass Menschen aus Arbeit und Gesellschaft ausgeschlossen werden, aber auch nicht zuzu-

lassen, dass sie dauerhaft von staatlicher Unterstützung leben müssen. Das schafft keine Freiheit und das ist nicht die Gesellschaftsvorstellung, die Sozialdemokraten immer hatten. Hilfe ja, aber das ihr und ihm Mögliche muss jede und jeder individuell zu leisten imstande, aber eben auch bereit sein. Es kann nicht Sinn sozialdemokratischer Politik sein, Arbeitslose gut und aufwendig zu verwalten, nein, wir müssen – das ist Kern dessen, was wir auf dem Arbeitsmarkt zu tun haben – dafür sorgen, liebe Genossinnen und Genossen, dass Menschen viel schneller als je zuvor in Arbeit vermittelt werden können. Das ist unsere Aufgabe. Nicht Betreuung, sondern Hilfe zur Selbsthilfe, das ist der Kern des Sozialstaates, wie wir ihn verstehen.

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten werden uns nie damit abfinden, dass Menschen in großer Zahl aus der Gesellschaft und damit aus einem Leben in Würde und Selbstbestimmung herausgedrängt werden. Deshalb kann unser Ziel nicht sein, all unsere Kreativität und Mittel auf die Ausgestaltung des Lebens in sozialer Abhängigkeit zu verwenden. Nein, oberstes Ziel unserer Politik ist es, die Fähigkeiten jedes Einzelnen bei uns, gleich, welcher Herkunft und welchen Geschlechtes, wirklich zur Geltung zu bringen. Hunderttausend junge Menschen, die wir aus der Sozialhilfe in Arbeit vermitteln können, das, liebe Freundinnen und Freunde, sind hunderttausend Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft und an der Demokratie.

(Beifall)

Aber es sind zudem hunderttausend Chancen für mehr Wohlstand und mehr Sozialstaat in der Zukunft. Das ist eine Politik der Gerechtigkeit, wie wir sie uns vorstellen und wie wir sie durchsetzen wollen und durchsetzen werden.

Nicht nur unsere Werte sind es, die uns von unseren Wettbewerbern unterscheiden. Wir sind auch deshalb eine andere Partei, weil wir uns die Entscheidungen nicht leicht machen. Ich weiß wahrlich, worüber ich in diesem Zusammenhang rede. Auch wenn das in den vergangenen Wochen manchmal anders dargestellt worden ist: Wir bleiben auch deswegen eine Partei des Diskurses, selbst wenn das manchmal anstrengend ist. Diejenigen, die dabei waren – und das waren viele, haben erlebt, wie intensiv wir um die besten Lösungen gerungen haben. Auch das wird so bleiben. Auch deshalb sagen wir: Wir brauchen eine Perspektive in der Debatte über die Agenda 2010 hinaus. Auch das wird der Parteitag heute, so denke ich, beschließen.

Der Grund dafür ist, dass wir nicht neben oder gar über der Bevölkerung stehen und stehen wollen. Die Sorgen, die wir uns machen, sind dieselben Sorgen, die sich die Menschen auch außerhalb unserer Partei machen. Wir begreifen uns nicht als das Volk, übrigens genauso wenig wie jeder Einzelne von uns behaupten sollte, er oder sie sei die Partei.

(Beifall)

Aber wir sind Teil des Volkes und wir streiten genauso wie das Volk um die besseren Lösungen. Aber eines muss uns auch von allen anderen unterscheiden: Am Ende muss eine Entscheidung stehen, eine Entscheidung, die dann alle mittragen müssen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Diskussionen, die wir führen, die wir, auch in Zukunft, offen und selbstbewusst führen, als Zerrissenheit und Zerstrittenheit und infolgedessen als Handlungsunfähigkeit wahrgenommen werden; denn auch das würde unserem Auftrag nicht gerecht, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Bei allem muss klar sein, dass wir nach vorne schauen. Das macht uns als Sozialdemokraten doch aus. Deswegen sage ich, auch ganz bewusst hier und heute: Unsere schärfsten Gegner sind manchmal nicht unsere politischen Konkurrenten, nein, unsere Gegner sind gelegentlich Resignation, Pessimismus, auch Trägheit im Denken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was wir uns miteinander und unter dem Stichwort Agenda 2010 vorgenommen haben, erfordert mehr als nur die Bereitschaft zu einigen notwendigen Maßnahmen. Sicher, wir brauchen eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung langfristig erleichtert. Wir müssen den Sozialstaat so umbauen, dass wir ihn in seiner Substanz erhalten und für die Zukunft einstellen können. Aber es geht um mehr. Wir brauchen in Deutschland auch einen Wandel in der Mentalität in diesem Land, liebe Freundinnen und Freunde. Das ist dringend notwendig.

(Beifall)

Noch immer ist in unserem Land die Haltung weit verbreitet: Irgendwie werden wir schon durchkommen, irgendwie wird es schon gut gehen, oder aber: Es hätte alles noch schlimmer kommen können. Wer glaubt, mit dieser Haltung die Probleme, die es gibt und die noch auf uns zukommen werden, bewältigen zu können, der irrt. Wer glaubt, es könne alles so bleiben, wie es ist, der macht sich etwas vor, schlimmer noch: Er macht anderen etwas vor.

(Beifall)

Es wird sich eben viel ändern müssen und wir sind diejenigen, die dies zu gestalten haben, damit Wohlstand und soziale Sicherheit auch nur so bleiben können, damit wir auch nur so das Niveau halten können, das wir heute haben, liebe Freundinnen und Freunde. Mehr sollten wir den Menschen im Lande auch nicht versprechen; das Versprechen würde uns sonst einholen, und zwar bitter einholen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wer meint – das ist auch klar, es werde ohnehin alles schlechter, deswegen sollten ruhig die anderen die notwendigen Entscheidungen verantworten, der – das sage

ich an dieser Stelle sehr bewusst – vergeht sich nun wirklich an den Zukunftschancen künftiger Generationen.

Wer heute vor den Schwierigkeiten, die wir zu bewältigen haben, einfach davon laufen will, der hat aufgegeben, die Zukunft zu gestalten. Das ist es, was Sozialdemokraten immer stark gemacht hat: der Wille, die Zukunft zu gestalten. Und das muss so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

Ob man das, worum es dabei geht, Anspruchsdenken nennt, Aussitzenwolken oder Abschieben der Verantwortung – ein solcher Attentismus würde unser Land lähmen. Auch das ist unsere Verantwortung, dass wir das nicht zulassen dürfen.

Geben wir es ruhig zu: Auch wir haben oft genug den Eindruck erweckt, als sei der Sozialstaat eine Fürsorgegarantie, die sich nach Art eines Perpetuum mobile ohne eigene Anstrengungen ständig selbst finanziert, anstatt deutlich zu machen, dass es sich bei unseren Sozialsystemen um eine Versicherung auf Gegenseitigkeit handelt, ganz nach den Prinzipien übrigens sozialdemokratischer Selbsthilfe in den Genossenschaften.

In dieser Gegenseitigkeit, liebe Freundinnen und Freunde, kann man nicht die eine Seite, nämlich die Arbeit, immer weiter belasten und damit immer mehr Sozialausgaben bezahlen. Und ganz nebenbei: Wie sollen die Menschen Vertrauen in unsere ökonomische Kompetenz haben, wenn wir so tun, als ließe sich dieses Prinzip gelegentlich einfach auf den Kopf stellen, oder wenn wir unsere eigenen Maßnahmen zur Förderung der Binnenkonjunktur schlecht reden?

Das, was wir mit der Agenda 2010 machen – Senkung der Steuern und der Lohnnebenkosten, Begrenzung der konsumtiven Staatsausgaben und öffentliche Investitionen –, ist doch gut für die Binnenkonjunktur, das können und das müssen wir selbstbewusst nach außen vertreten. Wer soll denn diese gute Politik populär machen, wenn nicht wir selbst, liebe Freundinnen und Freunde? Das ist es, was uns gelegentlich fehlt: auf das, was wir geleistet haben, mit Stolz, aber auch mit Nachdruck hinzuweisen.

(Beifall)

Übrigens: Was ich mit Mentalitätsbruch und neuem Denken meine, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir nicht neu erfinden, es gehört zu den geistigen und politischen Traditionen unserer Sozialdemokratie. Nämlich die feste Überzeugung, dass die Verhältnisse nicht irgendwie über uns hereinbrechen, nein, dass sie sich gestalten lassen. Das galt gestern, das gilt aber auch heute in Zeiten der Globalisierung für die Veränderungen der Arbeitswelt oder für die Folgen der demographischen Entwicklung. Aber auch die Zuversicht darin, dass die beste Zeit noch vor uns liegt und dass wir es in der Hand haben, die Bedingungen dafür zu schaffen, selbst wenn wir nicht wie im Kramladen sofort einen zählbaren Gegenwert für das erhalten, was wir jetzt einbringen und wofür wir uns jetzt stark machen.

Es wäre übrigens – um das in diesem Zusammenhang zu sagen – grundverkehrt, zu glauben oder gar die Menschen glauben zu machen, aus dem, was wir heute beschließen, würden schon in wenigen Wochen oder Monaten neues Wachstum und neue Arbeitsplätze entstehen. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, ich kann nur davor warnen, auf eine weitere Eintrübung der wirtschaftlichen Situation zu spekulieren, um sagen zu können: Die jetzt zu treffenden Maßnahmen helfen ja ohnehin nicht.

Vor uns Sozialdemokraten liegt ein Kampf nicht nur um die Köpfe der Menschen, sondern auch um ihre Herzen. Ihr Vertrauen müssen wir neu gewinnen, damit sie mit uns den Weg in die Zukunft wagen. Die Menschen müssen wir begeistern, dass dieser Weg zu neuen Möglichkeiten, zu neuer Freiheit, aber auch zu neuem gesellschaftlichen Zusammenhalt führt – eine Gelegenheit also, einig und miteinander zu zeigen, was wir wirklich können, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Aber das werden wir nur schaffen, wenn wir nicht nur die Herzen auf unserer Seite haben, sondern, wie gesagt, auch die Köpfe. Zunächst, indem wir miteinander klar machen, und zwar jeder für sich und in seinem Umfeld, dass das, was wir mit der Agenda 2010 tun, notwendig und ohne wirklich vernünftige Alternative ist und dass wir dabei nicht wackeln und nicht wanken werden, hier nicht und im Parlament nicht.

Doch wir müssen auch deutlich machen, dass wir den Weg des Zusammenhalts und der Solidarität gehen, dass das, was wir jetzt tun wollen und tun werden, der Weg genau zu diesen Zielen ist, dass wir diejenigen mitnehmen, die sich vor den Unsicherheiten der Entwicklung ängstigen. Ihren Zuspruch werden wir umso eher bekommen, je unmissverständlicher wir beweisen, dass es uns wirklich um jede Begabung, um jede Fähigkeit in unserem Volk geht, dass wir jeden fördern, aber genauso klar auch jeden fordern, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir wollen auch diejenigen dabei haben, die heute schon viel schneller voranschreiten wollen. Ihnen werden wir unsere Entschlossenheit beweisen müssen, was das Ziel angeht. Wir werden ihre Verantwortung für das Gemeinwohl einfordern, zum Beispiel – und auch das werden wir heute beschließen; ich unterstreiche es noch einmal – wenn es um die Schaffung von Ausbildungsplätzen geht. Auch von denen, die sich aus einer ganz anderen Perspektive und gelegentlich mit deutlich kritischem Unterton doch wieder an den Staat wenden, wollen wir, dass sie all ihre Kraft in unser gemeinsames Zukunftsprojekt stecken.

Die Sicherheitsgarantie der Sozialdemokraten gilt natürlich immer und in erster Linie den sozial Schwächeren. Aber der Anspruch auf Sicherheit ist unteilbar. Das ist der Grund, warum wir uns hüten sollten, diejenigen, die heute schon leistungsstärker, die heute schon selbstständiger sind, mit beständig neuen Diskussionen um Steuern und Zwangsmaßnahmen zu verunsichern.

Es geht nicht nur um einen neuen, modernen Sozialstaat, der den Anforderungen einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft mit völlig veränderten Altersstrukturen Rechnung trägt – nein, es geht doch vor allem um ganz neue Wettbewerbs- und Lebenschancen, die wir miteinander erschließen können und erschließen müssen: neue Techniken in Umwelt, Biologie und Medizin, neue Arbeitsplätze, neue Lösungen für die großen globalen Risiken, neue Kommunikation und Dienstleistungen, die unsere Lebensqualität deutlich verbessern. Auf all diesen Gebieten soll und kann unser Land ganz vorn mit dabei sein und damit auch seinen Beitrag zur internationalen Politik leisten. Auch das wird von uns erwartet, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das schließlich ist der entscheidende Kampf um die Köpfe, der Kampf, den wir unbedingt gewinnen müssen: dass wir die Menschen, die bei uns sind, so gut ausbilden und fördern, dass sie selbst das ihnen Mögliche, das Beste leisten können, und dass wir so gut sind als Gesellschaft und als Ökonomie, dass die Besten aus aller Welt gerne zu uns kommen. Auch das ist ein Anspruch, den wir nicht preisgeben dürfen, liebe Freundinnen und Freunde.

Diese Investitionen, dieser Kampf um die Köpfe ist unsere Hauptaufgabe. Jede Erstklässlerin, die vielleicht nicht aus Deutschland stammt, aber mit und bei uns lebt und die dann ohne ausreichende Deutschkenntnisse die Schule durchläuft, ist mehr als ein Problem der Gegenwart, das wird eines der zentralen Probleme unserer Zukunft werden, liebe Freundinnen und Freunde. Deshalb: Investitionen in Bildung, in Forschung und in Entwicklung!

(Beifall)

Genauso wie jeder hoch qualifizierte Wissenschaftler, jeder engagierte Unternehmensgründer, der heute von hier weggeht oder hier nicht investiert, ein Problem für uns alle ist. Wir müssen denen deutlich machen, auch durch unser eigenes Verhalten, dass klar wird, dass wir sie alle brauchen und dass es an uns ist, dass wir es auch wollen, die Bedingungen zu schaffen, dass sie hier nicht nur alle gebraucht werden, sondern in einer guten Gesellschaft arbeiten und leben können.

Das muss unser aller Ziel sein und bleiben, liebe Freundinnen und Freunde. Dafür tragen wir heute Verantwortung. Dass wir es sind und nur wir, die diese Gesellschaft entwickeln können, davon müssen wir die Menschen überzeugen. Davon müssen wir aber auch selbst überzeugt sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist nicht das erste Mal, dass wir, die deutschen Sozialdemokraten, vor wahrlich tiefgreifenden Entscheidungen stehen. Aber heute geht es um etwas anderes als um eine Debatte über diese oder jene Gesetzesvorlage. Wir müssen zwischen manchen Errungenschaften der Vergangenheit und den Notwendigkeiten abwägen, unsere

Prinzipien von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit unter radikal veränderten Bedingungen zu erhalten. Wir haben zwischen den Instrumenten, die gestern hilfreich gewesen sind, aber heute unseren Prinzipien womöglich entgegenstehen, und den Prinzipien zu unterscheiden. Ein Beispiel: Der Zugang zu medizinisch Notwendigem für jedermann und jede Frau, unabhängig von Herkunft und Einkommen, ist ein Prinzip. Das wollen wir auch nicht aufgeben.

(Vereinzelt Beifall)

Das paritätisch finanzierte Krankengeld nach sechswöchiger, gewissermaßen bereits vorgeleisteter Lohnfortzahlung, ist kein Prinzip, sondern ein Instrument, über das man diskutieren kann und auch diskutieren muss. Es ist aber sehr wohl erlaubt, unter radikal veränderten Bedingungen das zu tun, was wir mit dem Leitantrag vorschlagen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben zwischen dem, was wir erreichen konnten, und dem, was wir erreichen wollen, abzuwägen. Es ist eine Entscheidung zwischen Vergangenen und Zukünftigen. Es ist für mich als Vorsitzendem dieser Partei mit einer großen Tradition am Ende keine Frage, dass wir sagen sollten: Die Zukunft, die wir zu gestalten haben, hat mehr Rechte als die Vergangenheit.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir machen uns keine Illusionen über die kurzfristigen Wirkungen. Was wir heute hier beschließen müssen, hat aber weit über diesen Sommer hinaus Bedeutung. Gewiss: Wir fangen nicht bei Null an. Unsere Politik der Innovation und Gerechtigkeit, die wir in den letzten fünf Jahren erfolgreich betrieben haben, hat uns nicht vor wirtschaftlichen Einbrüchen schützen können. Aber diese Politik der letzten fünf Jahre hat doch die Richtung angezeigt. Wir haben – auch das dürfen wir ruhig sagen – die Steuern gesenkt, auch und vor allem bei den geringeren Einkommen. Wir haben die zweite Säule der Rentenversicherung aufgebaut und damit bereits Lösungen für die Zukunft entwickelt, während manche unserer Nachbarstaaten – auch das müssen wir uns anschauen – gegenwärtig enorme Konflikte haben, um die Lösungen, die wir bereits durchgesetzt haben, zu erreichen, liebe Freundinnen und Freunde. Auch und insoweit können wir ruhig einmal stolz auf das sein, was wir in den letzten fünf Jahren miteinander geleistet haben.

(Beifall)

Wir haben – auch das müssen wir den Menschen sagen – mit den Hartz-Reformen den Arbeitsmarkt geöffnet, um wirklich jede Chance für Beschäftigung unter veränderten Bedingungen zu nutzen. Wir haben Bildung, Forschung und Innovation entgegen aller nachvollziehbaren Sparzwänge gefördert, wo und wann immer es nur ging.

Wir haben in dieser Koalition eine Politik der ökologischen Vorsorge und der Nachhaltigkeit begonnen. Wir haben die Gesellschaft modernisiert, ob in der Familienpolitik oder bei der Staatsangehörigkeit.

Wir sind den sozialdemokratischen Prinzipien gerecht geworden, denke ich, als wir darum gekämpft haben – durchaus erfolgreich, dass Krieg eben nicht einfach die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, sondern eine andere, eine neue Qualität hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vergesst das doch nicht! Fragt euch, wenn wir damals nicht die politische Macht gehabt hätten, was aus diesem Land wohl geworden wäre.

(Lebhafter Beifall)

Schaut euch an, worum wir gerade in dieser Situation kämpfen. Wir haben eine moderne Zuwanderungspolitik in Gesetzesform gegossen. Gut, wir sind damit gescheitert – an formalen Dingen und möglicherweise am Bundesrat. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, denkt doch darüber nach: Wer, wenn nicht wir, kann denn eine Zuwanderungspolitik, die unserem Land hilft, wieder auf die Tagesordnung zu setzen? Wer, wenn nicht wir, soll das tun, liebe Freundinnen und Freunde?

(Beifall)

Gerade an diesem Punkt wird deutlich, wie wichtig Regierungs- und damit Gestaltungsmacht ist. Die geregelte Zuwanderung, die wir in einem guten Deutschland und einem offenen Europa erreichen wollen, brauchen wir nicht nur aus ökonomischen Gründen. Aus diesen auch, vor allem aber, weil sie zur Substanz unserer Gesellschaft gehört: Die anderen werden das nicht tun, wenn wir uns verweigern. Deshalb dürfen wir das nicht, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir, ausgehend von diesem Parteitag, einen verdammt langen Atem für den Reformprozess brauchen, der vor uns liegt. Helmut Schmidt, der beides erlebt hat, die Regierungsfähigkeit und leider auch die Regierungsunfähigkeit von Sozialdemokraten, schreibt uns ins Stammbuch: „Selbstverständlich kann während des Umbaus der Wohlstand nicht steigen; aber ohne Umbau würde er sinken“. Diese einfache Wahrheit, liebe Freundinnen und Freunde, muss auch unser politisches Handeln bestimmen.

Schauen wir uns einmal bei unseren europäischen Nachbarn und bei den Freunden um. Da haben wir diejenigen, die wie die Schweden und die Finnen mutig waren, unter Schmerzen – wie wir auch – schon vor uns den Sozialstaat umzubauen, indem sie die konsumtiven Ausgaben beschnitten und die Zukunft ihrer Kinder durch Investitionen in Forschung und Entwicklung und vor allen Dingen in Bildung gesi-

chert haben, und zwar in einem Ausmaß, liebe Freundinnen und Freunde, das weit über das hinausgeht, was wir uns jetzt auf die Fahnen geschrieben haben.

Dann haben wir die anderen, die sich vor diesen Herausforderungen gescheut haben, die im Vertrauen auf ständigen Wirtschaftsaufschwung bei den notwendigen Reformen zugewartet haben.

Wenn wir das miteinander vergleichen, dann sehen wir auch die Tatsache, dass im ersten Fall nicht nur die Gesellschaften heute besser dastehen, dass sie für die Zukunft besser aufgestellt sind, sondern dass auch die dortigen sozialdemokratischen Regierungen wiedergewählt worden sind, liebe Freundinnen und Freunde. Tatsache ist aber auch, dass da, wo die nötigen Reformen nicht angegangen worden sind, die Sozialdemokraten – schaut nach Frankreich – politisches Terrain verloren haben.

(Vereinzelt Beifall)

Sie haben es an die Konservativen verloren, weil die Wählerinnen und Wähler den dortigen Sozialdemokraten nicht mehr glaubten, dass sie einerseits mit Geld umgehen könnten und andererseits bereit und in der Lage wären, die notwendigen, wenn auch schmerzlichen Veränderungen durchzuführen. Darin lag der wahre Grund für die eine oder andere Wahlniederlage unserer Freunde in Europa. Das darf uns nicht passieren, liebe Freundinnen und Freunde. Deshalb sind wir hier.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein starkes, und zwar sozial wie auch innovativ starkes Europa, ein von Sozialdemokraten gestaltetes Europa, das ist heute notwendiger denn je. Ein solches Europa wird angesichts wachsender Gefahren von Terrorismus, Ungerechtigkeiten und globalen Risiken gebraucht. Es wird auch gebraucht, weil wir Europäer – das vor allem aufgrund unseres einzigartigen europäischen Modells der Teilhabe, des Interessenausgleichs und der Sozialstaatlichkeit – über das hinaus, was wir unseren Menschen geben wollen und geben müssen, der Welt insgesamt etwas zu geben haben, etwas, was gegen die gefährlichen Tendenzen zur Konfrontation und zum Unilateralismus eine Alternative der gerechten Entwicklung und des geteilten Wohlstandes in Europa und in der Welt sein kann und sein muss, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Dieses Europa, von dem ich spreche, schaut heute auf uns Deutsche, auf uns deutsche Sozialdemokraten. Die Erwartungen, dass wir es sind, die einen Beitrag leisten, und dass wir nicht zu einem Problemfall der Reformunfähigkeit werden, sind wirklich hoch. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, das sollte uns nicht bekümmern; das sollte uns auch nicht unter Druck setzen. Vielmehr sollte uns das zuversichtlich, ja auch stolz machen. Ein modernes, ein gerechtes Deutschland in einem starken Europa, mitgebaut von deutschen Sozialdemokraten – darin liegt doch auch eine ge-

waltige Chance; das ist eine großartige Herausforderung, die wir mit neuer Kraft und auch mit neuer Leidenschaft angehen müssen und angehen werden.

(Beifall)

Ich habe gesagt: Wir machen es uns nicht leicht und wir bleiben die Partei des Diskurses. Wir bleiben die Partei, die in den Gewerkschaften und deren Mitgliedern ihre Freunde sieht, auch und gerade dann, wenn wir uns gelegentlich streiten. Wir sind gründlicher als andere und deswegen haben wir auch das Zeug dazu, stärker zu sein als andere, weil wir überzeugen und eben auch ermuntern wollen und werden.

Aber es wird uns auch Geschwindigkeit abverlangt; angesichts einer sich rasant verändernden Welt in Zukunft eher mehr als weniger.

Auf dem langen Weg, der vor uns liegt, und den wir mit der Agenda 2010 erst eingeschlagen haben, brauchen wir Debatten, aber auch ein hohes Maß an Geschlossenheit. Ich will ganz bewusst zum Schluss – damit es auch alle hören – Henning Scherf und die Bremer Sozialdemokraten noch einmal herzlich zu ihrem Wahlsieg, der für uns in dieser Zeit wichtig war, beglückwünschen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich will sie nicht nur beglückwünschen; ich will ihnen auch danken, nicht nur für das, was sie selber geleistet haben; nein, ich will ihnen danken, weil sie uns daran erinnert haben, dass Geschlossenheit und Entschlossenheit allemal der beste Weg sind, die Zustimmung der Menschen in Deutschland zu gewinnen. Das ist der Grund, warum unsere Bremer Freunde gewonnen haben und in diesem Sinne bitte ich Euch, liebe Freundinnen und Freunde, wirklich von Herzen um eine möglichst große Zustimmung zu der Agenda 2010. Wir brauchen diese Zustimmung, um unsere Arbeit erfolgreich fortzusetzen, und wir brauchen Euch, möglichst alle, damit das auch gelingt.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall)

Aussprache zur Generaldebatte

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Gerd, lieber Bundeskanzler, ganz herzlichen Dank für Deine Rede und auch Euch ganz herzlichen Dank für die Unterstützung, die im Applaus auch zum Ausdruck gekommen ist.

Wir steigen jetzt in die Debatte ein. Wir haben etwa eine gute Stunde Zeit. Ihr habt unsere Geschäftsordnung beschlossen, die besagt, dass die Redezeit höchstens fünf Minuten betragen soll. Ich möchte allen Rednerinnen und Rednern sagen: Je kürzer Ihr Euch fasst, desto mehr von Euch und von uns haben die Gelegenheit, zu Wort zu kommen. Danach wird sich die Antragsberatung anschließen, in der selbstverständlich zu den Anträgen noch einmal gesondert geredet werden kann.

Ich eröffne jetzt die Aussprache zur Generaldebatte zugegebenermaßen mit jemandem, der sich nicht als Allererster gemeldet hat. Ich glaube aber, dass wir alle damit einverstanden sind, dass er die Debatte eröffnet. Das Wort hat Henning Scherf. Ihm wird Andrea Nahles folgen.

Henning Scherf, Bremen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke allen, die mir dafür gedankt haben, dass das am letzten Sonntag bei uns in Bremen so gut gegangen ist. Ich will versuchen zu erklären, warum. Denn das ist ja eigentlich recht spannend, die Frage nämlich: Was ist der Hintergrund eines so relativ überraschenden und guten Wahlerfolges? Ich möchte drei Dinge nennen, die übrigens mit uns und unserer Arbeit zu tun haben.

Ich habe in meiner gesamten langjährigen Parteiarbeit es nicht ein einziges Mal erlebt, dass wir so, ohne Ausnahme, zusammengestanden haben wie bei dieser Auseinandersetzung. Das war überhaupt nicht selbstverständlich; es ist ja von draußen jede Menge Streit angesagt worden. Aber wir vor Ort haben diesen Streit nicht ausgetragen, sondern haben zusammengehalten – einschließlich der Jusos, einschließlich der AfA, alle. Ferner haben wir – das war besonders schön – eine große Unterstützung bei unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben gehabt. Das war nachdrücklich spürbar.

Als Gerhard Schröder mit mir in Bremerhaven war, waren da jede Menge Verdi-organisierte Hafentarbeiter. Sie haben mit ihm wie mit einem Kollegen diskutiert und nicht wie mit einem Gegenüber. Die Journalisten, die eigentlich genau das Gegenteil erwartet haben und erleben wollten, haben gestaunt, wie gut das gehen kann. Das Gleiche haben wir bei der IG Metall erlebt. Wir waren in dem riesigen Airbus-Betrieb – und zwar mitten im Schichtwechsel; die ganze Halle war voller Leute, voller Kolleginnen und Kollegen. Sie haben mit uns geredet; wir haben uns mit ihnen verständig und nicht gegeneinander Schwarze-Peter-Spiele gemacht oder rote Karten verteilt. Das war das Erste.

Das Zweite war: Wir sind bei unseren Themen geblieben. Das kann ich allen, die Kommunalwahlen oder Landtagswahlen vor sich haben, nur dringend raten, näm-

lich: Entrüstet Euch nicht über die Bundespolitik, sondern steht zu Euren Themen; steht zu Euren Projekten; steht zu Eurer Verantwortung und versteckt Euch nicht immer nur hinter dem Kanzler! Vielmehr tragt Euren Teil dazu bei, damit wir vor Ort erfolgreich sind. Das geht. Das ist nicht etwas, was ich in den Wind hinein spreche, sondern das ist aus der Erfahrung heraus gesagt. Die Leute respektieren das, wenn sie genau merken: Der redet über die Sache, die er verantworten kann, die er bewegen und nach vorne bringen kann.

Der dritte Punkt: Wir haben den sparsamsten Wahlkampf der Geschichte geführt. Wir haben kein einziges Großplakat gehabt; das haben wir den anderen überlassen. Wir haben uns auf eine Dauer des Wahlkampfes von knapp vier Wochen beschränkt. Wir wollten nicht über Ostern acht Wochen lang die beiden Städte mit unseren Plakaten verstellen. Wir haben auch keine Großveranstaltungen gemacht, wie uns das die Kampa immer wieder aufdrängen wollte.

(Beifall)

Wir haben mit sehr viel Unterstützung aus den Vereinen, aus den Nachbarschaften und aus den Kleingartenvereinen – da gibt es übrigens sehr viele Sozialdemokraten –, unsere Sache nach vorne gebracht. Sie haben uns zu ihren Veranstaltungen eingeladen. Das war viel effizienter. Die Jusos beispielsweise haben keine großen Discoveranstaltungen durchgeführt, sondern sie sind in die Kneipen gegangen. Ich habe gestaunt, wie gut sie da klargekommen sind. Sie haben richtig nette Kollegen und Nachbarn getroffen und haben Leute erreicht, die sie auf ihren Veranstaltungen nie sehen würden. Ich sage also: Schaut nicht auf den großen Wahlkampf mit viel Geld! Schaut nicht nach der perfekten Propagandamaschine, sondern macht den Mund selber auf und bietet euch als Gesprächspartner an!

(Beifall)

Die Leute müssen merken, dass man mit euch etwas machen kann, dass man mit euch auch in schwierigen Zeiten zusammenrücken kann und dass man sich auf euch verlassen kann.

Ich muss nun die Kurve zu unserem Parteitag kriegen. Ich bin in den letzten Tagen immer wieder gefragt worden – vorher habe ich mich immer davor gedrückt –, was eigentlich das Sozialdemokratische an dem ist, was wir hier zu verhandeln haben. Ich habe gesagt: Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist das sozialdemokratischste Projekt, das ich aus der 140-jährigen Geschichte unserer Partei kenne.

(Beifall)

Wer soll denn sonst gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen? Wer denn sonst soll das Thema Arbeitslosigkeit zum zentralen Thema unserer Gesellschaftspolitik machen? Keiner kann doch über die große Zahl der Arbeitslosen hinweggehen. Wenn man hier in Berlin in bestimmte Quartiere geht – nicht unbedingt in das Regierungsvier-

tel –, dann springt einen die Arbeitslosigkeit förmlich an. Man muss den Leuten sagen: Wir sind für euch da; eure Not ist auch unsere Not und wir werden nichts unversucht lassen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Beifall)

Die Lohnnebenkosten müssen herunter, damit die Menschen nicht in die Schwarzarbeit gehen. Wir müssen, um zu einer besseren Beschäftigungsperspektive zu kommen, mit den Bruttolohnkosten herunter. Mit wem legen wir uns dabei an? Ist es nicht sozialdemokratisch, wenn wir sagen, dass die Pharmaindustrie mit ihren Preisen herunter muss?

(Beifall)

Ist es nicht auch sozialdemokratisch, wenn wir sagen, dass das Kartell der Kassenärztlichen Vereinigungen weg muss? Dieses Kartell bietet uns die Preise an, was wir nicht akzeptieren können. Wir wollen den Wettbewerb auf diesem Gebiet. Wir wollen die Krankenkassen in die Lage versetzen, mit Einzelnen Verträge zu machen. Wieso soll eigentlich alles über das Kartell laufen? Unsere Sozialpolitik ist die Parteinahme für die Leute, die Gesundheitsdienstleistungen nachfragen, und nicht für die Leute, die sie anbieten.

Das andere Thema ist das Generationenthema. Ist es nicht sozialdemokratisch, dass wir uns der völlig veränderten demographischen Ausgangslage stellen? Diese können wir doch nicht ausblenden. Helmut Kohl hat die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds auf Kosten der Arbeitslosenversicherung auf 32 Monate verlängert, um seine eigene Kasse zu entlasten. Die Leute sind als Frührentner in den Ruhestand gegangen. Aber keiner hat gemerkt, dass sich das Gewicht verlagert hat. Wir müssen eine faire Balance finden zwischen denjenigen, die nun alt sind und geschützt werden müssen, und denjenigen, die die Arbeit machen und die die Finanzierung erbringen müssen. Davor kann man sich doch nicht drücken. Man kann doch nicht die demographische Ausgangslage in Bezug auf unser Handeln und in Bezug auf die Lage der Sozialversicherungen ausblenden.

Ein letzter Punkt. Als Kommunalpolitiker sage ich – mein Münchener Freund und Kollege Christian Ude hat das auch so wunderschön gesagt –: Wir stehen wegen der Lage der kommunalen Kassen mit dem Rücken an der Wand. Wenn sich bei der Arbeitslosenhilfe und bei der Sozialhilfe nicht eine spürbare Entlastung der Kommunen ergibt, dann wissen wir nicht mehr weiter. Vergesst unsere Kommunen nicht!

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten glauben, dass in den Kommunen eine gute Arbeit gemacht wird. Wir machen in den Kommunen eine solidarische Arbeit. Die Sozialdemokratie wäre verraten, wenn sie nicht auf 140 Jahre sozialdemokratische Kommunalpolitik

zurückgreifen könnte und darauf aufbauen könnte. Lasst uns also aus solidarischen Gründen nicht allein! Darum muss heute ein gutes Ergebnis herauskommen. Gerhard, ich stehe hinter dir.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Voigt: Ich habe noch einen kurzen Hinweis. Die Antragskommission trifft sich im Raum 4 in der vierten Etage. Als Nächste hat Andrea Nahles das Wort. Ihr folgt Olaf Scholz.

Andrea Nahles, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Gerhard Schröder hat vollkommen Recht. Wir bleiben die Partei des Diskurses, auch wenn die Parteispitze damit manchmal ihre Probleme hat.

(Vereinzelt Beifall)

Dass es diesen Sonderparteitag überhaupt gibt, ist ein Beweis dafür, dass wir uns die Einigkeit nicht als inhaltsleere Loyalität vorstellen können, sondern eben nur eine Einigkeit als Übereinstimmung in als richtig und für gerecht erkannte Überzeugungen, für die wir gemeinsam streiten, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD ist kein Nickdackel, der immer nickt. Die SPD braucht vielmehr eine Perspektive. Diese Perspektive haben wir in den letzten Wochen und Monaten schmerzlich vermisst. Wenn jede Woche Kabinettsmitglieder völlig unkoordiniert eine Katastrophenmeldung nach der anderen absetzen, die die Menschen verunsichern,

(Vereinzelt Beifall)

dann muss man sich fragen, ob wir wirklich einen Sonderparteitag brauchen oder ob es nicht viel besser gewesen wäre, man hätte eine Kabinettsklausur gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Unabhängig davon sage ich: Die Regierungsfähigkeit dieser Partei entscheidet sich daran, ob wir es schaffen, den Leuten klar zu machen, dass Reformen notwendig sind und dass wir den entsprechenden Gestaltungswillen haben. Wir müssen aber auch sagen, dass es dabei gerecht zugeht.

(Vereinzelt Beifall)

An diesem Punkt kommen Zweifel auf. Die Menschen sind für Reformen; niemand bestreitet die Notwendigkeit von Reformen. Aber warum habt ihr diesen Mut, den ihr einfordert, dann nicht, wenn es darum geht, Gewinne und hohe Vermögen zu besteuern, liebe Parteispitze? Warum ist das mit dieser Partei nicht möglich?

(Vereinzelt Beifall)

Warum ist es notwendig, die Parität in der Krankenversicherung aufzukündigen? 53 Prozent der Beiträge sollen die Arbeitnehmer und 47 Prozent die Arbeitgeber tragen. Das ist zwar eine Strukturreform. Aber warum werden nicht auch Beamte und Freiberufler in die Krankenversicherung einbezogen, um die Basis zu verbreitern? Das wäre eine Strukturreform, für die wir uns einsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage ganz klar: Du hast Weichenstellungen eingefordert. Seit Jahren haben wir eine Stagnation in der Wirtschaft. Alle treten auf die Bremse; alle müssen auf die Bremse treten: die Kommunen, weil ihnen die Steuereinnahmen wegbrechen, der Bund und die Länder, weil sie pleite sind. Aber was machen wir? Wir sparen weiter. Ich sage euch: Diese Konsolidierungslogik führt, wie wir letzte Woche gehört haben, zu einer höheren Verschuldung und schafft keine Beschäftigung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können uns aus dieser konjunkturellen Krise nicht heraussparen. Wir müssen vielmehr aus ihr herauswachsen. Wir brauchen mehr Investitionen. Insbesondere die Kommunen müssen in vollem Umfang das, was wir bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe einsparen, behalten können, damit vor Ort in Beschäftigung investiert werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gehe davon aus, dass dieser Parteitag den Reformwillen der SPD unterstreicht, dass er aber auch deutlich macht, dass die SPD eine Partei ist, die sich zu ihrer sozialdemokratischen Tugend, nämlich jede Reform daraufhin zu überprüfen, ob sie mehr Beschäftigung schafft und ob sie gerecht ist, selbstbewusst bekennt, und dass es am Ende eine sozialdemokratische Agenda 2010 ist. Das ist das Ziel, dass wir mit den kontroversen Debatten heute erreichen wollen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Das Wort hat jetzt Olaf Scholz. Ihm folgt Ottmar Schreiner.

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns die aktuellen Umfragewerte für unsere Partei anschauen, dann erkennen wir: Sie sind gegenwärtig nicht so gut wie die Ergebnisse der Wahl in Bremen. Ich glaube, dass das schon etwas mit unserer jetzigen Diskussion zu tun hat. Das bedeutet nicht, dass es falsch ist, dass wir so viel und so intensiv über die Zukunft des Sozialstaates diskutieren. Aber es bedeutet schon, dass wir heute eine Entscheidung treffen müssen, bei der die Menschen wissen: Wir haben verstanden und wir sind bereit, die Probleme, die sich stellen, zu lösen. Darum geht es bei diesem Parteitag und bei der Entscheidung, die wir heute zu treffen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch so, dass wir uns nicht vor den Problemen drücken dürfen. Insofern ist es doch gut, dass wir eine sehr sorgfältige Diskus-

sion über den Leitantrag, über das, was als Mut zur Veränderung notwendig ist, aber auch über das, was in unserer Partei und im Hinblick auf den Perspektivantrag weiterhin diskutiert werden muss, hatten.

Vieles ist sehr konkret geworden. Man hat ganz genau gesehen, wie wir uns die Reformen vorstellen, zum Beispiel bei der zukünftigen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Man hat ganz genau gesehen, dass das, was zukünftig als Arbeitslosengeld ausgestaltet sein soll, eine Regelung ist, die gerecht ist, die sozialdemokratisch ist und hinter der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen können. Wenn es aber so ist, dass wir eine so sorgfältige Debatte geführt haben, wenn sie so konkrete Ergebnisse erbracht hat, dann ist es, glaube ich, auch notwendig, den Ergebnissen der Diskussion zuzustimmen und die Unterstützung für die Reformpolitik der Bundesregierung auf diesem Parteitag zustande zu bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir führen eine schwierige Debatte. Sie hat etwas damit zu tun, dass wir die Frage diskutieren müssen, was wir unter Gerechtigkeit eigentlich verstehen wollen. Gerechtigkeit hat nicht nur damit zu tun, wie das Leistungsniveau unserer sozialen Sicherungssysteme im Einzelnen ausgestaltet ist. Gerechtigkeit hat vor allem etwas mit Teilhabe, mit der Möglichkeit, an Bildung und Arbeit teilzunehmen, zu tun. Das, was wir in den europäischen Gesellschaften gegenwärtig erleben, aber eben auch in unserer Gesellschaft erleben, ist eine ganz große Bedrohung für die Gerechtigkeitsperspektiven von Sozialdemokraten. Menschen, die nicht teilhaben an den Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen und die deshalb Schwierigkeiten haben werden, an den beruflichen Möglichkeiten teilzuhaben, und eine wachsende Arbeitslosigkeit, die seit über 20 Jahren immer größer geworden ist: Wenn wir das nicht bewältigen können, wenn von diesem Parteitag kein Signal ausgeht, dass wir wissen, wie wir das machen wollen und was unser Plan ist, dann, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir das Gerechtigkeitsthema verfehlen. Deshalb ist es richtig, zu sagen: Es geht nicht darum, dass aus dem, was wir machen, eine sozialdemokratische Agenda wird. Das ist eine sozialdemokratische Reformagenda, weil wir dafür sorgen wollen, dass die Menschen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten haben, als es heute der Fall ist.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vieles ist über Dinge diskutiert worden, die wir demnächst bewegen müssen. Deshalb will ich gern noch einmal einen Hinweis auf den Antrag geben, dem wir zu Perspektiven für die nächste Zeit hier mitbeschließen wollen. Da geht es darum, wie wir Innovationen in unserer Gesellschaft unterbringen können. Da geht es darum, wie wir technischen Fortschritt fördern können. Da geht es darum, wie wir im europäischen Rahmen dafür Sorge tragen können, dass Besteuerung auch in Zukunft noch gerecht funktionieren kann. Da geht es darum, wie wir die sozialen Sicherungssysteme auch jenseits der Vorstellungen des Bundesrates weiterentwickeln wollen. Das alles sind notwendige Diskussionen in unserer Partei. Aber

Warum ist es notwendig, die Parität in der Krankenversicherung aufzukündigen? 53 Prozent der Beiträge sollen die Arbeitnehmer und 47 Prozent die Arbeitgeber tragen. Das ist zwar eine Strukturreform. Aber warum werden nicht auch Beamte und Freiberufler in die Krankenversicherung einbezogen, um die Basis zu verbreitern? Das wäre eine Strukturreform, für die wir uns einsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage ganz klar: Du hast Weichenstellungen eingefordert. Seit Jahren haben wir eine Stagnation in der Wirtschaft. Alle treten auf die Bremse; alle müssen auf die Bremse treten: die Kommunen, weil ihnen die Steuereinnahmen wegbrechen, der Bund und die Länder, weil sie pleite sind. Aber was machen wir? Wir sparen weiter. Ich sage euch: Diese Konsolidierungslogik führt, wie wir letzte Woche gehört haben, zu einer höheren Verschuldung und schafft keine Beschäftigung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können uns aus dieser konjunkturellen Krise nicht herausparen. Wir müssen vielmehr aus ihr herauswachsen. Wir brauchen mehr Investitionen. Insbesondere die Kommunen müssen in vollem Umfang das, was wir bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe einsparen, behalten können, damit vor Ort in Beschäftigung investiert werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gehe davon aus, dass dieser Parteitag den Reformwillen der SPD unterstreicht, dass er aber auch deutlich macht, dass die SPD eine Partei ist, die sich zu ihrer sozialdemokratischen Tugend, nämlich jede Reform daraufhin zu überprüfen, ob sie mehr Beschäftigung schafft und ob sie gerecht ist, selbstbewusst bekennt, und dass es am Ende eine sozialdemokratische Agenda 2010 ist. Das ist das Ziel, dass wir mit den kontroversen Debatten heute erreichen wollen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Das Wort hat jetzt Olaf Scholz. Ihm folgt Ottmar Schreiner.

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns die aktuellen Umfragewerte für unsere Partei anschauen, dann erkennen wir: Sie sind gegenwärtig nicht so gut wie die Ergebnisse der Wahl in Bremen. Ich glaube, dass das schon etwas mit unserer jetzigen Diskussion zu tun hat. Das bedeutet nicht, dass es falsch ist, dass wir so viel und so intensiv über die Zukunft des Sozialstaates diskutieren. Aber es bedeutet schon, dass wir heute eine Entscheidung treffen müssen, bei der die Menschen wissen: Wir haben verstanden und wir sind bereit, die Probleme, die sich stellen, zu lösen. Darum geht es bei diesem Parteitag und bei der Entscheidung, die wir heute zu treffen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch so, dass wir uns nicht vor den Problemen drücken dürfen. Insofern ist es doch gut, dass wir eine sehr sorgfältige Diskus-

sion über den Leitantrag, über das, was als Mut zur Veränderung notwendig ist, aber auch über das, was in unserer Partei und im Hinblick auf den Perspektivantrag weiterhin diskutiert werden muss, hatten.

Vieles ist sehr konkret geworden. Man hat ganz genau gesehen, wie wir uns die Reformen vorstellen, zum Beispiel bei der zukünftigen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Man hat ganz genau gesehen, dass das, was zukünftig als Arbeitslosengeld ausgestaltet sein soll, eine Regelung ist, die gerecht ist, die sozialdemokratisch ist und hinter der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen können. Wenn es aber so ist, dass wir eine so sorgfältige Debatte geführt haben, wenn sie so konkrete Ergebnisse erbracht hat, dann ist es, glaube ich, auch notwendig, den Ergebnissen der Diskussion zuzustimmen und die Unterstützung für die Reformpolitik der Bundesregierung auf diesem Parteitag zustande zu bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir führen eine schwierige Debatte. Sie hat etwas damit zu tun, dass wir die Frage diskutieren müssen, was wir unter Gerechtigkeit eigentlich verstehen wollen. Gerechtigkeit hat nicht nur damit zu tun, wie das Leistungsniveau unserer sozialen Sicherungssysteme im Einzelnen ausgestaltet ist. Gerechtigkeit hat vor allem etwas mit Teilhabe, mit der Möglichkeit, an Bildung und Arbeit teilzunehmen, zu tun. Das, was wir in den europäischen Gesellschaften gegenwärtig erleben, aber eben auch in unserer Gesellschaft erleben, ist eine ganz große Bedrohung für die Gerechtigkeitsperspektiven von Sozialdemokraten. Menschen, die nicht teilhaben an den Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen und die deshalb Schwierigkeiten haben werden, an den beruflichen Möglichkeiten teilzuhaben, und eine wachsende Arbeitslosigkeit, die seit über 20 Jahren immer größer geworden ist: Wenn wir das nicht bewältigen können, wenn von diesem Parteitag kein Signal ausgeht, dass wir wissen, wie wir das machen wollen und was unser Plan ist, dann, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir das Gerechtigkeitsthema verfehlen. Deshalb ist es richtig, zu sagen: Es geht nicht darum, dass aus dem, was wir machen, eine sozialdemokratische Agenda wird. Das ist eine sozialdemokratische Reformagenda, weil wir dafür sorgen wollen, dass die Menschen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten haben, als es heute der Fall ist.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vieles ist über Dinge diskutiert worden, die wir demnächst bewegen müssen. Deshalb will ich gern noch einmal einen Hinweis auf den Antrag geben, dem wir zu Perspektiven für die nächste Zeit hier mitbeschließen wollen. Da geht es darum, wie wir Innovationen in unserer Gesellschaft unterbringen können. Da geht es darum, wie wir technischen Fortschritt fördern können. Da geht es darum, wie wir im europäischen Rahmen dafür Sorge tragen können, dass Besteuerung auch in Zukunft noch gerecht funktionieren kann. Da geht es darum, wie wir die sozialen Sicherungssysteme auch jenseits der Vorstellungen des Bundesrates weiterentwickeln wollen. Das alles sind notwendige Diskussionen in unserer Partei. Aber

wenn es notwendige Diskussionen sind, dann müssen sie auch sorgfältig geführt werden und können hier nicht gewissermaßen nebenbei mitentschieden werden.

Darum haben wir gesagt: Der Antrag soll dazu führen, dass wir eine Debatte führen bis zum Parteitag im November. Dort wird es Entscheidungen geben zu all den Fragen, die in dem Antrag „Wege für einen neuen Fortschritt“ aufgeworfen sind. Diese Fragen werden nicht auf irgendeine spätere Zeit aufgeschoben, sondern sie werden genau dann dort entschieden werden. Dann werden wir über Zukunftsfragen diskutieren. Dann diskutieren wir über die Frage, was wir unter Gerechtigkeit verstehen werden. Die Entscheidungen auf dem Parteitag im November passen sehr genau zu all dem, was wir mitentwickeln und weiterentwickeln müssen, wenn wir, wie wir uns vorgenommen haben, ein neues Grundsatzprogramm unserer Sozialdemokratischen Partei schreiben wollen.

Dieses Programm hat auch etwas mit unserer heutigen Debatte zu tun. Aber eines ist jedenfalls richtig: Angesichts der Umfragewerte, angesichts der wirtschaftlichen Situation, angesichts der drängenden Probleme wäre es das Verheerendste, wenn wir uns heute vor einer der notwendigen Entscheidungen drücken würden. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir den Leitantrag beschließen. Aber ich plädiere auch dafür, dass wir in den schwierigen Einzelpunkten, die ebenfalls zur Debatte stehen, uns ebenfalls für den Leitantrag aussprechen. Es hilft nichts – das will ich zum Schluss gern noch sagen, den Leitantrag zu unterstützen, aber ihn mit Einzelentscheidungen zu dementieren. Deshalb müssen wir die Gesamtentscheidung zustande bringen. Ich glaube, es geht um eine sozialdemokratische Reformagenda. Es geht um sozialdemokratische Politik für unser Land. Das ist das, was wir heute zu bewegen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, viele Menschen haben in den letzten Tagen immer gesagt: Wir wünschen euch viel Glück für den 1. Juni. Ich glaube, es ist auch so, dass ganz viele beobachten, was wir hier und heute machen. Eine positive Entscheidung wird dazu führen, dass die Menschen, die uns Glück wünschen, die mit uns feiern, die, was die Zustimmung zu unserer Politik betrifft, ein bisschen zurückhaltend sind, die Zustimmung zu uns wieder zeigen werden, wenn wir heute die notwendigen Entscheidungen getroffen haben und wenn wir sie in den nächsten Wochen und Monaten in die Tat umsetzen. Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön.– Jetzt hat Ottmar Schreiner das Wort. Ihm folgt Harald Schartau.

Ottmar Schreiner, MdB und Landesverband Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Niemand in diesem Raum ist gegen Sozialreformen. Niemand ist für eine andere Koalition und niemand ist für einen anderen Bundeskanzler.

(Vereinzelt Beifall)

Das sei vorweg geschickt: Ich glaube, dass die Diskussion, die wir führen zu einem Thema, das unsere Gesellschaft wie kein anderes Thema belastet, nämlich Massenarbeitslosigkeit, diese große alte Partei ehrt, vorausgesetzt, wir führen diese Diskussion produktiv und zielorientiert. Wenn wir diese Diskussion so führen, dann können wir alle gewinnen. Die Agenda 2010 – da trennen sich die Geister bei der Bewertung – wird nach meiner festen Überzeugung, zumindest was die streitigen Teile anbelangt, kein Teil der Lösung sein, sondern unsere Probleme auf dem Arbeitsmarkt eher verstärken. Von sozialer Ausgewogenheit kann ebenfalls nicht die Rede sein.

(Vereinzelt Beifall)

Für meine Begriffe lauten die beiden Maßstäbe, die wir an jede Sozialreform zu legen haben: Führt sie zu mehr Beschäftigung? Und: Ist die Sozialreform ausgewogen? Werden – so sagte Willy Brandt – stärkere Schultern stärker als schmale Schultern belastet? Wenn ich diese beiden Maßstäbe anlege, dann komme ich zu sehr kritischen Ergebnissen. Ich will das im Hinblick auf die streitigen Punkte an zwei Beispielen erläutern.

Liebe Genossinnen und Genossen, alles, was in der anhaltenden Konjunkturschwäche die Nachfrage auf dem Binnenmarkt belastet, zielt in die völlig falsche Richtung.

(Vereinzelt Beifall)

Nach der Agenda 2010 soll das Krankengeld so umfinanziert werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Zukunft allein aufzubringen haben. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte führt dies zu einer gesetzlich verordneten Lohnkürzung um rund 1 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Wie soll denn eine Lohnkürzung um rund 1 Prozent zu mehr Beschäftigung führen, wenn das Kernproblem unserer Konjunktur die seit Jahren schlappe Binnenkonjunktur ist? Wie kann man in einer solchen Situation Arbeitnehmereinkommen gesetzlich kürzen? Das passt beschäftigungspolitisch überhaupt nicht zusammen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir hatten in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine nicht zu hohe Lohnentwicklung, sondern eine zu schwache Lohnentwicklung. Eine der großen Lehren der 90er-Jahre aus der verfehlten Kohl-Politik war: Die Kohl-Politik war durch deine ständige Umverteilung von unten nach oben gekennzeichnet. Immer wieder ist gesagt worden: Je niedriger die Arbeitskosten, umso höher ist die Beschäftigung. Die Ergebnisse waren genau umgekehrt. Wir waren das einzige Land in der Europäischen Union, in dem in den 90er-Jahren bis 1997 von Jahr zu Jahr die Massenarbeitslosigkeit gestiegen ist. Deshalb ist es ein ökonomisches Gebot der Stunde, nicht von unten nach oben umzuverteilen, sondern einmal den umgekehrten Weg zu versu-

chen. Man muss versuchen, denen, die unten sind, ein bisschen mehr in die Hände zu geben, und diejenigen, die oben sind, ein bisschen stärker an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zu beteiligen, liebe Genossinnen und Genossen. Das zweite Beispiel: Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sind keine Almosen. Das Arbeitslosengeld wird von den Beschäftigten selbst finanziert.

(Vereinzelt Beifall)

Das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe sind Sozialeinkommen, die Arbeitslosenhilfe mit rund 520 Euro im Monat. Das sind Einkommen, die auf dem deutschen Binnenmarkt voll nachfragewirksam sind. Im Übrigen: Die großmäuligen Manager, die immer wieder die weitere Reduzierung fordern, wären im Zweifel nicht einmal in der Lage, drei Tage im Monat von diesem Geld zu leben, geschweige denn eine Woche, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist nicht nur ökonomisch falsch, ausgerechnet in der Konjunkturkrise die Sozialeinkommen deutlich und drastisch zu beschneiden. Das führt nicht zu mehr Beschäftigung, das führt zu mehr Arbeitslosigkeit!

(Vereinzelt Beifall)

Wenn der Betrieb des 55-Jährigen, der 40 Jahre gearbeitet hat, oder des 52-Jährigen, der 35 Jahre gearbeitet hat, in Konkurs geht und der Arbeitnehmer dann in absehbarer Zeit zum Sozialhilfeempfänger wird, was soll in den Köpfen dieser Menschen vorgehen, wenn sie in ihrer Frühstückszeitung lesen dürfen, dass der 55-jährige Manager im Versagensfall mit einer millionenschweren Euroabfindung in Frühpension geht?

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, das sind zentrale Gerechtigkeitswidersprüche, denen sich unsere Partei deutlicher stellen muss, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Die Antworten können nur lauten: Nachfrage stärken, die unteren Einkommen stärken und vor allen Dingen die kommunalen Investitionen stärken, im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich. Das schafft Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand und macht uns zukunftsfest durch eine zukunftsorientierte und moderne Bildungs- und Infrastruktur insgesamt.

Ich sage zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen: Wir verlassen mit der Agenda 2010 in wesentlichen Punkten klare Aussagen unseres Wahlprogramms.

(Beifall)

Das ist nicht nur eine Frage der parteiinternen Hygiene, das ist auch eine Frage, wie wir mit Wählerinnen und Wählern umgehen, die auf die zentralen Wahlbotschaften

der Sozialdemokratischen Partei vertrauen. Wenn man mit Wahlaussagen so verfährt, darf man sich nicht wundern, dass wir nicht mehr, sondern weniger Glaubwürdigkeit und nicht weniger, sondern mehr Politikverdrossenheit haben. Das kann nicht im Ernst das Ziel unserer Politik sein.

(Beifall)

Deshalb sollten wir so reden, wie wir handeln, und so handeln, wie wir reden.

Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall – Zurufe: Zugabe!)

Vorsitzende Ute Vogt: Als nächster Redner Harald Schartau, ihm folgt Ulrike Nissen.

(Weitere Zurufe: Zugabe!)

Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne, es ist angekommen, dass ein Teil Begeisterung für die Rede von Ottmar zeigt. Trotzdem, lasst möglichst viele zu Wort kommen und lasst jetzt den Harald sprechen, dann haben auch noch andere Delegierte die Chance, hier ihre Meinung auszudrücken. Dann könnt ihr dem Nächsten wieder Beifall spenden. – Lieber Harald, du hast das Wort.

Harald Schartau, Nordrhein-Westfalen: Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Im Februar haben wir bei drei entscheidenden Wahlen anständig eins auf die Mütze gekriegt. Wir sind aus absoluten Mehrheiten abgewählt worden, unsere politischen Gegner haben absolute Mehrheiten bekommen und das ehemals schön rote Schleswig-Holstein hat einen tiefdunklen Anstrich bekommen – vor der Agenda 2010.

Wer sich über die Analyse, warum das so gekommen ist, nicht im Klaren ist, wird auch die falschen Schlussfolgerungen ziehen. Meine Analyse kann ich euch sagen: Eine Bevölkerung, die sieht, dass die Arbeitslosigkeit steigt, die mitkriegt, dass die Wirtschaft auf der Stelle tritt, die hört, dass die Haushaltskassen leer sind, und die nur am Reden merkt, dass über die sozialen Systeme weiter verhandelt werden muss, eine solche im höchsten Maße verunsicherte Bevölkerung braucht eine Regierung, die sagt, wo sie lang will, und keine Regierung, die alle zwei Tage mit neuen Meinungen an die Öffentlichkeit tritt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir als Sozialdemokratische Partei uns den Regierungsauftrag für ein Land geben lassen, in dem die Menschen etwas können, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas leisten, die Unternehmen Ideen haben und auch etwas in die Waagschale werfen können, dann müssen wir die politische Verantwortung auch in Zeiten tragen, wo sie schwierig ist, wo wir zu Veränderungen kommen müssen und wo das Schlimmste für die Bevölkerung die Botschaft wäre: Weiter so wie bisher, vielleicht noch mit ein bisschen mehr Unterstützung in die sozialen Systeme hinein.

Genossinnen und Genossen, mir war während der Debatte seit dem 14. März klar, dass sich unsere Partei am Ende deshalb zusammenraufen wird, weil wir wissen, dass es nicht nur um die Frage geht, ob wir uns positionieren und einen Antrag beschließen, sondern ob wir auch die Stärke aufbringen, Strukturen, die für die Bevölkerung schlecht sind, so zu verändern, dass wieder neue Hoffnung entstehen kann.

Lasst es mich an einem Beispiel sagen. Ihr wisst, wo ich herkam, bevor ich Landesvorsitzender und Minister in Nordrhein-Westfalen wurde. Wenn mich eines in Nordrhein-Westfalen umgetrieben hat, ob in Dortmund, in Gelsenkirchen oder sonst wo, ist es, dass Leute, die mit 50 arbeitslos werden, keine Chance haben, dass in den Betrieben, teilweise aus guten Gründen, fast automatisch in denen, die es sich leisten konnten, die Älteren als Erste gehen mussten, wenn Personalabbau anstand, gut abgesichert, dass in vielen Bereichen die Menschen, die in den Betrieben Bestleistungen gebracht haben, als Facharbeiter, als Produktionsarbeiter, mit 48 arbeitslos wurden und keine Chance mehr hatten, weil sie angeblich zum alten Eisen gehörten. Deren existenziellen Ängste habe ich ernst genommen. Jetzt ist die Frage – Ottmar und jeder Gewerkschafter wird denken, dass es so nicht geht : Was machen wir jetzt? Verlängern wir jetzt die Arbeitslosengeldzahlungen an die Kollegen oder kämpfen wir als Sozialdemokratische Partei in einer Gesellschaft, die immer älter werden kann, dafür, dass mit dem Älterwerden nicht Wertlosigkeit eingeräumt wird, dass die Leute nicht an den Rand gedrückt werden, sondern dass wir ihnen wieder neue Hoffnung machen?

(Beifall)

Leute, die mit 55 aus dem Betrieb gehen, die sich nicht alt fühlen, die die Zähne zusammenbeißen, damit die Jungen weiterbeschäftigt werden können, fragen uns: Macht ihr das vielleicht mit, dass wir als Älter werdende in dieser Gesellschaft an den Rand gedrückt werden? Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass wir am Sonntag feiern, dass wir 80 werden können, und am Montag feststellen, dass Frauen, die mit 40 nach der Kindererziehung zurückwollen ins Büro, von den Fachleuten des Arbeitsamtes schon zu hören bekommen: Wahrscheinlich sind Sie zu alt dafür? Wollen wir das mitmachen?

Nein, ich will es nicht mitmachen. Ich möchte, dass wir uns als Sozialdemokratische Partei dafür einsetzen, dass die Leute Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Bedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, überhaupt wieder bis über 60 arbeiten zu können, und dass jemand, der mit über 50 seine Arbeit verliert, nicht blöd angeguckt wird und einen Stempel aufgedrückt bekommt, sondern die Chance erhält, seine Qualifikation und seine Erfahrungen wieder im Betrieb einbringen zu können und seine Existenz mit eigenem Geld feiern zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte abschließend zwei Dinge zu heute und zu dem Perspektivantrag sagen. Viele haben gesagt: Die Agenda 2010 ist nichts, höchstens was für die nächsten Tage.

– Wir müssen darüber hinausgehend diskutieren. Ich kann dazu sagen: Die Agenda 2010 wird uns keine weiter gehende Perspektive bringen, aber wir müssen sie heute machen. Denn wenn wir heute nicht Gestaltungsfähigkeit beweisen, dann brauchen wir uns nicht weiter über die Perspektive zu unterhalten. Zu dieser Perspektive, die wir bis November diskutieren wollen, gehören viele Fragen, nämlich ob wir unverändert in einer globalisierten Welt mit nationalökonomischen Rezepten der Bevölkerung weismachen, wir wüssten, wo es langgeht, ob wir in der Lage sind, eine Sozialpolitik zu machen, die alle Akribie darauf verwendet, den Leuten schnellstmöglich wieder auf die eigenen Beine zu helfen, oder ihnen lange und hohe Unterstützungsleistungen zahlen, ob wir in der Lage sind, bei Leuten, die in dieser Gesellschaft Mut und Risiko haben und etwas leisten wollen, den Staat zurückzunehmen, um Spielräume einzuräumen, und ob wir in der Lage sind, politische Gestaltung auch in einem Europa zu machen, in dem uns die nationalen Grenzen keine Schutzräume mehr bieten und in dem wir es internationaler machen können.

Dazu gehört für eine SPD auch, dass sie zum Ausdruck bringt, dass sie zu jeder Zeit in der Lage ist, bei der Gestaltung ihrer Politik auch die Breite der Schultern in der Bevölkerung zu vermessen, und davor keine Angst hat, nur weil es dem einen oder anderen nicht opportun erscheint. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Für diejenigen, die reden, noch einmal der Hinweis: Wenn die Glocke sanft klingelt, bedeutet dies, eure Redezeit ist zu Ende. Achtet bitte ein wenig darauf.

Das Wort hat Ulrike Nissen. Ihr folgt Fritz Felgentreu.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin in der SPD aktiv, seit ich zwölf Jahre alt bin. Ich habe 1971 zum ersten Mal am Infotisch gestanden: Willy wählen! Seitdem bin ich in dieser Partei aktiv, weil die SPD für mich immer noch die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist. Ich werde auch immer in dieser Partei bleiben, komme, was wolle, obwohl ich häufig Schwierigkeiten habe.

Ich bin selbstständig. Ich habe vor der großen Ruck-Rede am 14. März meinen Mandanten gesagt: Ich habe keine Zeit, ich will mir die Rede im Fernsehen anhören. Ich habe bei dieser Rede immer gehört, wer Einschränkungen tragen soll. Ich habe mich gefragt: Wann komme endlich ich? Ich gehöre mit meiner Familie zu den Besserdienenden. Ich habe mich gefragt: Wann komme endlich ich dran? – Ich wurde nicht erwähnt. Es kann doch in einer Partei wie der SPD nicht möglich sein, dass diejenigen, die es sich leisten können, nicht an den Einschränkungen beteiligt werden!

(Beifall)

Ich habe manchmal das Gefühl, dass unsere Parteioberen nicht mehr wissen, was an der Basis passiert!

(Beifall)

Wenn meine Kinder zu ihrem Geburtstag einladen, gibt es bei einigen der eingeladenen Kinder die Ausrede: Ich kann leider nicht kommen! – Das liegt daran, dass bei denen schon die fünf Euro für ein Geburtstagsgeschenk fehlen. Das wisst ihr nicht mehr!

(Beifall)

Deshalb will ich, dass diejenigen, die es sich leisten können, daran beteiligt werden. Bei mir geht das Geld in die Sparquote. Ich habe ein paar Tage, nachdem ich die Ruck-Rede im Fernsehen gehört hatte, meinen Bescheid vom Finanzamt für die zukünftigen Vorauszahlungen bekommen. Aufgrund der Senkung des Spitzensteuersatzes sind die Vorauszahlungen stark reduziert.

Da fasse ich mir an den Kopf, dass kann doch nicht sein! Dies kann in einer Partei wie der SPD nicht sein! Es darf nicht sein, dass nächstes Jahr der Spitzensteuersatz gesenkt wird. Ich will mich beteiligen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin nicht die einzige; auch viele meiner Mandanten sagen: Ich beteilige mich, ich sehe es ein.

Mir ist vollkommen klar, dass wir allein aufgrund der demographischen Zahlen ganz harte Einschnitte bekommen müssen. Diese Zahlen sind nicht erst nach dem 22. September entstanden. Ich sage schon seit langem: Wir werden starke Veränderungen bekommen. Das ist aufgrund der demographischen Zahlen so. Die Belastungen müssen aber gerecht verteilt werden. Diejenigen, bei denen wir jetzt noch kürzen, können nicht mehr investieren und bei Leuten wie mir geht es in die Sparquote. Das darf nicht sein.

Deshalb bitte ich euch, liebe Genossinnen und Genossen, den Änderungsanträgen, die auch aus Hessen-Süd kommen, zuzustimmen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Als nächster hat das Wort Fritz Felgentreu. Es folgt Erhard Eppler.

Fritz Felgentreu, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch zunächst in meinem Heimatbezirk Berlin-Neukölln herzlich willkommen heißen. Die Presse hat einen Bezug zwischen dem Thema unseres Parteitags und diesem Bezirk hergestellt. Dieser Bezirk ist in gewisser Weise repräsentativ für viele Probleme, die unser Land im Moment hat.

Wenn ihr vor dem Hotel die Sonnenallee heruntergeht, kommt ihr in eine der typischsten Berliner Großsiedlungen. Dort gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit. 30 Prozent der Menschen in diesen Siedlungen leben inzwischen von der Sozialhilfe. Die Probleme, die sich daraus ergeben, sind bekannt: Jugendkriminalität, gesellschaftliche Desintegration in den verschiedensten Formen.

Dahin gebracht haben uns die Rezepte, die wir bisher angewendet haben. Diese alten Rezepte haben versagt. Die Menschen in diesen Quartieren kommen aus der Situation, in der sie sind, aus eigener Kraft nicht mehr heraus. Die Sozialhilfe hat sie abhängig gemacht. Neue Arbeit finden sie nicht, um aus dieser Abhängigkeit wieder ausbrechen zu können.

Die Jugendlichen in den Quartieren, von denen ich spreche, sagen, sie gehen zur Arbeit, wenn sie den Weg zum Sozialamt meinen. Für mich ist offensichtlich, dass wir alle Schritte tun müssen, die uns aus dieser Situation herausführen können. Ein Bezirk wie Neukölln, eine Stadt wie Berlin braucht alles, was neue Arbeit für die Menschen schaffen kann, was sie befähigt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Ich bin sehr davon überzeugt, dass Berlin die Schritte braucht, die in der Agenda 2010 vorgesehen sind, und zwar in ihrer Gesamtheit. Es dürfen nicht einzelne Aspekte herausgegriffen werden, die dem einen oder anderen gefallen oder missfallen. Wir brauchen die Aktivierungsinitiative. Wir brauchen die Mittelstandsinitiative. Wir brauchen die neuen Wege zur Ausbildung. Wir brauchen – das ist ganz wichtig – das Arbeitslosengeld II, das uns befähigt, gerade die Menschen, die heute von der Sozialhilfe leben, zu aktivieren.

Wir brauchen die Vermittlungsoffensive und wir brauchen Entlastungen bei den Steuern. Vor allen Dingen brauchen wir Investitionen, die in der Agenda 2010 vorgesehen sind, insbesondere auf kommunaler Ebene. Das sind Ansätze, die helfen können, aus der Situation herauszukommen, in die wir in den letzten 20 Jahren hineingewachsen sind.

Ich könnte damit schließen, dass ich euch bitte, die Agenda 2010 zu unterstützen. Das will ich gar nicht tun. Ich bin nach den vielen Diskussionen in dieser Stadt davon überzeugt: Neukölln mit seinen schwerwiegenden Problemen ist längst überall. Das haben noch nicht alle verstanden. Damit es nicht dazu kommt, dass wir alle es verstehen müssen, ist das, was wir heute vorhaben, glaube ich, der Anfang vom Anfang. Ich bitte euch, diesen Anfang mitzumachen.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. Als nächster hat Erhard Eppler das Wort. Ihm folgt Claus Möller.

Erhard Eppler: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man aus der Distanz das politische Getümmel verfolgt und in letzter Zeit gelegentlich auch erleidet, dann hat man einen großen Nachteil und einen kleinen Vorteil. Der große Nachteil besteht darin, dass man im Detail kaum mitreden kann, weil man die internen Diskussionen nicht kennt, und der kleine Vorteil besteht darin, dass man die Proportionen besser sieht, dass man besser sieht, was wichtig und was weniger wichtig ist.

Ich gestehe gern, dass, als ich die ersten Nachrichten über die Agenda gehört habe, meine Begeisterung begrenzt war. Nun wird Gerhard sagen: Dazu war das ja auch nicht gemacht. Ich muss hinzufügen: Diese Begeisterung war noch sehr viel geringer, als ich dann nachher die Kritiker dieses Programms gehört habe,

(Beifall)

und zwar nicht, weil die keine Argumente hätten; die haben Argumente. Natürlich ist das nicht der große Wurf einer in sich schlüssigen und realisierbaren Alternative zum neoliberalen Trend.

Nebenbei: Ich verrate euch kein Geheimnis, wenn ich sage, der Grund dafür ist, dass es diese in sich schlüssige und trotzdem nationalstaatlich realisierbare Alternative nicht gibt.

(Beifall)

Das ist einer der Gründe, warum unsere Politik immer mehr europäisch orientiert sein muss, denn dort kann es sie dann eines Tages geben.

(Beifall)

Voll überzeugt wurde ich eigentlich erst durch die Alternativvorschläge der Kritiker.

(Beifall)

Liebe Freunde, die waren schon am Ende der 70er-Jahre überholt!

(Beifall)

Was mich am meisten verblüfft und auch geärgert hat, war, dass die kritische Diskussion in einer seltsam leeren, geradezu leer geräumten Welt stattfand, in einer Welt, in der es keine EU-Kommission gibt, keine Maastricht-Kriterien, keine Unionsmehrheit im Bundesrat, kein global agierendes Kapital, das gegenüber einem Nationalstaat den Daumen rauf oder runter tun kann, keine Bush-Administration, die gelegentlich der Hafer sticht.

(Vereinzelt Beifall)

All das war plötzlich weg. Übrig blieb eine ganz leere Welt. Da waren nur noch der Gerhard Schröder und seine Kritiker, die sich über die soziale Gerechtigkeit stritten. Das hatte für mich surrealistische Züge.

(Beifall)

In einer Welt, in der es die jetzige Bundesratsmehrheit nicht gibt, kann man natürlich wunderbar über Steuern reden. Nur realisieren kann man sie nicht. In der EU mit ihren Maastricht-Kriterien kann man über zusätzliche Verschuldung reden. Aber realisieren kann man sie nicht.

Das heißt, die wirkliche Welt sieht anders aus. Da sticht nicht nur die Rumsfelds und die Wolfowitzens der Hafer, sondern auch alle Marktradikalen in Europa und in Deutschland, die ideologisch etwa auf dieser Linie sind. Auch die träumen von einer leer geräumten Welt, leer geräumt von Regierungen, die die Impertinenz haben, einen windigen Krieg einen windigen Krieg zu nennen,

(Beifall)

aber auch leer geräumt von Gewerkschaften, die immer noch nicht begriffen haben, dass der Shareholder Value das höchste Gut unserer Demokratie ist.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wenn es da Abschusslisten gibt, steht in der Tat Gerhard Schröder ganz oben. Aber dann kommen andere. Dann kommt der Frank Bsirske, dann kommt der Klaus Zwickel, weil sie der neokonservativen Konterrevolution im Wege stehen, die über den Atlantik schwappt.

(Beifall)

Für mich hat vieles, was in letzter Zeit geschehen ist, den Charakter einer Selbstzerstörung der Arbeiterbewegung.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ein alter Mann noch einen Wunsch übrig haben darf, dann wäre es der: Hört endlich damit auf!

(Beifall)

Die Botschaft von diesem Parteitag wird natürlich nicht sein: Die Sozialdemokraten haben ihre Grundwerte über Bord geworfen. Aber sie soll sein: Die Sozialdemokraten haben begriffen, in welcher Welt sie leben.

(Beifall)

Was den Kanzler angeht: Man hat ihm vorgeworfen, dass er diese Agenda mit seiner eigenen politischen Zukunft verbunden hat. Liebe Freunde, angenommen, er hätte es nicht getan, hätten es dann nicht die Medien und die Opposition trotzdem getan?

(Lebhafter Beifall)

Dann war es viel besser, wenn er es gleich tut. Deshalb muss die Botschaft dieses Parteitags nicht lauten: Wir sprechen Gerhard Schröder unfehlbar. Aber sie muss lauten: Dieser Kanzler ist unser Kanzler und bleibt unser Kanzler.

Denn er ist es einmal deshalb, weil er wirklich versucht, dieses Land endlich zukunftstauglich zu machen, mit all den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Er ist es, weil er heute nicht nur unsere Hoffnungen trägt, sondern auch die vieler Eu-

ropäer außerhalb Deutschlands, die Hoffnungen auf ein eigenständiges Europa mit einem eigenen Willen und mit einer eigenen Gesellschaftsordnung, in der das Erbe der Arbeiterbewegung gut aufgehoben ist. Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön, lieber Erhard Eppler. – Als Nächstes spricht Claus Möller. Ihm folgt Heide Wieczorek-Zeul.

Claus Möller, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank, Erhard Eppler. Du hast die Unfehlbarkeitsfrage aufgeworfen. In einem Punkt möchte ich dir widersprechen. Ich halte es nicht für gottgewollt, dass für Sozialdemokraten der Shareholder Value das einzig Vernünftige in unserer Wirtschaftsordnung ist.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir Schleswig-Holsteiner sind selbstverständlich auch deswegen auf diesen Parteitag gekommen, dass Gerhard Schröder nicht nur wegen des Weltwirtschaftsgipfels Bundeskanzler bleibt und damit Rot-Grün weiter regiert. Auch Heide Simonis und die schleswig-holsteinische Partei sehen trotz einiger Spargelesen keine Notwendigkeit zu einem Koalitionswechsel in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelt Beifall)

Dennoch muss es erlaubt sein, heute über ein paar Punkte und Aspekte der Agenda 2010 zu diskutieren, die Gerhard Schröder am 14. März mit seiner Regierungserklärung eröffnet hat. Natürlich ist die Diskussion überfällig: Wie stellen wir uns unter veränderten demographischen und globalisierten Bedingungen ökonomisch neu auf und wie gestalten wir den Umbau und die Absicherung unserer Systeme der sozialen Sicherung? Die Partei hat diese Diskussion gewollt. Auch ich hätte mir gewünscht, dass der Parteivorstand diesen Parteitag etwas freudig erregter unterstützt hätte.

(Vereinzelt Beifall)

Aber die Diskussion und der Diskurs in der Partei haben sich gelohnt. Man braucht nur die Stimmung am 14. März und das Ergebnis der Antragskommission zu vergleichen. Heute wird die Zustimmung zur Vorlage wesentlich größer sein, als sie am 14. März gewesen wäre.

(Vereinzelt Beifall)

Olaf, du hast auf die schlechten Umfrageergebnisse hingewiesen und gesagt – vielleicht habe ich das falsch verstanden, das hänge mit der Diskussion zusammen, die wir zurzeit führen. Genossinnen und Genossen, es muss erlaubt sein, dass wir der Frage nachgehen: Warum sind wir nach der überwältigenden Zustimmung für den Bundeskanzler und die Bundesregierung in der Irak- und in der Friedenspolitik in

Hessen, in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein so abgeschmiert? Andrea hat Recht: Es ist nicht nur die Agenda-Diskussion. Die hat es damals noch nicht gegeben. Es sind die täglich außer samstags neuen Reformvorschläge, die durch die Republik getrieben wurden. Viele Mitglieder und viele Wähler, die uns verlassen haben, waren verunsichert, weil die Identität der sozialen Gerechtigkeit in den Reformvorschlägen, die auf dem Markt waren, nicht immer deutlich geworden ist. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt. Es ist nicht deutlich geworden, dass starke Schultern mehr als schwache Schultern tragen müssen.

Es ist bei aller Notwendigkeit der Umorganisation und des Umbaus unserer Sozialversicherungssysteme, gerade dann, wenn wir am Anfang stehen, wichtig, unseren Wählern und unseren Mitgliedern deutlich zu machen, dass das für die Sozialdemokraten unabdingbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Es treibt unsere Mitglieder und Wähler ferner um, dass bei aller Notwendigkeit der Riemer-Reform und des Hartz-Konzepts und der Agenda 2010 damit natürlich noch nicht das Ende der Fahnenstange für die Reformen erreicht ist. Das ist der Punkt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir im Perspektivantrag vereinbart haben, dass wir uns im November – hoffentlich in der Grundsatzdiskussion, wie man so schön sagt, neu aufstellen und die Frage beantworten: Was sind die sozialdemokratischen Antworten im 21. Jahrhundert?

Ich sage noch einmal: Der Diskurs hat sich gelohnt. Ich will das an dem Beispiel deutlich machen, das auch Henning Scherf angesprochen hat, nämlich an der Situation der Kommunen. Es ist gut und richtig, dass endgültig klar gestellt worden ist, dass wir zum 1. Januar 2004 eine Gewerbesteuerreform mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage haben wollen und dass die Einsparungen, die sich aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ergeben, überwiegend bei den Kommunen verbleiben sollen. Denn natürlich können wir uns aus der Krise nicht nur heraussparen; wir brauchen Investitionen. Wer soll denn öffentliche Investitionen durchführen, wenn nicht die Kommunen? Sie tätigen ja 70 Prozent der Investitionen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte jetzt noch zu zwei weiteren Punkten des Perspektivantrags etwas sagen.

Vorsitzende Ute Vogt: Lieber Claus, achte bitte auf die Zeit. Deine Redezeit ist eigentlich schon vorbei.

Claus Möller, Schleswig-Holstein: Ich möchte noch einmal auf folgenden Punkt im Perspektivantrag eingehen, nämlich dass wir uns im Wege der Diskussion um die weiteren Reformen in der Tat überlegen müssen, wie viel bei den Sozialversicherungssystemen angesichts der Tatsache, dass immer weniger Personen sozialversi-

cherungspflichtig beschäftigt sind, umlagefinanziert und wie viel steuerfinanziert sein soll. Diese Diskussion ist nicht neu. Wir haben doch die Zweckbindung bei der Ökosteuern; wir haben doch vor, zu diesem Zweck die Tabaksteuer zu erhöhen, und wir haben doch auch schon darüber diskutiert, die Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt zweckgebunden für die Rentenversicherung zu erhöhen.

Das alles sollte nicht aus der Hüfte heraus passieren; wir sollten das sorgfältig diskutieren. Ich bin zum Beispiel der Meinung, dass wir uns nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung überlegen sollten, bei der Pflegeversicherung eine Steuerfinanzierung vorzunehmen – und sei es auch über die Mehrwertsteuer. Ich rede jetzt nicht von einer Steuererhöhung. Denn das Problem ist doch nicht, dass wir eine hohe Steuerquote hätten; vielmehr ist unser Problem die hohe Abgabenquote. Es muss deutlich werden, dass wir die Abgaben gesenkt bekommen. Ich denke, eine Erhöhung der Verbrauchsteuern, deren Einnahmen wir eins zu eins zur Senkung der Lohnnebenkosten verwenden, sollten wir als einen Punkt im November diskutieren.

Das gilt natürlich auch für die vielen Diskussionen und Beschlüsse, die wir zur Erbschaftsteuer haben. Wir müssen bis zum 1. Januar 2005 das Bewertungsgesetz geändert haben; sonst entfällt die Erbschaftsteuer, wie die Vermögensteuer, auch noch. Wir sollten uns auch keine Neiddiskussion aufdrängen lassen. Genossinnen und Genossen, es geht auch um die Art der Besteuerung bei uns.

Vorsitzende Ute Vogt: Lieber Claus Möller, deine Redezeit hast du jetzt fast um das Doppelte überzogen. Es gibt noch viele, die reden wollen, und wir haben nicht mehr so viel Zeit. Bitte komme zum Schluss.

Claus Möller, Schleswig-Holstein: Ja. – Ich sage zum Schluss: Es geht eben auch darum, dass wir dann, wenn wir über den Umbau der Sozialsysteme und über Steuern diskutieren, auch über die Steuerarten diskutieren. Zurzeit besteuern wir die Arbeit sehr hoch und wir haben mit der niedrigsten Kapitalbesteuerung von allen Industrieländern.

(Vereinzelt Beifall)

Da muss es erlaubt sein, über die Erbschaftsteuer zu diskutieren.

Vorsitzende Ute Vogt: Als nächste Rednerin hat Heidi Wieczorek-Zeul das Wort; ihr folgt Jochen Ott.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Erhard Eppler hat Recht: Es geht heute in erster Linie nicht um die Agenda 2010; es geht darum – das müsste doch eigentlich jeder merken und spüren, dass wir uns in einer Situation befinden, in der uns ein Teil der Presse und der veröffentlichten Meinungen wegschreiben oder in eine andere Koalition schreiben will. In dieser Situation kann die Botschaft dieses Parteitag nur lauten: Wir stärken Gerhard

Schröder den Rücken; wir tragen dazu bei, dass diese Regierung in der Konstellation, in der sie sich jetzt befindet, gestärkt wird. Das ist die wichtigste Botschaft, die wir von diesem Parteitag aussenden können.

(Beifall)

Ohne Gerd und ohne unser Nein zum Krieg gegen den Irak hätte es keine breite öffentliche Diskussion zur Verhinderung dieses Irakkrieges gegeben, eine weltweite Diskussion, die notwendig war.

(Beifall)

Auch im Nachhinein haben wir Recht. Wir sehen doch in der aktuellen Diskussion: Es ging um Öl; es ging nicht um Massenvernichtungswaffen. Da wurde die Welt getäuscht.

(Beifall)

Deshalb ist unsere Position klar: Wir wollen dazu beitragen, dass Krieg niemals mehr zu einem Mittel der Politik oder der Wahrnehmung ökonomischer Interessen werden darf.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, weil das so ist, will ich an der Stelle Folgendes sagen: Wer Perspektiven vermisst, möge doch bitte auch das Folgende sehen – auch darauf hat ja Erhard verwiesen: Wenn wir dieses europäische Gesellschaftsmodell entwickeln und stärken wollen, dann muss unser Nein zum Irakkrieg auch ein Ja zu einer anderen europäischen Energiestrategie bedeuten, einer Strategie, die auf erneuerbare Energien setzt, die auf Energieeffizienz setzt. Das tun wir ja. Gerhard Schröder hat das in der Konferenz von Johannesburg vorgeschlagen und wir setzen das um. Wir setzen in dieser Frage auf eine internationale Koalition der Willigen, eine Koalition für eine neue Energiezukunft, damit wir Arbeitsplätze in den betreffenden Bereichen schaffen, damit wir weltweit zur Bekämpfung der Armut beitragen und dem Klimawandel vorbeugen können. Dies sind Perspektiven, für die wir stehen und die wir umsetzen. Wer außer uns könnte das verwirklichen? Liebe Genossinnen und Genossen, bitte tragt dazu bei, dass wir dazu die Chance bekommen.

(Beifall)

Aus all diesen Gründen werbe ich dafür, dass heute der Agenda 2010 zugestimmt wird. Ottmar hat das eingefordert; dazu sage ich: Durch die Veränderungen sind die Investitionen gerade für die kommunale Ebene massiv gestärkt worden; das ist wichtig hinsichtlich der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Es hat also deutliche Klarstellungen und Veränderungen gegeben. Ich denke, damit kann auch sicher gestellt werden, dass die Kritiker der Agenda 2010 und dem entsprechenden Antrag zustimmen können. Wir müssten diesen ganzen Prozess mit der Diskussion über den

Perspektivantrag und mit der Chance, wirtschaftliches Wachstum zu schaffen, Beschäftigung voranzubringen und neue Finanzierungsmöglichkeiten zu eröffnen, verbinden. Wir planen ja in diesem Perspektivantrag ganz neue Finanzierungsmöglichkeiten. Sie werden auch notwendig sein. Wir werden in globaler und europäischer Hinsicht Wert darauf legen müssen, dass auch Konzerne stärker in die Finanzierung einbezogen werden.

Wir werden ferner eine Diskussion darüber führen müssen, wie im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auch ein konjunkturelles Gegensteuern möglich wird. Denn davon bin ich überzeugt: Wir werden aus der jetzigen wirtschaftlichen Situation der europäischen Länder nicht nur mit Sparen herauskommen; wir werden da nur mit mehr Wachstum herauskommen. Das muss dann auch die gemeinsame Perspektive sein; das ist die Perspektive, die in dem Antrag 2 enthalten ist.

Zum Schluss möchte ich an ein Wort Willy Brandts erinnern. Er hat gesagt – er hat damit Recht; wie er in vielem Recht gehabt hat: „Gerade wer das Bewahrenswerte erhalten will, muss das ändern, was der Erneuerung bedarf“. In diesem Sinne bitte ich Euch, liebe Genossinnen und Genossen, um Zustimmung zu den beiden Leitträgen, die heute hier vorgelegt worden sind. Ich danke Euch.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Wer auf die Uhr schaut, sieht: Die Stunde ist um. Wir können noch einige Minuten zugeben. Es können noch drei oder vier Redner an die Reihe kommen. Zunächst hat Jochen Ott das Wort; dann kommt Wolfgang Clement.

Jochen Ott, Köln: Liebe Genossinnen und Genossen! Hans-Jochen Vogel hat gestern bei einer Veranstaltung gesagt: Parteifunktionäre sollen auch über das berichten, was an der Basis los ist. – Das möchte ich gern tun. Als Kölner war ich letzte Woche bei der Geburtstagsfeier in Hamburg und habe dort einige O-Töne gehört, lieber Ottmar. Drei davon will ich kurz nennen: Ein gut betuchter Mensch erzählte voller Stolz davon, wie er für 700 Euro sein komplettes Haus hat streichen lassen. Die Rechnung ist unterwegs verloren gegangen. Das war offenbar für beide Beteiligte an dem Deal eine Riesenaktion. Ich wette: Die meisten Journalisten – bei den Politikern geht es aus den bekannten Gründen nicht – lassen ihre Wohnungen schwarz putzen. Das Thema Schwarzarbeit ist eine Realität in diesem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Punkt ist die Unterstützung von Selbstständigen. Genossinnen und Genossen, es gibt viele junge Leute, die auch aufgrund der Initiative der Bundesregierung bereit sind, sich selbstständig zu machen. Das Problem ist nur: Das Geld, das bei der Ausgleichsbank liegt, kommt gar nicht unten an. Leute um die 30 wollen sich selbstständig machen und gehen zur Bank. Aber die Banken sagen, dass es für sie völ-

lig unrentabel ist, ihnen einen Kredit von 15 000 Euro zu geben. Die Leute stehen also alleine da und kommen nicht weiter.

Hinzu kommt: Beim Arbeitsamt, wo sie das Überbrückungsgeld für solche Maßnahmen beantragen können, steht über Wochen kein Vermittler zum Gespräch bereit. Die Leute stehen vor dem Infopoint und bekommen gesagt, es würde sich jemand melden. Aber darüber vergehen Wochen. Das macht diejenigen Menschen müde, die bereit sind, sich selbstständig zu machen und nach vorne zu gehen. Da müssen wir ran.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, das waren nur drei Punkte, die auf dieser Geburtstagsfeier in Hamburg diskutiert worden sind. Ich glaube, das macht deutlich, dass diese Agenda jetzt beschlossen werden muss, weil in ihr einige Ansätze enthalten sind, die diese Probleme hoffentlich lösen.

Wir haben in Köln eine intensive Diskussion über unseren Antrag gehabt, der euch jetzt vorliegt. Ich muss sagen: Ich bin sehr froh über diese Debatte. Es war nämlich die erste Debatte in meiner dreijährigen Amtszeit, bei der keiner vorzeitig gegangen ist und bei der 120 Leute sich drei Stunden lang gegenseitig zugehört haben. Das ist eine ganz besondere Situation gewesen. Die Partei will die Diskussion. Deshalb glaube ich, es ist wichtig, dass wir dieses Programm, was das konkrete Regierungshandeln angeht, jetzt beschließen. Aber danach müssen wir über eine Vision streiten.

Lieber Erhard Eppler, ich kann ja verstehen, dass du im Moment diese Vision nicht siehst. Aber für die politische Zukunft vieler jungen Genossinnen und Genossen ist es wichtig, dass die SPD deutlich macht, wohin es auch in Zeiten der Globalisierung gehen soll. Wenn es auf deutscher Ebene nicht geht, dann muss es auf europäischer Ebene geschehen. Wir brauchen diese Visionen. Auf dem Bundesparteitag müssen wir erste Schritte einschlagen und den Menschen gerade aus meiner Generation deutlich machen: In diese Richtung geht es. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Genossinnen und Genossen, noch ein Wort zu Ottmar Schreiner. Eines darf man nicht tun: Man darf bestimmte Punkte nicht ideologisieren.

(Vereinzelt Beifall)

Die paritätische Finanzierung ist kein sozialistischer Grundwert. Es gab sehr wohl viele Sozialisten, die gesagt haben, Parität heißt immer, dass der Arbeitgeber auch mitbestimmt; es wäre gut, wenn die Arbeiterbewegung das selbst organisieren würde. Das haben übrigens auch viele Linke in der Diskussion immer wieder deutlich gemacht. Es handelt sich nämlich um vorenthaltene Lohnleistungen. Deshalb ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, diese vorenthaltene Lohnleistung über Tarifverträge wieder hereinzuholen.

Eine letzte Sache: Ich bitte euch als Regierung, jetzt nicht mehr jeden Tag eine andere Sau durchs Dorf zu jagen.

(Beifall)

Ich nenne als Stichwort die Tabaksteuer. Erst sollte es eine sofortige Erhöhung um 1 Euro geben. Jetzt erfolgt sie in drei Schritten. Einigt euch und zieht das durch! In Köln sagt man: Arsch „huh“. Es wird Zeit. Ich möchte, dass ihr gut regiert. Köln wird euch dabei unterstützen.

Lasst euch noch eines sagen. In Köln haben wir schon sehr viel hinter uns gebracht. Das offizielle Karnevalsmotto für das Jahr 2004, das lautet: Lach doch eins, et weed widder weede! In diesem Sinne alles Gute für das konkrete Regierungshandeln.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Als Nächster hat Wolfgang Clement das Wort. Dann folgt Michael Müller.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Genossinnen und Genossen! Warum müssen wir verändern und reformieren? Warum können wir nicht so weitermachen wie bisher, auch nicht so, wie Ottmar Schreiner es uns dargelegt hat?

Erstens: Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Wirtschaftswachstum, das im ersten Vierteljahr bei minus 0,2 Prozent liegt. Wir haben die ausgeprägteste Wachstumsschwäche unter allen westeuropäischen Staaten. Ganz Europa wartet darauf, dass die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wieder an Fahrt gewinnt und wieder eine Lokomotivfunktion für Europa einnimmt. Anders werden wir die gegenwärtige Schwächephase nicht überwinden können.

Zweitens: Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit vielen Jahren. Wenn ich die stille Reserve hinzunehme, dann muss ich sagen, dass heute 6 bis 7 Millionen Menschen in Deutschland ohne Arbeit sind, 6 bis 7 Millionen Menschen von etwa 38 Millionen Beschäftigten. Jedem und jeder ist klar – so glaube ich –, dass wir hier eine Wende herbeiführen müssen und dass das, was wir bisher getan haben, nicht ausreicht. Es gibt keine Volkswirtschaft auf der Welt, die so viel Geld im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt hat wie wir in Deutschland. Daran gemessen ist der Erfolg minimal. Deshalb müssen wir die Arbeitsmarktpolitik ändern, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Drittens: Die demographische Situation hat sich verändert. Der Eintritt ins Berufsleben erfolgt immer später. Ein Auszubildender ist heute im Durchschnitt 19 Jahre alt. Noch 1978 betrug das Durchschnittsalter eines Auszubildenden 16 Jahre. Gemessen am Lebensalter gehen wir immer früher aus dem Beruf. Als die sozialen Sicherungssysteme entstanden sind, haben die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre eigene Pension im Schnitt um vier Monate überlebt. Wir überleben sie – ich sage Gott sei dank; ich hoffe auch darauf – um 20 Jahre. Genossinnen und Genossen, wer uns sagen will, das Gesundheitssystem, das Rentensystem und die Ar-

beitsmarktpolitik könnten so weitergefahren werden wie bisher, der macht sich und anderen etwas vor. Es führt kein Weg an grundlegenden Veränderungen vorbei. Darum geht es heute.

(Beifall)

Was ist die Antwort? Die Antwort ist sehr schlicht: Wir müssen öffentliche und private Investitionen stärken. Wer private Investitionen und gleichzeitig private Nachfrage stärken will, der muss die Steuern herunterbringen. Das tun wir mit der Steuerreform, die wir 2004 und 2005 fortsetzen. Ottmar Schreiner wartet auf die Stärkung der Nachfrage. Die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 15 Prozent, die niedrigste Quote in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, ist die kräftigste Nachfragestärkung, die es bei uns überhaupt geben kann, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Tut mir einen Gefallen – da kann ich die Worte von Erhard Eppler nur dick unterstreichen –: Wir müssen aufhören mit den ständigen Steuererhöhungsdiskussionen, erst recht, wenn nicht die geringste Chance besteht, sie zum Erfolg zu bringen. Steuern sind kein Antragsdelikt; man muss sie gestalten. Wir tun das mit der Steuerreform, die wir auf den Weg gebracht haben und die bereits Gesetzeskraft hat.

Es müssen die Lohnnebenkosten herunter; das wissen wir alle. Das wissen nicht nur die Unternehmer, sondern auch alle aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb führt an diesen Reformen, insbesondere auch im Gesundheitsbereich, kein Weg vorbei. Heute beträgt das Durchschnittsalter 80 Jahre. Jeder Dritte über 80 leidet an einer Hirnerkrankung. Die medizinischen Aufwendungen steigen also. Wir müssen daher wissenschaftliche Fortschritte erzielen und mehr Geld mobilisieren. Das geht aber nicht über den Faktor Arbeit. Das gelingt nirgendwo auf der Welt, Genossinnen und Genossen.

Wir brauchen eine andere Arbeitsmarktpolitik. Die bisherige Arbeitsmarktpolitik – darüber werden wir nachher konkreter diskutieren – führt nicht zum Erfolg. Wir haben Arbeitslosigkeit finanziert. Wenn heute Sozialhilfeempfänger, die erwerbsfähig sind, im Schnitt 26 Monate und Arbeitslosenhilfeempfänger 28 Monate arbeitslos sind, dann stimmt etwas nicht. Deshalb machen wir ernst mit dem Schlagwort: Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern Arbeit und die Vermittlung in Arbeit. Das tun wir.

(Beifall)

Lasst euch nicht erzählen – das höre ich immer wieder –, dass das, was wir jetzt eingeleitet haben, nur für den Moment sei. In diesem Jahr erwarten wir etwa 200 000 neue Selbstständige, die aus der Arbeitslosigkeit kommen. Bis jetzt sind es bereits 70 000, die diesen Weg gegangen sind. Wir wissen inzwischen, dass zwei Drittel dieser Menschen, die den Mut haben, aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständig-

keit zu gehen, ihr Unternehmen erhalten und nach zwei bis drei Jahren Beschäftigte einstellen.

Das ist nur ein Hinweis auf das, was sich verändert. All die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die wir haben, werden die Arbeitsmarktlage verändern. Lasst euch von niemandem einreden, wir würden in diesem Jahr 5 Millionen und mehr Arbeitslose haben. Nein, das werden wir nicht! Die Maßnahmen beginnen zu greifen. Sie werden nicht von heute auf morgen die Welt verändern. Aber wir haben die Chance, die Arbeitslosigkeit zu senken. Ist es nicht ein Ziel, endlich damit Schluss zu machen, dass heute 250 000 junge Leute unter 25 Jahren in der Sozialhilfe, 64 000 in der Arbeitslosenhilfe und über 500 000 arbeitslos sind? Diese Menschen haben wir mit den bisherigen Methoden nicht von der Straße gebracht. Das werden wir jetzt Schritt für Schritt, punktgenau und durch eine Vermittlungsarbeit, wie sie sich für eine Agentur für Arbeit gehört, tun.

Genossinnen und Genossen, lasst uns diesen Weg gehen! Ich sage euch: Er wird erfolgreich sein, erfolgreicher als das, was wir bisher getan haben. Lasst euch nicht einreden, wir könnten so weitermachen wie bisher! Ganz Europa, Genossinnen und Genossen, wartet darauf, dass wir diese Reformen jetzt endlich durchführen. Lasst uns das tun, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Als nächster Redner hat Michael Müller das Wort. Ihm folgt Hans-Jochen Vogel.

(Beifall)

Michal Müller, MdB und Landesverband Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! „Bei Erich Kästner steht: Es geht auf keinen Fall so weiter, wenn es so weitergeht.“ Das trifft unsere Situation ziemlich genau. Man muss sehen: Wir sind in der tiefgreifendsten Umbruchsituation unseres Landes seit den 50er-Jahren. In dieser Situation geht es nicht um Teilkorrekturen. Es geht um den Bau eines neuen Hauses. Es liegt an uns, ob wir diese Aufgabe selbstbewusst annehmen oder ob wir uns in Kleinigkeiten verlieren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe ein wenig den Eindruck, dass wir uns zum Teil in Kleinigkeiten verlieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen eine neue Perspektive entwickeln. Das scheint mir die entscheidende Aufgabe zu sein. Wir erleben nicht nur einen Umbruch, sondern wir erleben – Erhard Eppler hat das völlig zu Recht gesagt – in dieser Umbruchsituation auch eine grundlegende ideologische Auseinandersetzung zwischen einem liberalen Kapitalismus, der die Welt prägt, und der Chance, das Modell der sozialen Demokratie zu erneuern. Deshalb muss es darum gehen, wieder Po-

litikfähigkeit herzustellen, um das Modell der sozialen Demokratie zu erneuern; denn sonst haben wir versagt. Darum geht es, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was in letzter Zeit im Irak passiert ist, war nicht nur der Sturz von Saddam Hussein. Es handelt sich dabei auch um den Kampf um eine neue Weltordnung. Die Frage, ob diese neue Weltordnung in einer unilateralen Welt stattfindet, nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch, entscheidet sich in Europa. Im Augenblick ist Europa leider zu schwach, um diese Auseinandersetzung offensiv anzunehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben den Schlüssel in der Hand, das Modell der sozialen Demokratie für die Globalisierung zu entwickeln. Das wird nicht gehen in Anpassung an neoliberale Strategien. Aber es wird auch nicht gehen, wenn wir an den Konzepten der Vergangenheit festhalten. Wir müssen vielmehr selbst einen neuen Weg gehen. Dieser neue Weg ist mit der großen Idee der Nachhaltigkeit vorgezeichnet. Wir müssen diesen Weg gehen, um in eine Welt der Vielfalt und der Demokratien, in eine Welt der Zusammenarbeit zu kommen. Das ist die historische Erfahrung Europas, die wir in der Globalisierung neu begründen und neu festigen müssen. Deshalb ist es falsch, hier nur atemloses Krisenmanagement zu betreiben. Es geht auch um den Zusammenhang zwischen der Agenda 2010 und weitergehenden Perspektiven. Deshalb ist auch der zweite Antrag wichtig und darf nicht an die Seite gedrängt werden, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht darum, dass die Programmpartei SPD auch wieder Programme entwickelt. Das ist ein entscheidender Punkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das nicht geschieht, kommen wir in das Dilemma, dass wir entweder, wie in den letzten 20 Jahren, Gesellschaften mit niedriger Arbeitslosigkeit haben, die aber gespalten sind, oder Gesellschaften haben, die vergleichsweise egalitär sind, aber eine hohe Arbeitslosigkeit aufweisen. Beides kann nicht der Weg sein. Deshalb brauchen wir einen völlig neuen Ansatz der sozialen Demokratie, der aufzeigt, wie in der Globalisierung die Welt sozial gestaltet wird. Wir stehen vor Herausforderungen von neokonservativen Revolutionen, wie wir sie noch nie hatten. Darauf müssen wir mit Klarheit und mit längerfristigen Perspektiven reagieren. Ich erwähne in diesem Zusammenhand drei Punkte.

Erstens. Die SPD darf die soziale Frage nicht relativieren. Sie bekommt im Gegenteil in der Globalisierung eine neue Bedeutung. In der Globalisierung wird das Thema soziale Gerechtigkeit wieder ganz oben stehen. Wer diese Frage relativiert, verspielt auch unsere politischen Chancen in der Globalisierung. Das darf nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens. Wir dürfen bei der ökologischen Modernisierung nicht wackeln. Auch deshalb sage ich: Die Spiele in Nordrhein-Westfalen müssen aufhören! Schaut nach vorne! Wir brauchen rot-grüne Bündnisse, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist eine Illusion, die große Gestaltungsaufgabe mit der Union oder der FDP bewältigen zu können. Unser Ansatz muss weiterentwickelt werden. Die ökologische Modernisierung ist ein solcher Ansatz, zu neuer Festigkeit in der Erwerbsgesellschaft und zu einer anderen Weltordnung zu kommen, der eben nicht auf Krieg um Öl basiert.

(Vereinzelt Beifall)

Drittens. Wer eine solche Herausforderung annimmt, der muss selbstbewusst sein. Er muss sagen: Wir können es packen und wir wollen es packen. Das bringen wir zustande, wenn wir die Gemeinschaftsanstrengung wollen. Wir können es. Aber wir müssen auch diese Gemeinschaftsanstrengung wollen. Bitte sorgt nicht für weitere Zersplitterungen, sondern lasst uns gemeinsam an dem großen Projekt der sozialen Demokratie arbeiten! Das ist die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgehen muss.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. Als letzter Redner in dieser Debatte hat jetzt Hans-Jochen Vogel das Wort.

Hans-Jochen Vogel: Liebe Genossinnen und Genossen! Bevor diese Stunde zuende geht, muss auch der Oberlehrer noch zwei oder drei Bemerkungen machen.

(Heiterkeit und Beifall)

Vor 40 Jahren habe ich das erste Mal auf einem Bundesparteitag mit etwas Aufregung das Wort ergriffen. Die Aufregung hat sich mittlerweile gelegt.

Ich möchte folgende Bemerkungen machen.

Nach meinem Dafürhalten geht es heute nicht um Änderungen sozialdemokratischer Grundwerte. Es geht vielmehr um die Frage, ob wir die Veränderungen der Realität zur Kenntnis nehmen oder ob wir das nicht tun.

(Beifall)

Gerhard Schröder hat Ferdinand Lassalle zitiert, indem er sagte: „Jede politische Aktion beginnt mit dem Aussprechen dessen, was ist.“ Aus Höflichkeit hat er ihn nicht vollständig zitiert. Der zweite Teil von Lassalles Ausspruch lautet nämlich: „Jede Kleingeisterei beginnt mit dem Bemänteln und Beschönigen der Realität und dessen, was ist.“

(Beifall)

Dabei begehe ich nicht den Irrtum, dass mir jede Veränderung der Realität gefällt. Nein, es gibt höchst unerfreuliche Veränderungen der Realitäten. Aber wer seine Politik von der Realität trennt, der begibt sich ins Abseits. Da gehört die SPD nicht hin!

(Beifall)

Die Grundwerte sind die gleichen. Wir müssen neue Antworten unter dem Kriterium dieser Grundwerte prüfen. Wir müssen aber auch sehen: Die nationalen Rahmenbedingungen des Marktes greifen nicht mehr. Das ist nicht unsere Schuld, sondern eine Folge der Entwicklung. Die demografischen Faktoren gelangen Gott sei Dank endlich in unser Bewusstsein. Auch mir gefällt an dieser Agenda manches nicht. Warum soll ich das nicht sagen?

(Vereinzelt Beifall)

Aber diese Agenda kann zwei Punkten dienen, die für die Gerechtigkeit elementar sind. Erstens. Sie kann das weitere Steigen – ich bin vorsichtiger als andere – der Arbeitslosigkeit verhindern. Zweitens. Diese Agenda kann die Kernbereiche der sozialen Sicherungssysteme finanzierbar und damit funktionsfähig halten.

(Beifall)

Das ist für mich von entscheidender Bedeutung.

Für mich hat die Diskussion dies alles deutlicher gemacht. Es wäre – lass mich das sagen, Gerhard! – nicht sozialdemokratisch gewesen, wenn die Partei nicht darüber eine breite und intensive Diskussion geführt hätte.

(Beifall)

Ich spreche auch diejenigen meinen Respekt aus, die diese Diskussion nachdrücklich verlangt und dann in Gang gesetzt haben. Ich freue mich auch über den zweiten Leitantrag. In diesem Leitantrag hat manches dieser Diskussion seinen Niederschlag gefunden.

Aber darüber hinaus – das gilt auch für die heutigen Beiträge – habe ich realisierbare, mit der Wirklichkeit in Einklang stehende Alternativen zu den Kernpunkten nicht erkennen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte noch etwas mit der Ungeschütztheit, mit der es ein alter Mensch tun kann, aussprechen: Genossinnen und Genossen, wenn es welche gibt, die lieber in die Opposition gehen wollen, um die Verantwortung los zu werden, dann sollen sie es bitte sagen und dann sollen sie nicht herumreden, indem sie behaupten, man wolle den Kanzler nur stützen.

(Beifall)

Auch für diese Leute gilt das, was Lassalle gesagt hat.

Da ich schon einmal hier stehe, möchte ich in Richtung Nordrhein-Westfalen eine herzliche Bitte – wen immer das betrifft; ich besitze nicht mehr sämtliche Informationen aussprechen:

Überlegt euch gut, was ihr da tut. Das ist für die Sozialdemokratie heute von entscheidender Bedeutung. NRW ist nicht irgendein Land.

(Beifall)

Ein gewisser Möllemann – so heißt er, glaube ich – ist von der FDP, von der dort geredet wird, noch nicht allzu lange weg.

Dritte und letzte Bemerkung. Die Debatte, die wir führen, ist aus verständlichen Gründen sehr auf uns selbst bezogen. Wir reden über unsere Nöte und Probleme. Aber bitte, Genossinnen und Genossen, vergesst nicht: Wir leben in einer kleiner gewordenen Welt. 85 Prozent der Menschheit wären äußerst glücklich, wenn sie über unsere Probleme zu verhandeln und zu streiten hätten. Vergesst das nicht!

(Beifall)

Es ist von Visionen die Rede. Ich glaube, es gibt eine ganz große Vision im 140. Jahr. Lassalle ist angetreten, weil er die Verteilung von Macht und Wohlstand im damaligen noch nicht vereinten Deutschland unerträglich fand. Gemessen an der heutigen weltweiten Verteilung von Macht und Wohlstand war die Situation damals geradezu ein Klacks. Heute ist die Verteilung von Macht und Wohlstand auf dieser Erde unerträglich!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, da ist Platz für eine Vision, die Vision einer gerechteren Weltordnung im Sinne eines Willy Brandt, die den gegenwärtigen Zustand nicht mit präventiven Militärschlägen aufrechterhält, sondern sich engagiert, die Welt gerechter zu gestalten.

(Beifall)

Außerdem: Es gibt doch wahrlich genügend Unterstützung. Eines der schönsten Erlebnisse, die ich in den vielen Jahren gehabt habe, ist erst einen Tag alt; ich meine den ökumenischen Kirchentag hier in Berlin. Habt ihr gesehen, dass hunderttausend überwiegend junge Menschen sich gerade in der Richtung, die ich eben angesprochen habe, engagieren wollen? Und die Millionen, die im Februar und März demonstriert haben, haben nicht irgendeinen Antistandpunkt ausdrücken wollen, sondern sie haben für eine friedliche und gerechtere Weltordnung demonstriert. Dahin gehören wir!

(Beifall)

Wenn Gerhard nicht weitermachen kann, dann wird auch diese Linie irreparabel beschädigt. Das soll jeder wissen, wenn er hier abstimmt.

Zum Schluss eine ganz persönliche Empfehlung. Ich habe auch manchmal vor Wut einen roten Kopf bekommen oder die Mundwinkel nach unten gezogen. Aber bitte, wer immer nur mit heruntergezogenen Mundwinkeln und mit der ununterbrochenen Schilderung, wie schrecklich und furchtbar alles ist, und mit der Unfähigkeit, auch einmal etwas gut zu finden oder das Wort Dankbarkeit in den Mund zu nehmen, unter seine Mitmenschen tritt, soll sich nicht wundern, wenn er in eine absolute Isolierung und Verdrossenheit gerät. Das ist nicht sozialdemokratisch. Sozialdemokratisch ist, auch in harter Zeit den Menschen eine Perspektive zu geben. Seid nicht so wehleidig: Generationen vor uns hatten ganz andere Prüfungen zu bestehen, als wir sie heute hoffentlich bestehen. Danke schön.

(Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Vorsitzende Ute Vogt: Ganz herzlichen Dank für die Aussprache.

Es gibt noch einiges zu arbeiten, deshalb geht es zügig weiter. Ich habe noch einen Hinweis für diejenigen, die geredet haben: Das Ganze wird protokolliert und schriftlich festgehalten. Rechts neben der Bühne kann man die Reden zur Autorisierung abholen. Wer sich anschauen möchte, was ins Protokoll kommt, kann dies gerne tun. Das war der organisatorische Hinweis.

Bevor ich das Wort an Kurt Beck weitergebe, habe ich noch eine erfreuliche Pflicht zu erfüllen, nämlich den beiden Geburtstagskindern zu gratulieren, die sich heute ausgesucht haben, ihren Geburtstag mit uns zu feiern: Antje Esser aus Senden und Rolf Hempelmann aus Essen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wenn ihr vorkommt, bekommt ihr auch noch einen Blumenstrauß von mir überreicht. Derweil leitet euch Kurt Beck weiter durch den Parteitag. Vielen Dank.

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen herzlichen Dank, liebe Ute. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte jetzt Bernhard Sterz zu uns nach vorne. Er gibt uns den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Während er nach vorne kommt, darf ich noch einige Begrüßungsworte aussprechen. Hans Koschnick ist unter uns; wir freuen uns sehr.

(Beifall)

Hans-Jürgen Wischniewski ist unter uns; wir freuen uns sehr.

(Beifall)

Das gilt auch für die Anwesenheit von Herbert Ehrenberg und Annemarie Renger.

(Beifall)

Wir grüßen Egon Bahr sehr herzlich,

(Beifall)

ebenso Anke Huber.

(Beifall)

Herr Eppler ist schon vorhin auf besondere Weise begrüßt worden. Ich freue mich, dass auch aus dem gewerkschaftlichen Bereich und aus dem Bereich der EU Norbert Hansen unter uns ist und dass Monika Wulf-Matthies unter uns ist. Seid uns alle sehr, sehr herzlich willkommen! Jetzt hat Bernhard das Wort.

(Beifall)

Bericht der Mandatsprüfung- und Zählkommission

Bernhard Sterz, Vorsitzender der Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbandes und Bezirken gewählten Delegierten und 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen; das gibt 523. Anwesend sind 468 Delegierte und 42 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder; das gibt zusammen 509. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 235 Frauen; die Quote ist also erfüllt. Das entspricht einem Anteil von 46,17 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Der älteste Delegierte ist 72 Jahre und heißt Günter Dietrich; er kommt aus dem Landesverband Sachsen.

(Vereinzelt Beifall)

Der jüngste Delegierte ist mit 20 Jahren Jörg Jaquet; er kommt aus dem Bezirk Hannover.

(Vereinzelt Beifall)

Somit ist dieser Parteitag, der letztendlich auch unsere Regionen stärken soll, beschlussfähig. Damit nicht nur die Regionen gestärkt werden, sondern auch der Parteivorstand – Gerhard Schröder ist leider weg, aber Franz Müntefering gibt ihm gern aus der Stadt, aus der ich als Oberbürgermeister komme, das Burger Knäcke-brot zur Stärkung.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen Herzlichen Dank, auch an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission insgesamt für ihre Arbeit.

Ich bitte jetzt den Sprecher der Antragskommission, Franz Müntefering, seinen Bericht zu geben.

Bericht der Antragskommission

Berichterstatter: Franz Müntefering

Franz Müntefering, Vorsitzender der Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Diskussion der letzten Wochen hat sich gelohnt. Die Analyse ist klarer, die Vorhaben sind transparenter, der Wille zum Handeln ist entschiedener und die Stimmung ist besser – nicht nur bei Hans-Jochen Vogel, sondern auch bei mir.

Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Heute geht es um eine wichtige Entscheidung, um Abstimmung. Es ist schon jetzt das Verdienst von Gerd Schröder und der SPD, den Aufbruch in Deutschland in Bewegung gebracht zu haben. Die drei alten Argumente gelten nicht mehr: Das war schon immer anders, das war noch nie so, da kann ja jeder kommen. Das ist vorbei. Die Erneuerung Deutschland in diesem Jahrzehnt wird sich mit der SPD verbinden. Das gehört sich auch so. Wir sind die Partei des Fortschritts, wir und niemand anders, liebe Genossinnen und Genossen.

Neuerdings sagen immer mehr: Die Agenda 2010 kann nicht alles sein. Allerdings; das ist auch nicht so. Ich erinnere an die 8,5 Milliarden Euro, die wir in dieser Legislaturperiode vom Bund an die Kommunen geben, damit sie die Ganztagsbetreuung der Kinder besser organisieren können als bisher.

Ich erinnere an die Gewinnmindestbesteuerung, die wir geplant hatten, die wir gewollt haben, die von der Konkurrenz im Bundesrat aufgehalten worden ist.

Ich erinnere an die Minijobs und an die günstigen Kredite bei den KfW-Programmen, von manchen hämisch begleitet, inzwischen beides auf gutem Weg.

Ich erinnere an die 25 Prozent mehr im Haushalt von Edelgard Bulmahn für Bildung und Forschung in der vergangenen Legislaturperiode.

Dies alles sind Dinge, über die zu reden sich lohnt, über die wir mehr reden sollten. Es sind Dinge, für die andere manches Fest feiern würden.

Nun reden manche in diesen Tagen über alles, über das geredet werden kann, auch über Renten und Steuern. Liebe Genossinnen und Genossen, das hilft wenig. Richtig ist, dass alles mit allem zu tun hat. Aber das darf uns nicht aufhalten. Es geht darum, dass wir uns auf das Konkrete konzentrieren, auf die Agenda 2010.

Der Start in die Erneuerung des Landes ist damit angesagt. Wir wollen Deutschland in diesem Jahrzehnt wieder topfit machen. Das werden wir heute mit der Agenda 2010 starten.

Weil das so ist, liebe Genossinnen und Genossen, und weil viel über die Agenda 2010 angesprochen werden muss, haben wir in der Antragskommission den Antrag 2 „Wege zu neuem Fortschritt“ intensiv diskutiert und euch zur Annahme empfohlen. Es geht in diesem Antrag um die Frage von Innovation und Investitionen in

Deutschland, um das Zusammenwirken von Arbeit und Umwelt, um die Frage, wie wir in Deutschland zusätzliches Wachstum schaffen können. Es geht aber auch um die Verbreiterung der Basis bei den sozialen Sicherungssystemen, auch um die Frage einer gerechten Besteuerung oder Abgabe in Sachen Vermögen und Erbschaften.

Das sind Prüfungsaufträge, die wir an diejenigen geben, die für den Parteitag im November die Dinge vorbereiten. Es sind Prüfungsaufträge, Arbeitsaufträge, die zeigen, dass wir über das hinaus wollen, was in der Agenda 2010 ganz konkret aufgeschrieben ist.

Zur Agenda 2010, liebe Genossinnen und Genossen, hat der Parteivorstand am 19. Mai seine endgültige Fassung des Leitanspruchs beschlossen. Er hat dabei eine Reihe von Vorschlägen aufgenommen, die in fünf Arbeitsgruppen vorgedacht worden sind, die sich mit Details und Umsetzungsfragen beschäftigt haben. Diese Fassung der Agenda 2010 vom 14. März ist in der Antragskommission in einer Sitzung von zehn, elf Stunden diskutiert, beschlossen, etwas erweitert, präzisiert und dann mit klarer Mehrheit euch zur Annahme empfohlen worden.

Was beschließen wir, liebe Genossinnen und Genossen. Wir beschließen mit der Agenda 2010 eine deutliche Hilfe für die Städte und Gemeinden. Henning Scherf und andere haben es angesprochen: Die Investitionsquote in den Städten und Gemeinden ist dramatisch niedrig. Wir wollen und müssen dagegen etwas tun. Deshalb wird es darum gehen, die Gewerbesteuer zu erhalten, sie zu aktivieren und sie wieder zu einer regelmäßigen, zu einer stetigen Einnahme für die Städte und Gemeinden zu machen. Dazu wird auch gehören, dass die freien Berufe einbezogen werden.

Es wird zur Entlastung der Städte und Gemeinden gehören, dass sie im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eine Entlastung in Höhe von mehreren Milliarden Euro erhalten.

Weil an dieser Stelle der Kampf zu Hause mit den CDU- und den CSU-Bürgermeistern und –Oberbürgermeistern auszuhalten ist, will ich doch noch auf Folgendes hinweisen. Ich sehe hier unten Herbert Schmalstieg sitzen, der im Deutschen Städtetag ebenso wie andere Kommunalpolitiker für uns eine wichtige Rolle spielt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir hatten mit dem Steuervergünstigungsabbau-gesetz vorgesehen, dass die Kommunen in den Jahren bis 2006 6,7 Milliarden Euro Entlastung bekommen sollen. Weil sich CDU und CSU im Bundesrat so verhalten haben, wie sie sich verhalten haben, werden es nicht 6,7, sondern 0,7 Milliarden Euro sein. – 6 Milliarden Euro weniger für die Städte und Gemeinden! Wir sollten nicht nur immer über uns selbst reden, sondern auch mal deutlich machen, dass, wenn sich im Lande CDU-Bürgermeister und CSU-Oberbürgermeister darüber aufregen, dass ihnen die Bundesregierung nicht genug Geld gibt, dies die blanke Heuchelei ist! Eines geht nicht: zu Hause auf die SPD schimpfen und im Bundesrat verhindern, dass das Geld an die Städte und Gemeinden kommt!

(Beifall)

Wir beschließen mit der Agenda 2010, liebe Genossinnen und Genossen, im nächsten Jahr wieder 3 Prozent mehr für Innovationen bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderen großen Forschungsinstituten. Das ist ein Thema, das wir dringend mit dem Antrag 2 im November intensiver diskutieren müssen. Das hat in unserer Parteidebatte nicht die nötige Basis und die nötige Breite.

Neben allen anderen Zahlen über Arbeitslosigkeit und sonstige Dinge, die man negativ beurteilen kann, das Schlimmste, was wir in den letzten Jahren an Botschaft bekommen haben, war: Wir importieren inzwischen in Deutschland mehr Hochtechnologie, als wir exportieren. Wir leben aber davon, dass wir Produkte haben, die uns auch in Zukunft den Wohlstand sichern.

Deshalb sage ich euch: Wer Deutschland nach vorn bringen will, muss wissen, dass das, was wir im Bereich von Bildung, Forschung und Innovation tun, der alles entscheidende Punkt sein wird. Allen, die über die Alterssicherung und die Zukunft am Arbeitsmarkt sprechen, sage ich, liebe Genossinnen und Genossen: Wir müssen einen Teil dessen, was wir heute erwirtschaften, nicht konsumieren, sondern investieren. Was wir heute in die Köpfe und Herzen der jungen Menschen investieren, ist die entscheidende Investition in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Das wird mit der Agenda 2010 gemacht.

Wir haben in der Agenda 2010 dem Thema Ausbildung großes Gewicht gegeben. Es wird JUMP PLUS geben, das Hunderttausender-Programm für Beschäftigung und Qualifizierung junger Menschen unter 25 Jahren. Wir werden zum 30. September sehen, wie weit es gelungen ist, die nötigen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wir stellen fest: Dort, wo am 30. September die ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen nicht zur Verfügung steht, werden entweder die Unternehmer sofort mit einem freiwilligen Fonds das Problem zu lösen haben oder wir werden zeitgleich die entsprechenden Gesetze machen. Wir werden uns auf jeden Fall auch als Fraktion nicht damit abfinden, dass wir wieder einmal getröstet werden. Wir wollen, dass alle jungen Menschen Ausbildung und Arbeit erhalten, alle, die aus der Schule kommen. Keiner soll in die Arbeitslosigkeit fallen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir beschließen: Wir wollen etwas tun gegen Vorruhestand und Frühverrentung. Das ist in der Debatte schon viele Male angesprochen worden. Die Lebenszeit verlängert sich. Wir sind mit dabei, klopfen auf Holz und hoffen, das geht auch für uns gut. Die Lebensarbeitszeit hingegen schrumpft. Man hat nicht mehr 46 oder 48 Arbeitsjahre, sondern im Schnitt nur noch 38. Das lässt sich auf Dauer so nicht halten.

Deshalb die realistische Einschätzung von uns, in der Agenda 2010 festgelegt: Wir werden die Zahldauer des Arbeitslosengeldes deutlich auf zwölf bzw. –für über 55-Jährige – auf 18 Monate reduzieren. Wir werden aber auch dafür sorgen, dass die

Älteren, die in der Gefahr sind, arbeitslos zu werden, dort aufgenommen werden, wo es möglich ist, auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Der Unterschied zu heute ist: Es wird keine individuelle Garantie geben. Aber es wird das Bemühen der Politik geben, nach der langen Übergangsfrist bis 2006/2007 denen, die darauf angewiesen sind, die nötige Hilfestellung zu geben.

Wir werden ferner nicht mehr die beiden Systeme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nebeneinander haben. Dafür gibt es eigentlich auch nur das eine Argument, nämlich dass das schon lange so war. Beide Elemente finanzieren sich aus dem Steuertopf. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Unterscheidung zwischen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auch in die Zukunft hineingetragen werden muss.

Basisbetrag wird die Höhe der Sozialhilfe sein. Aber es wird Veränderungen für diejenigen geben, die bisher Sozialhilfeempfänger waren. Da geht es um die Frage des Zuverdienstes, der nicht angerechnet wird, es geht um das anrechnungsfreie Vermögen, das höher ist als im Bereich der Sozialhilfe. Alle, die das Arbeitslosengeld II bekommen, werden sozialversichert sein – keine Kleinigkeit.

Wenn man fragt, was hinsichtlich der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe wirklich geschieht, kann man antworten: Diejenigen, die als erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger jetzt zum Arbeitslosengeld II kommen, werden alles in allem besser gestellt sein als bisher. Diejenigen, die bisher Arbeitslosenhilfe bekommen haben, werden in einer Übergangszeit einen Ausgleich erhalten und werden dann auf der Zahlbasis Sozialhilfe sein. Aber sie werden diejenigen Verbesserungen bekommen, die ich eben beschrieben habe im Hinblick auf den möglichen Zuverdienst und das anrechnungsfreie Vermögen.

Bei denjenigen, die heute Arbeitslosenhilfe empfangen, werden die Familien nicht schlechter gestellt sein. Es trifft gut verdienende Singles, die aus dem Arbeitslosengeld in das Arbeitslosengeld II fallen werden.

Wir beschließen mit der Agenda 2010 eine tief greifende Veränderung in der Gesundheitspolitik, liebe Genossinnen und Genossen. Es geht um das Sparen im System. Das braucht Zeit. Aber es ist unverzichtbar. Es geht darum, dass wir mit dem Sicherstellungsauftrag, mit dem Brechen des Vertragsmonopols der Ärzteschaft dafür sorgen, dass der Wettbewerb im Gesundheitswesen verbessert wird. Mit dem Hausarztmodell wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen im System vernünftiger als bisher geleitet werden. Es geht auch darum, dass wir in diesem Bereich den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung genau überprüfen. Darüber gibt es eine große Debatte.

Ich will nochmals erläutern, worum es geht. Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wird schmaler. Es wird alles aus dem Leistungskatalog herausgenommen, was nicht medizinisch bedingte Sachleistung ist. Was herausgenommen wird, wird in Zukunft entweder von Arbeitnehmern bezahlt oder aus der Steuerkasse

oder es wird entfallen. Beispiele dazu sind das Krankengeld, das Mutterschaftsgeld und das Sterbegeld.

In Zukunft wird es so sein, dass die Beiträge für das Krankengeld von den Arbeitnehmern alleine gezahlt werden. Das werden etwa 0,4 Prozentpunkte zusätzlich für den Arbeitnehmer sein. An dieser Stelle kommt das Argument, damit sei die Parität aufgehoben. Liebe Genossinnen und Genossen, wer das so sagt, verdrängt oder bedenkt nicht, dass es auch bisher Parität nicht gibt. Das gibt es weder bei der Pflegeversicherung noch bei der Zuzahlung zu Medikamenten, noch gibt es das bei der Rente. Etwa 38 bis 40 Prozent im System der sozialen Sicherung wird nicht paritätisch finanziert, sondern anders, zum Teil durch den Einzelnen oder aber aus der Steuerkasse.

Wir werden den Bereich des Mutterschaftsgeldes und all das, was mit Schwangerschaft zu tun hat, zukünftig über Steuern finanzieren. Dazu erhöhen wir die Tabaksteuer. Da einige das bereits angesprochen haben, will ich hinzufügen: Die Entscheidung, das in mehreren Stufen zu tun, hat auch zur Ursache, dass die Neuerung auf diese Art und Weise besser und effektiver eingesetzt werden kann als anders. Wir werden so schlicht mehr Geld einnehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir beschließen mit der Agenda 2010 etwas zum Bereich der Renten. Wir unterstreichen noch einmal, wie wichtig es gewesen ist, die Riester-Rente einzuführen. Ich sage noch einmal für die, die in den letzten Tagen leichtfertig darüber gesprochen haben, liebe Genossinnen und Genossen: Es bleibt dabei, die Riester-Rente – die sich mit dem Namen von Walter Riester verbindet, das Angebot, privat zusätzlich Alterssicherung zu organisieren, staatlich unterstützt und gefördert, bleibt ein Anliegen der deutschen Sozialdemokratie. Wir werden dafür werben, dass die Riester-Rente noch breiter als bisher von den Menschen angenommen wird. Dies steht nicht zur Disposition – damit das klar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns entschieden, jetzt nicht weiter über die Verlängerung des gesetzlichen Renteneintrittsalters zu sprechen. Es gab Vorschläge aus verschiedenen Ecken, die wir zur Kenntnis genommen haben. Wir sind in der Antragskommission aber der Meinung gewesen: Angesichts des faktischen Renteneintrittsalters von 59, soviel Jahren und des Vorruhestands von 59, soviel Jahren macht es keinen Sinn, sich über die Frage Gedanken zu machen, ob man bis 67 oder 68 oder 69 Jahre arbeiten sollte. Was wir erreichen müssen, ist, dass wir das faktische Renteneintrittsalter von 59 auf 61, auf 62 Jahre erhöhen. Es geht jetzt nicht darum, das Renteneintrittsalter über die 65 Jahre hinaus gesetzlich festzuschreiben.

Es wird in der Rentenversicherung einen Nachhaltigkeitsfaktor geben. Da geht es um die genaue Berechnung der demographischen Entwicklung. Das wird Konsequenzen für die Rente in den kommenden Jahren haben. Ich will aber sagen: Wir

wissen dabei natürlich, dass die Rentnerinnen und Rentner schon jetzt einen Teil beitragen. Es ist nicht so, dass sie völlig außen vor gestanden hätten. Vielmehr ist es so, dass mit der Riester-Rente, mit dem, was wir in den Jahren bis 2008 tun, auch verbunden ist, dass die Renten weniger schnell steigen, als sie sonst gestiegen wären. Das heißt, alle leisten ihren Beitrag. Das soll auch so sein. Aber wir werden über den Nachhaltigkeitsfaktor zu sprechen haben.

Wir werden – das ist mit einem Satz im Antrag enthalten, liebe Genossinnen und Genossen – in diesem Herbst noch intensiv über die Pflegeversicherung und über die Probleme zu sprechen haben, die sich hier ergeben. Damit es alle hinreichend gewusst haben werden, will ich es ansprechen: Wir werden im ganzen Jahrzehnt nicht mit den 1,7 Prozentpunkten für die Pflegeversicherung auskommen. Wie immer man das löst: Dazu wird es noch Vorschläge geben.

Jetzt springe ich einen Augenblick aus meiner Rolle als Vorsitzender der Antragskommission heraus und sage etwas Persönliches, für das ich an anderer Stelle Kritik bekommen habe, das ich aber gerne wiederhole. Wer sich darum kümmert, kennt die Lage im Pflegebereich. Pflegebedürftige Menschen haben einen Anspruch auf menschenwürdige Pflege. Es gibt keinen Anspruch auf eine große Erbschaft, liebe Genossinnen und Genossen. Das müssen wir in Verbindung zueinander bringen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jeder von uns hat große Verantwortung – heute und bald darauf in der Bundestagsfraktion. Niemand sollte sich auf Kosten der anderen ausruhen. Dagegen sein, weil die Mehrheiten gesichert sind, wäre das falsche Motto. Wir brauchen heute klare Mehrheiten zu jedem einzelnen Punkt, nicht nur am Schluss. Ich habe im Vorlauf zum Parteitag gehört, dass manche gesagt haben: Zum guten Schluss wird es ja klappen, wenn auch zwischendurch zu dem einen oder anderen Punkt nicht. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, unmissverständlich und mit aller Klarheit: Zu allen kontroversen Punkten, die in der Diskussion aufgerufen werden, muss die Mehrheit für die Agenda 2010 klar sein. Ich bitte euch um eure Unterstützung. Den Kritikerinnen und Kritikern, die sagen, die Mehrheit sei doch klar, entgegne ich: Wenn die Mehrheit klar ist, dann kommt ins Geschirr und zieht den Karren mit und bleibt nicht oben auf der Tribüne sitzen! Macht mit dabei!

(Beifall)

Wer wie manche von euch, liebe Genossinnen und Genossen, die die eigene Entscheidung so in die Hand der Partei gegeben haben, wie es nun geschehen ist – Parteitag und Begehren, der kann anschließend nicht wirklich begründet sagen: Was die Partei dazu sagt, interessiert mich nicht. Ich erwarte, dass, wenn heute die Entscheidung gefallen ist, alle dazu stehen und sagen: Jawohl, das ist die Basis für das, was wir im Gesetzgebungsverfahren gemeinsam zu entscheiden haben.

(Beifall)

Die Gerechtigkeit spielt in unseren Debatten eine riesengroße Rolle. Das war auch in der Antragskommission so. Trotzdem müssen wir im Blick behalten: Es geht nicht nur um Gerechtigkeit, es geht auch um die Sicherung des Wohlstandes in diesem Land. Alle, die soziale Gerechtigkeit wollen, wollen sie auf hohem Niveau. Sie gehen wie automatisch davon aus, dass dieses hohe Niveau auch in Zukunft gesichert sei. Das ist aber nicht selbstverständlich. Man könnte soziale Gerechtigkeit auch in einem Land organisieren, das ärmer ist, als wir es sind. Aber wir wollen, dass dieses Land seinen Wohlstand behält, so wie wir ihn heute haben. Deshalb müssen wir bei allem, was wir heute tun, über soziale Gerechtigkeit sprechen, aber auch darüber, wie wir den Wohlstand in diesem Lande sichern können. Das ist ein wichtiger Auftrag für den November-Parteitag in diesem Jahr.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Weg der Erneuerung ist nicht leicht. Aber verantwortliche Politik muss nicht den leichtesten Weg gehen, sondern den richtigen.

(Beifall)

Lasst uns das miteinander tun! Vielen Dank.

Antragsberatung Agenda 2010

A „Erneuerung hat bei uns Tradition“

B „Herausforderung und Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen herzlichen Dank, lieber Franz Müntefering, liebe Genossinnen und Genossen der Antragskommission, für die Arbeit.

Genossinnen und Genossen, vielleicht erleichtert es euch die Arbeit, wenn ich darauf hinweise, dass die Initiativanträge 1 bis 8 zurückgezogen worden sind. Ich weise ferner darauf hin, dass die Empfehlungen der Antragskommission insoweit eine Änderung erfahren haben, als die Empfehlung der Antragskommission, die lautete: „Erledigt durch Überweisung an Arbeitsgruppe, Wege zu einem neuen Fortschritt“ jeweils zu ersetzen ist durch: „Überweisung an Arbeitsgruppe, Wege zu einem neuen Fortschritt“.

Ansonsten sind die Initiativanträge 9 und 11 dem Block F zuzuordnen, der Initiativantrag 10 dem Block D und der Initiativantrag 12 dem Block G.

Die Initiativanträge 13 und 14 gehören zum Leitantrag 2 und der Initiativantrag 15 gehört zum Block E. Wenn Ihr das entsprechend einsortiert, dann erleichtert dies die Arbeit. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir jeweils kapitelweise aufrufen und gleichzeitig die entsprechenden, zugeordneten Anträge aufrufen und dass wir nach der Beratung zu einer Entscheidung kommen wollen. Die Antragskommission erhält jeweils noch einmal am Ende der Aussprache zu den jeweiligen Kapiteln das Wort, wenn sie dies wünscht.

Ich rufe jetzt als Erstes die Kapitel A und B auf; das sind die Kapitel: „Präambel“, „Unser Auftrag“, „Erneuerung hat bei uns Tradition“, „Herausforderung und Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts“. Es sind die Anträge A1 bis A8, die hier mit aufgerufen werden. Diese sind im Antragsbuch auf den Seiten 18 bis 21 zu finden.

Zu diesem Block liegt mir eine Wortmeldung vor. Alfred Hilger hat sich zu Wort gemeldet und er hat jetzt auch das Wort. –

(Zuruf: Nein, nicht dazu!)

Lieber Alfred, dann musst Du uns noch einmal sagen, wozu Du Dich zu Wort gemeldet hast. Ich habe vermutet, dass Du Dich zu diesem einleitenden Block äußern möchtest.

Ich rufe dann den Leitantrag 1 zu den genannten Themenbereichen, „Mut zur Veränderung“ – das ist Seite 2 bis 11 in den Empfehlungen der Antragskommission – in Verbindung mit den Anträgen A1 bis A8 auf; das sind die Seiten 18 bis 21 des An-

tragsbuches. Ich lasse zunächst über den Leitantrag in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Da damit der Antrag in diesem Bereich angenommen ist, sind die Anträge A1 bis A3 und der Antrag A8 durch Übernahme der Ziffern 1 und 3, wie vorgeschlagen, erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag A4 auf. Dazu wird von der Antragskommission Ablehnung empfohlen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist der Antragskommission gefolgt worden.

Wir kommen jetzt zum Antrag A5. Dazu wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand empfohlen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich frage: Stimmt jemand gegen die Empfehlung der Antragskommission? – Enthält sich jemand? – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe jetzt Antrag A6 auf. Hierzu ist Ablehnung empfohlen worden. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt einige wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist die Ablehnung beschlossen.

Ich rufe dann zu diesem Block noch den Antrag A7 auf. Auch hierzu ist Ablehnung empfohlen worden. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist die Ablehnung beschlossen.

C „Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010“

Vorsitzender Kurt Beck: Ich rufe nun das Kapitel C auf; es hat den Titel „Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010“. Hierzu rufe ich die Anträge C1 bis C3 auf und verweise auf Seite 25 des Antragsbuches. Hierzu empfiehlt die Antragskommission die Annahme der Fassung, wie sie sie beraten hat und sie Euch vorliegt. Es liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich frage: Will noch jemand das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Ich verweise auf darauf, dass bei Annahme dieses Antrags die Anträge C1 bis C3 erledigt wären. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich sehe einige Neinstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission zum Block C gefolgt.

D „Arbeit und Wachstum“

Vorsitzender Kurt Beck: Ich rufe nun den Block D – das sind die Anträge zum Kapitel „Arbeit und Wachstum“ – auf. Das sind die Anträge D1 bis D32, einschließlich

des Initiativantrags 10. Mir liegt dazu eine Wortmeldung vor: Martin Rosemann aus Baden-Württemberg hat sich gemeldet und er hat jetzt das Wort. – Der Genosse Rosemann teilt mir gerade mit, dass er seine Wortmeldung zurückzieht. Wir kommen also jetzt sofort zu der Beratung, wie sie von der Antragskommission vorgeschlagen worden ist. Hinsichtlich der Anträge D1 bis D32 hat die Antragskommission Annahme in der Fassung, wie sie uns ausgedruckt vorliegt, empfohlen. Ich weise darauf hin, dass bei Annahme dieses Leitantrages in der Fassung der Antragskommission die Anträge D1, D3, D5 bis D8, D10, D14 bis D20 erledigt sind. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen sehe ich. Damit ist der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen nun zum Antrag D2. Er soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Gibt es Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Antrag D4. Hierzu ist Ablehnung empfohlen worden. Wer der Empfehlung folgen möchte, die oder den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich sehe einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Empfehlung, die auf Ablehnung lautet, gefolgt.

Ich rufe jetzt Antrag D19 auf; dabei handelt es sich um den Änderungsantrag zum Leitantrag. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wird dem widersprochen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Antrag D11. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen worden. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag so überwiesen.

Antrag D12. Hierzu ist Überweisung an die Bundesregierung empfohlen worden. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Antrag D13. Dazu empfiehlt die Antragskommission, die Forderungen unter 1) und 4) durch Annahme des Leitantrages in der Fassung der Antragskommission als erledigt zu betrachten und die Forderungen unter 2) und 3) an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Stimmt jemand gegen diesen Vorschlag? – Enthält sich jemand? – Ich sehe eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Es ist mir eben eine Wortmeldung zu D18 hereingereicht worden. Ich muss leider sagen: Sie ist überholt, weil wir über D18 schon in der ersten Abstimmung abgestimmt haben und D18 erledigt ist. Ich bitte um Verständnis.

Wir kommen dann zu Antrag D21. Da empfiehlt die Antragskommission, dass er durch Überweisung an die Arbeitsgruppe „Wege zu einem neuen Fortschritt“ erle-

digst ist. Gibt es dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag D 22 auf. Es wird ebenfalls Überweisung an die Arbeitsgruppe „Wege zu einem neuen Fortschritt“ empfohlen. Da die Empfehlungen zu den übrigen Anträgen D 23 bis D 32 die gleiche Aussage haben, möchte ich fragen, ob ich über diese Anträge gemeinsam abstimmen darf. – Es erhebt sich kein Widerspruch; ich sehe nur Zustimmung. Ich frage also: Möchte jemand diesen Überweisungen widersprechen? – Ich sehe einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist jeweils an die Arbeitsgruppe „Wege zu einem neuen Fortschritt“ überwiesen.

Dann haben wir noch über den Initiativantrag 10 zu entscheiden. Dazu gibt es ein ausführliches Votum. Es wird die Annahme eines Textes empfohlen, der auf Seite 20 vor dem Absatz „Mittelstand und Handwerk stärken“ eingefügt werden soll. Der Text, der noch verteilt werden wird, lautet: „Gefordert sind neue Wege der Finanzierung, wie der Realisierung und des Betreibens öffentlicher Leistungen. Dazu gehören vor allem öffentlich-private Partnerschaften in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur (etwa Betreibermodelle für den Ausbau und den Betrieb von Autobahnabschnitten und auf der Basis der LKW-Maut) und im Hochbau (etwa in der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau). Der Bau von Hochschulen, Schulen und Ganztageeinrichtungen kann einbezogen werden.“ So weit der Text.

Es wird Annahme in der vorgetragenen Fassung empfohlen. Da der Text umfangreicher war, frage ich, ob es Wortmeldungen dazu gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dem Initiativantrag 10 in der soeben vorgetragenen Fassung zustimmen möchten, um ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt eine Reihe von Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Es gibt circa 6 Stimmenthaltungen. Dann ist dem Votum der Antragskommission gefolgt.

E „Bildung und Ausbildung und Innovation“

Vorsitzender Kurt Beck: Liebe Genossinnen und Genossen, das waren die Abstimmungen zu dem Kapitel D. Ich rufe nun das Kapitel E „Bildung, Ausbildung und Innovation“ sowie die Anträge E 1 bis E 4 auf. Hinzu kommt noch der Initiativantrag 15. Zu diesem Kapitel liegen mir keine Wortmeldungen vor. Es wird empfohlen, den Anträgen in der Fassung der Antragskommission, die euch vorliegt, zuzustimmen. Ich werde zunächst die neueren Formulierungen vortragen, und zwar zur Seite 24, 2. Absatz „Jump-Programm“ neu:

„Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Förderung von Menschen legen, die Sozialhilfe ggf. aber auch Arbeitslosenhilfe beziehen und unter 25 Jahre alt sind. Dazu wird der Bund in diesem Jahr ein Sonderprogramm für 100 000 Jugendliche auflegen (JumpPlus) und ihren Einstieg in Beschäftigung oder Qualifizierung fördern.“

Wer der Empfehlung der Antragskommission in dieser Form folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Es gibt circa 8 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Ich sehe eine Stimmenthaltung. Dann ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen damit zum Initiativantrag 15. Hierzu empfiehlt die Antragskommission: erledigt durch Annahme des Leitantrages in der soeben beschlossenen Fassung. Weil dieses Votum neu ist, frage ich, ob es dazu Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand gegen die Empfehlung der Antragskommission stimmen? – Eine Gegenstimme. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Empfehlung der Antragskommission zum Initiativantrag 15 gefolgt.

F „Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“

Vorsitzender Kurt Beck: Genossinnen und Genossen, ich rufe die Antragsberatung zum Kapitel F „Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“ auf. Dazu liegen die Anträge F 1 bis F 31 auf den Seiten 44 bis 52 des Antragsbuches sowie die Initiativanträge 9 und 11 vor. Es liegen eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als Erster hat Christoph Matschie das Wort. Ihm folgt Joachim Schuster.

Christoph Matschie, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Die Reformdebatte, die wir führen, hat unsere Partei in den letzten Wochen und Monaten ausgewählt. Es hat heftige Auseinandersetzungen gegeben. Jeder von euch, der in den letzten Wochen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden unterwegs war, weiß, wie intensiv wir um Lösungen in dieser Reformdebatte miteinander gerungen haben. Dass es eine solche heftige Auseinandersetzung gibt, zeigt, dass diese Partei ein heißes Herz hat. Das ist mir wichtig. Aber zu diesem heißen Herzen muss auch ein kühler und klarer Kopf kommen; denn nur so entsteht letztendlich politische Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, gerade in diesem Reformbereich Arbeitsmarkt haben wir Debatten miteinander gehabt, die nicht immer nur mit kühlem Kopf geführt wurden. Auch ich bin in den letzten Wochen häufig gefragt worden: Wie kannst du angesichts der Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland als Politiker aus den neuen Ländern eigentlich für diese Reformen sein? Ich will euch sehr klar sagen: Weil wir uns in der Vergangenheit davor gedrückt haben, deutlich zu erkennen, dass die hohe Arbeitslosigkeit, die wir haben, nicht nur konjunkturelle Hintergründe hat, sondern auch strukturelle Probleme beinhaltet. Diese strukturellen Probleme müssen wir in dieser äußerst schwierigen und angespannten Situation angehen. Wir dürfen uns um diese Frage nicht herumogeln.

Ich sage hier klipp und klar: Auch für Ostdeutschland sind die strukturellen Reformen am Arbeitsmarkt notwendig und wichtig; denn sie ermöglichen neue wirtschaftliche Dynamik.

(Vereinzelt Beifall)

Genauso klar ist aber auch, dass diese Reformen beispielsweise in Thüringen oder in Brandenburg anders wirken werden als etwa in Hessen oder in Rheinland-Pfalz und dass sie dort anders wirken, wo die Arbeitslosigkeit 20 Prozent oder mehr beträgt. Deshalb haben wir in den letzten Wochen auch um zusätzliche begleitende Maßnahmen für die neuen Bundesländer gerungen, die es ermöglichen, die hier geforderte Anpassungsleistung zu erbringen. Wir können den Menschen nicht nur sagen, dass die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld abgesenkt wird, sondern wir müssen auch konkrete Perspektiven anbieten. Hierzu haben wir einige neue Elemente in den Antrag bekommen.

Es ist notwendig, Genossinnen und Genossen, dass wir in Ostdeutschland noch auf absehbare Zeit einen ausreichend finanzierten öffentlichen Arbeitsmarkt haben.

(Beifall)

Es ist notwendig, dass die Kommunen, die Städte und Gemeinden, wieder finanziell mehr Luft bekommen, um schnell investieren zu können und um vor Ort schnell Beschäftigung schaffen zu können.

Es ist notwendig, dass wir in Ostdeutschland in ausreichendem Umfang dafür sorgen, dass die Forschungslandschaft weiter ausgebaut wird; denn nur so entstehen mittel- und langfristige wirtschaftliche Perspektiven, die wir in den neuen Bundesländern brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ihr könnt euch vorstellen, dass die Reformdebatte angesichts der strukturellen Probleme, die wir in den neuen Bundesländern haben, nicht einfach war, in den Landesverbänden, in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Brandenburg und anderswo. Aber ich habe auch bei vielen von uns die Bereitschaft gespürt, jetzt zu sagen: Ja, in dieser schwierigen Situation müssen wir zu Reformen bereit sein; wir müssen sie jetzt angehen; wir dürfen nicht länger warten. Genossinnen und Genossen, auch hierbei gilt das, was Gorbatschow 1989 gesagt hat: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Ich bin sicher, Genossinnen und Genossen: Wenn wir heute kein klares Ja zu dem Reformpaket der Agenda 2010 sagen, dann versagt die Sozialdemokratie in der Stunde, in der sie am meisten gebraucht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen Dank. Genossinnen und Genossen, das Wort hat Joachim Schuster, ihm folgt Ingrid Skarpelis-Sperk. Ich möchte darauf hinweisen, dass uns zu diesem Thema noch zwölf Wortmeldungen vorliegen. Wenn ihr einverstanden seid, werde ich zu diesem Thema die Rednerliste schließen, damit die anderen Themen auch noch anständig diskutiert werden. Seit ihr damit einverstanden? –

Ich sehe, dass nur ein Genosse widerspricht. Dann stelle ich fest, dass mit großer Mehrheit so beschlossen ist. Joachim, du hast das Wort.

Joachim Schuster, Landesverband Bremen: Schönen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben im Bremer Wahlkampf Geschlossenheit gezeigt. Das war ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ohne Geschlossenheit hätten wir es nicht geschafft. Ein Teil der Geschlossenheit war, dass wir gesagt haben: Bundesthemen bleiben außen vor; wir konzentrieren uns allein auf Landesthemen. Dieses Konzept ist aufgegangen.

Allerdings ist es uns nicht geglückt, die Bundesthemen aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Wir wurden an den Infoständen und bei sonstigen Aktivitäten, bei den Hausbesuchen und woanders, im Hinblick auf viele Bereiche mit den Worten konfrontiert: Mit euch bin ich fertig; geht mir weg; das reicht mir; seid ihr noch zu retten? Das waren Äußerungen, die von der Bevölkerung vielfach gemacht worden. Es wurden immer die gleichen Punkte angesprochen: Krankengeld, Sterbegeld, Kürzung der Arbeitslosenhilfe, Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Wir konnten Gott sei Dank antworten: An der Lösung dieser Probleme wird gearbeitet; aber ihr wollt doch, dass Henning Oberbürgermeister bleibt! – Das hat gezogen. Deswegen hatten wir ein solches Wahlergebnis. Wir hatten dieses Wahlergebnis nicht, weil wir vermitteln konnten, wie die Reformpolitik in den einzelnen Bereichen aussieht.

Ich möchte jetzt der Frage nachgehen, warum einige Teile der Agenda 2010 schlicht nicht vermittelbar waren. Ich betone: einige Teile. Vieles der Agenda 2010 ist sehr positiv und greift notwendige Reformen auf, um bestimmte Probleme zu lösen. Aber das zentrale Kriterium für die Richtigkeit und für die Notwendigkeit von Reformen ist es doch, dass durch sie Probleme gelöst werden. Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird zwar für einige schmerzhaft sein; aber sie wird keine Probleme lösen.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist denn das Problem? Wie sieht die Realität aus, von der eben dauernd geschworen wurde, dass wir ihr uns stellen sollen? Die Realität ist, dass derjenige, der über 55 Jahre ist und arbeitslos geworden ist, im Moment so gut wie keine Chance hat, wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist überhaupt nicht deswegen so, weil er zu faul ist oder gar nicht arbeiten will, sondern schlicht und einfach deswegen, weil Unternehmen keine Arbeitsplätze für diese Altersgruppe mehr anbieten. Das ist die Realität.

Eine weitere Realität und ein Problem ist, dass die längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu einer Art Vorruhestandsregelung verkommen ist, und zwar zu einer Vorruhestandsregelung zweiter Klasse, und das, ohne dass die Unternehmen

ihrer Verantwortung nachgekommen sind, wenigstens für Jüngere Arbeitsplätze zu schaffen.

Beide Entwicklungen können wir nicht hinnehmen und wir müssen ihnen entgegenwirken. Nützt es denn etwas, in diesem Zusammenhang, die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes vorzunehmen. Wird dadurch eines dieser beiden strukturellen Probleme gelöst? Ich sage: Nein, im Gegenteil. Dadurch werden die Probleme verschärft.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme zum Schluss. Die Probleme werden gerade dadurch verschärft, dass genau denjenigen Menschen Geld aus der Tasche gezogen wird, die ihr Geld sofort in den Wirtschaftskreislauf zurückführen würden. Dementsprechend besteht das Hauptproblem der jetzigen konjunkturellen Situation in der Nachfrageschwäche. Dieses Problem wird verstärkt. Das wiederum bedeutet: Die Finanzierungsproblematik des Sozialstaates wird weiter verschärft. Das Problem wird also nicht gelöst, sondern verschärft. Wenn diese Agenda aber keinen Beitrag zur Problemlösung leistet, dann frage ich: Wieswegen sollen wir einer Bevölkerungsgruppe Schmerzen zufügen? Wieswegen sollen wir sie bestrafen für etwas, wofür sie überhaupt nichts kann? Ist das wirklich die Anerkennung der Realität, die heute vielfach beschworen wurde? Ich glaube, das ist nicht so. Deswegen bitte ich euch, den Initiativantrag 11 anzunehmen, sodass die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes nur dann verkürzt wird, wenn wirklich ein Arbeitsplatz angeboten worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort hat Ingrid Skarpelis-Sperk. Ihr folgt Christian Reinke.

Ingrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Die Lage der Weltwirtschaft, der Wirtschaft in Deutschland und vor allem die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind besorgniserregend. Im Frühjahrsquartal ging das Bruttosozialprodukt zurück. Wir haben es also mit einem Minuswachstum zu tun. Im vorausgegangenen Winterquartal hatten wir es mit einer „roten Null“ zu tun, also mit Stagnation. Wir befinden uns mitten in einer rezessiven Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit ist im Mai mit 4,4 Millionen auf dem höchsten Stand der Wiedervereinigung angelangt. Anzeichen einer deutlichen Besserung auf dem Arbeitsmarkt gibt es weder in Europa noch in Deutschland. Im Gegenteil: Der Euro steigt gegenüber dem Dollar an. Das belastet die Arbeitsplätze in der Exportindustrie.

Die durch Arbeitslosigkeit und – auch das muss man gelegentlich sagen – durch gelegentlich fahrlässige Reden über anstehende und weitere Belastungen verunsicherten Konsumenten halten den Geldbeutel fester geschlossen als jemals zuvor. Das hat unerfreuliche Konsequenzen für die Binnennachfrage und für die Arbeitsplätze. Der Staat, von den Kommunen bis zu den Ländern und teilweise leider auch

der Bund, ist da leider kein Gegengewicht. Von den Kommunen bis zu den Bundesländern werden Ausgaben und Investitionen zurückgefahren wegen des Zustands der öffentlichen Kassen. Der Bundeshaushalt fährt keine antizyklische Politik. Weltweit steigt die Angst vor einer Deflation. Das ist nicht nur bei den notorischen Angsthasen so; vielmehr haben Experten weltweit Angst vor einer Situation, wie wir sie im vergangenen Jahrhundert hatten. Wenn man sich einmal in einer deflationären Entwicklung befindet, dann ist es nur unter ungeheuerlichen Mühen wieder möglich, daraus herauszukommen.

Die Agenda 2010, wie sie jetzt vorgelegt worden ist, wird nach den Berechnungen seriöser Konjunkturforscher insgesamt 100 000 Arbeitsplätze kosten und die staatlichen Defizite um 16 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. In einer solchen Situation, in der keine substanzielle Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt sichtbar ist, sondern in der ganz im Gegenteil eine Verschlechterung ansteht. Experten der Bundesanstalt für Arbeit sagen intern für den Januar und für den Februar nächsten Jahres sogar 5 Millionen Arbeitslose voraus, wenn sich weltweit nichts ändern – sind die vorgeschlagenen Kürzungen beim Arbeitslosengeld nicht nur ökonomisch fatal, sondern sie müssen auch von den Betroffenen als zynisch empfunden werden.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen sage ich: Nicht nur in den neuen Bundesländern und in den strukturschwachen Regionen, sondern generell muss es eine Möglichkeit geben, den älteren Arbeitnehmern zu sagen: Ihr bekommt eine Alternative, nämlich ein Angebot auf dem ersten oder auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Wenn das nicht angeboten wird, dann muss es bei der alten Bezugsdauer bleiben.

Deswegen bitte ich um Akzeptanz und Zustimmung zu dem Änderungsantrag.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Genossinnen und Genossen, ich muss mich jetzt noch einmal unbeliebt machen. Wenn ich mir den Zeitfortschritt anschau und sehe, wie sich die Wortmeldungen weiter häufen, dann fürchte ich, dass wir nicht zurande kommen. Deshalb unterbreite ich euch den Vorschlag, die Redezeit auf drei Minuten zu verkürzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage ausdrücklich, ob zu dem Vorschlag eine Gegenrede gewünscht wird. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Nachdem das einstimmig gewünscht wird, bitte ich euch um Verständnis dafür; aber wir kommen sonst einfach nicht über die Runden und die weiteren Blöcke sind ebenfalls wichtig. Vielen herzlichen Dank.

Christian, du hast das Wort.

Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst mit zwei Mythen aufräumen: erstens mit der Behauptung, die Leute hätten nicht verstanden, was wir für eine Politik machen, und uns deshalb mit den Wahlniederlagen eine Abfuhr erteilt. Ich bin der Auffassung, die Leute haben sehr wohl verstanden. Das, was sie verstanden haben, wollten sie nicht und deswegen haben sie am 2. Februar dieses Jahres in Niedersachsen und Hessen die SPD nicht gewählt.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Mythos, mit dem ich aufräumen möchte: Den Kritikern der Agenda 2010 wird immer unterstellt, sie wären nicht um das Wohl und Wehe der SPD besorgt. Liebe Genossinnen und Genossen, sollen wir, die wir in den Wahlkämpfen „Stopp Stoiber“-Plakate aufgehängt haben, die wir in den Wahlkämpfen den Leuten gesagt haben: „Auch wenn in den ersten vier Jahren nicht alles rund war, was die SPD gemacht hat, Stoiber ist ja wohl noch schlimmer“, nicht das Wohl und Wehe der SPD im Auge haben? Das glaube ich doch wohl nicht!

(Beifall)

Zur Fairness gehört – das möchte ich auch noch einmal an Gerd gerichtet sagen, dass man auch denjenigen, die nicht der gleichen Meinung sind, unterstellt, dass sie das Wohl und Wehe der Partei genauso im Auge haben wie diejenigen, die die Agenda 2010 unterstützen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Thema Arbeitslosengeld. Entscheidend ist bei einer solchen Debatte, ob, wenn wir ein Problem erkannt haben, das Rezept, das dafür vorgeschlagen wird, das richtige ist. Wenn wir aufgefordert werden, ökonomische Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen, dann kann ich nur sagen: Die Wahrheit ist, dass die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu weiteren Kaufkraftverlusten, insbesondere im Osten Deutschlands, führen wird. Das wird weitere Arbeitslose zur Folge haben. Wenn die Steuer- und Abgabenbelastung wirklich das größte Problem in diesem Lande darstellt, dann frage ich mich, wieso in Europa ausgerechnet die Länder mit der höchsten Steuer- und Abgabenbelastung, nämlich Schweden, Dänemark und Österreich, mit knapp über 4 Prozent die niedrigsten Arbeitslosigkeiten haben.

(Vereinzelt Beifall)

Das kann nicht nur an der Steuer- und Abgabenbelastung liegen, liebe Genossinnen und Genossen; da muss es noch andere strukturelle Faktoren geben, über die man nachdenken sollte.

Zur Konsequenz, die das Ganze hat. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu verringern, kann bedeuten, dass ein über 55-Jähriger einen Leistungsentzug von bis zu

44 Prozent der ihm bisher zustehenden Leistungen erfährt. Ich halte das insbesondere in Gebieten wie dem, aus dem ich komme, wo Arbeitslosigkeiten zwischen 15 und 25 Prozent an der Tagesordnung sind, für unzumutbar. Ich bin es Leid, mir von gut situierten Bundestagsabgeordneten und Ministern sagen zu lassen, von wie viel Geld man leben kann und von wie viel nicht.

(Beifall)

In diesem Sinne bitte ich euch: Stimmt gegen die Empfehlung der Antragskommission, den I 11 als erledigt zu betrachten, und stimmt dem ursprünglichen Antrag I 11 zu, damit die Arbeitslosen weiterhin Arbeitslosengeld bekommen, wenn sie es denn brauchen, weil sie keine Stelle auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. Das Wort hat Jutta Blankau. Ihr folgt Rudolf Hausmann.

Jutta Blankau, Hamburg: Auch ich möchte zum I 11 reden und diesen unterstützen. Ich möchte, weil auch in der Generaldebatte heute sehr häufig insbesondere die Wahlniederlagen in diesem Jahr angesprochen worden sind, daran erinnern, wieso wir die Wahlen im vergangenen Jahr noch ganz knapp gewonnen haben. Ich weise darauf hin, wo wir diese Wahlen gewonnen haben: in Norddeutschland und in Ostdeutschland. Das sind Regionen, in denen wir seit langer Zeit strukturelle Probleme haben. Es gibt nicht nur in Ostdeutschland große Arbeitsmarktprobleme, sondern auch in Norddeutschland. Hier sind die Arbeitskosten, die immer erwähnt werden die Lohnnebenkosten sind ja Teil der Arbeitskosten, die niedrigsten von der ganzen Bundesrepublik. Die Arbeitslosigkeit ist die höchste von ganz Deutschland. Hier haben wir auch das Problem, dass ganz viele ältere Arbeitnehmer keinen Arbeitsplatz finden, wenn sie entlassen worden sind.

Wenn wir unsere Werte so stark in den Vordergrund stellen, dann frage ich mich: Was ist eigentlich gerecht daran, wenn Menschen, die arbeitslos werden und Arbeitslosengeld beziehen, aber keinen Arbeitsplatz finden, zukünftig nur noch 18 oder zwölf Monate Arbeitslosengeld beziehen sollen? Wenn wir die Möglichkeit schaffen wollen, dass Arbeitsplätze angeboten werden, dann müssen wir auch Geld zur Verfügung stellen, damit diese Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Das geht einmal in Richtung der Unternehmer, das geht aber auch in die Richtung derjenigen, die Arbeit haben – das sind wir, die wir möglicherweise in der Mehrzahl Arbeit haben und die Beiträge leisten, und diejenigen, die einmal Beiträge geleistet haben, bevor sie arbeitslos geworden sind, und die einen Anspruch darauf haben, wieder versorgt zu werden.

Damit bin ich bei Ostdeutschland. Ich finde es gut, wenn jetzt wieder mehr Geld für den zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt wird. Allerdings haben wir das Geld gekürzt. Das hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in den letzten Monaten angestiegen ist. Deswegen bin ich der Auffassung, dass die Bezugsdauerverkürzung sehr wohl in der Zukunft notwendig ist. Allerdings setzt das voraus, dass im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wenn das geschieht, bin ich sofort dafür, dass die Bezugsdauer verkürzt wird, weil die Menschen dann wieder in Arbeit sind.

Darauf hoffe ich nun, aber zurzeit sehe ich das nicht. Deswegen ist es so notwendig, den Initiativantrag 11 anzunehmen. Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort hat Rudolf Hausmann, ihm folgt Martin Rosemann.

Rudolf Hausmann, Reutlingen: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lassen Sie mich ein paar Takte zum Thema Verkürzung des Arbeitslosengeldes sagen. Ich will das nicht so arg ausdehnen, weil ihr das im Antragsbuch nachlesen könnt.

Eingeführt wurde der verlängerte Arbeitslosengeldbezug 1985 unter Kohl und Blüm. Er war ein schöner Beleg dafür, dass nicht alles, was man mit Geld für Menschen macht, auch etwas Gutes sein muss. Denn das Ergebnis des verlängerten Arbeitslosengeldbezuges war der Startschuss für die Unternehmen, ältere Menschen aus den Betrieben hinauszuschmeißen,

(Beifall)

auf Kosten der Sozialkassen, der Sozialversicherungen, und mit einem Sahnehäubchen dafür zu sorgen, dass sie dort nichts mehr verloren haben.

Ich meine, wir müssen ganz schnell ein Zeichen setzen, dass es so nicht geht. Das Schlimme an der Geschichte besetzt darin, dass eine Kultur entstanden ist, in der ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt nichts verloren haben. Wir haben wunderschöne Programme, die bei uns noch nicht ziehen: Riester-Rente, Hartz-Konzept, Jobrotation, 100 Prozent Lohnkostenzuschüsse – in anderen Ländern der Renner, in Deutschland fast eine Nullnummer. Warum? Weil es die Kultur gibt, dass die Menschen durch das Raster fallen, wenn sie älter sind.

Jetzt sage ich all denen, die meinen, mit 32 Monaten Arbeitslosengeldbezug wäre den Älteren gedient: Wenn ein 50-Jähriger bei uns keine Chance hat, wenn er arbeitslos ist, dann ist es doch egal, ob er 32 oder 18 Monate Arbeitslosengeld bekommt; dann sind wir verdammt noch mal in der Pflicht, ihm auf dem Arbeitsmarkt Chancen zu vermitteln! Das ist unsere Pflicht, statt darüber zu diskutieren, ob einen Monat länger oder kürzer.

(Beifall)

Lasst mich zwei Dinge zur vorherigen Diskussion sagen. Ottmar Schreiner als Freund der AfA und langjähriger AfA-Vorsitzender im Kreis und im Land, ich will das Argument nicht nachvollziehen, dass die Kürzung der Sozialeinkommen zu weniger Investitionen auf dem Binnenmarkt beitragen würden. Ich möchte, dass die Menschen den Binnenmarkt mit dem Geld, das sie durch Arbeit verdienen, stärken und dass nicht das Sozialeinkommen die Basis für eine ordentliche Investition ist.

(Beifall)

Lasst mich noch einen Satz sagen, wenn wir schon von Investitionen reden.

Wir haben im Augenblick eine zehnpromtente Sparquote. Wenn wir eine ordentliche Arbeit machen und sie ordentlich verkaufen, wie es unserer Politik entspricht, gäbe es mehr Optimismus, was die Weiterentwicklung der Gesellschaft anlangt. Wenn die Sparquote nur um die Hälfte größer wäre als heute, wäre dies das stärkste Programm von Milliarden Euro, das Deutschland je gesehen hat, nicht nur, weil wir 2004 ein großes Programm haben.

(Beifall)

Ich denke, in diese Richtung müssen wir arbeiten.

Liebe Freunde, wenn wir schreiben, dass jeder, der eine Arbeitsstelle angeboten bekommt, nur dann eine verkürzte Bezugsdauer hat, lügen wir uns was in die eigene Tasche. Aus meiner Sicht ist die Zielsetzung der Antragskommission völlig korrekt: Die ganz strenge Leitlinie unserer Politik heißt, Arbeitsplätze anzubieten, aber es kann kein Rechtsanspruch sein, denn sonst müssen wir uns in zwei Jahren verteidigen, warum wir die Umsetzung nicht geschafft haben. Das wäre das Dümme, was wir uns antun könnten. Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen Dank. Martin Rosemann und Yasmin Fahimi haben ihre Wortmeldung zurückgezogen, ebenso Sigmar Gabriel. Es folgt Gernot Grumbach, anschließend Alfred Hilger.

Gernot Grumbach, Hessen Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Motto dieses Parteitages heißt: Mut zur Veränderung. Was ist denn Mut? Ist Mut, wenn man den ausgebrochenen Tiger einfängt? Oder ist es Mut, sich mit der kleinen Miezkatze rumzuschlagen? Für mich als Sozialdemokrat bedeutet Mut, dem Stärkeren die Stirn zu bieten im Interesse der Menschen dieser Gesellschaft. Ich glaube, bei der Frage, über die wir gerade reden, haben wir die falschen Adressaten. Ich denke, da müssen wir etwas ändern.

(Beifall)

Mut heißt zu sagen: Liebe Unternehmerin, lieber Unternehmer, ihr habt in den letzten 15 Jahren den Anteil an dem Reichtum, den wir jedes Jahr erwirtschaften, um 10 Prozent steigern können. Beteiligt euch jetzt bitte auch an den Kosten, die ihr verursacht habt. Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokraten.

(Beifall)

Mut heißt zu sagen: Liebe Vermögende, ihr habt in den letzten zwölf Jahren selbst nach Abzug aller Kurseinbrüche eure Vermögen verdoppeln können. Beteiligt euch an den Investitionen in die Zukunft. Darauf habt ihr aufgebaut und darauf soll auch die nächste Generation aufbauen.

(Beifall)

Wie sieht es mit dem Mut beim Arbeitslosengeld aus? Es ist ja richtig: Die Verlängerung auf 32 Monate war im Kern die Erleichterung für die Unternehmen, die Älteren aus dem Betrieb herauszudrücken. Das zu korrigieren ist richtig. Die Frage ist nur: Auf wessen Kosten wird das korrigiert? Wenn das Ergebnis der langen Beratungen in der Antragskommission ist, dass geprüft werden soll, ob diejenigen, die davon profitiert haben, zur Kasse gebeten werden, während beschlossen ist, dass diejenigen, die hinterher keine Arbeit haben, die Bezugsdauer gekürzt erhalten, dann ist das ein zu beklagendes Ungleichgewicht: Mut nach unten und Mutlosigkeit nach oben. Wir müssen die Anrechnung bei den Unternehmen in Rechnung stellen, nicht die Kürzung der Bezugsdauer.

(Beifall)

Dass alles andere falsch wäre, auch den Menschen gegenüber, haben hier schon genügend Rednerinnen und Redner gesagt. Wenn Menschen in dieser Gesellschaft 30, 40 Jahre lang gearbeitet haben, kann man ihnen doch nicht sagen: Pass mal auf, zukünftig ist es so, wenn du arbeitslos wirst, weil beispielsweise die Rettungsaktion für die Firma Holzmann doch nicht geklappt hat, dann musst du nach anderthalb Jahren auf das Niveau der Sozialhilfe!

Das ist für uns nicht zu akzeptieren. Ich denke, an dieser Stelle muss etwas geändert werden.

Einen letzten Satz zum Vorsitzenden der Antragskommission. Hier ist gesagt worden: Alle Anträge müssen eine breite Mehrheit im Sinne des Parteivorstandes finden. Liebe Genossinnen und Genossen, es gehört zur Glaubwürdigkeit der Partei, dass diejenigen, die sich in Wahlkämpfen die Finger abfrieren, auch ein Stück mitentscheiden können, wohin die Politik geht. Dafür sind Parteitage da. Dazu sollte auch dieser Parteitag einen Beitrag leisten.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. Das Wort hat Alfred Hilger. Ihm folgt Olaf Scholz.

Alfred Hilger, Weser-Ems: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst einmal sagen, dass ich es als wohltuend empfinde, dass wir heute eine Form der Auseinandersetzung haben, die ich mir in den letzten Wochen häufig gewünscht hätte, denn manchmal hatte man den Eindruck, dass wir gar nicht mehr gemeinsam in einer Partei sind, sondern dass wir Gegner sind.

(Beifall)

Damit meine ich ausdrücklich auch ehemalige Vorsitzende, die zurückgetreten sind und in der „Bild“-Zeitung stehen.

(Beifall)

Wer eine solche Stelle aufgibt, muss wissen, dass er Einfluss aufgibt. Er sollte dann nicht hinterher im Zweifelsfall auch noch Geld damit verdienen, dass er sich einmisch.

(Beifall)

Ich will dringend dafür werben, dass, unabhängig davon, wie heute das Ergebnis ist, dieses anschließend für alle gilt, auch für die Fraktion. Es wird nämlich nach meiner festen Überzeugung Zeit, dass wir uns wieder mit dem auseinander setzen, was die Opposition sagt. Die können nämlich leise und heimlich eine Schweinerei nach der anderen auspacken, während wir das in der Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr diskutieren. Ich meine, da sollten wir auch etwas tun.

(Beifall)

Ich will ausdrücklich für die Annahme des Initiativantrags 11 werben. Ich habe da ein gutes Beispiel, nämlich Franz Müntefering. Franz, ich habe dir schon einmal gesagt, dein gepflegtester Spruch war: Ich musste ja Minister werden, weil man in dem Alter keine Chance mehr hat, einen anderen Job zu kriegen. Wenn man heute durch die Betriebe geht, sieht man, dass es noch immer so ist.

Ich finde, mit der Formulierung im Initiativantrag 11 wird euch eigentlich nichts kaputtgemacht. Eure Begründung lautet ständig: Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern wir wollen Arbeit finanzieren. Wenn es denn gelingt, für die Betroffenen Arbeitsangebote zu machen, dann ist der Initiativantrag 11 völlig unschädlich. Deshalb will ich dringend dafür werben, dass wir ihn annehmen, denn in der Gesellschaft ist es nach wie vor so, dass der Spruch gilt: Wir wollen die Zwanzigjährigen mit 45-jähriger Berufserfahrung.

Hier sollten wir die Möglichkeit, die das SGB III schon heute bietet, um Frühverrentungen unmöglich zu machen, nutzen. Dazu gibt es ja auch Hinweise der An-

tragskommission. Da ist in der Vergangenheit offensichtlich zu großzügig insbesondere mit Großunternehmen umgegangen worden.

Gerhard Schröder sagt immer: fördern und fordern. Zum Fördern gehört auch das Angebot eines Arbeitsplatzes. Wenn das erfolgt ist, kann man auch über eine Kürzung reden. Wenn es nicht erfolgt, muss es für die Betroffenen bei 32 Monaten bleiben. Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Schönen Dank. Das Wort hat Olaf Scholz und anschließend für die Antragskommission Wolfgang Clement.

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben sehr lange über das Problem der Frühverrentung diskutiert, nicht nur hier auf diesem Parteitag. Wir haben mittlerweile einen Konsens darüber erreicht, dass es ein Skandal ist, dass in einem solchen Ausmaß Menschen, die über 50 Jahre alt sind, aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt werden. Wir haben, wie ich meine, wenn ich alle Diskussionsbeiträge von heute richtig werte, einen Konsens erreicht, dass eine starke Ursache dafür, dass es zu diesem Verdrängungseffekt gekommen ist, auch darin liegt, dass wir eine sozialversicherungsrechtliche Regelung haben, die diesen Verdrängungsprozess subventioniert.

Ich persönlich bin fest davon überzeugt, dass ohne die heutige Regelung der 32-monatigen Dauer des Arbeitslosengeldbezugs, die Helmut Kohl eingeführt hat, heute weniger Menschen, die über 50 Jahre alt sind, arbeitslos wären. Deshalb ist es notwendig, dass wir mit dieser Subvention des Verdrängens der älteren Arbeitnehmer aus den Betrieben Schluss machen. Es ist gut, dass das alle gemeinsam festgestellt haben.

(Beifall)

Allerdings ist es auch wichtig, dass man den Schritt tut und nicht sagt, „eigentlich“ sei man dafür. Es ist richtig, dass wir diese Regelung so getroffen haben, dass wir sagen: Es gibt eine Übergangsfrist von zwei Jahren. Bis dahin kann jeder zu den alten Konditionen arbeitslos werden. Das ist doch vertretbar.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, bei dem man sehr darauf achten muss, was wir entscheiden, und bei dem darauf zu achten ist, ob man das ernst nimmt, was man gemeinsam sagt. Im Rahmen der Debatte in der Antragskommission ist eine kleine Veränderung vorgenommen worden, die klargestellt hat, was wir meinen. Das kann sich jeder auf Seite 29 der Empfehlung der Antragskommission sorgfältig anschauen. Da fehlt ein Wort, weil wir jetzt nämlich vorgesehen haben, dass wir, falls es uns tatsächlich nicht gelingt, dass ein älterer Arbeitsloser nach der Übergangsfrist und nach 18 Monaten Bezugsdauer des beitragsfinanzierten Arbeitslosengeldes eine neue Beschäftigung hat, garantieren, dass es Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes geben wird. Das ist das, was hier zur Entscheidung ansteht.

Wenn man jetzt gewissermaßen sagt, das sei nicht richtig, es müsse bei den 32 Monaten bleiben, dann ist das entweder ein gewaltiges Misstrauen bezüglich unserer eigenen Zusagen, die wir mit der Beschlussfassung machen, oder man glaubt letztendlich nicht, dass das, was wir unternehmen wollen, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Arbeitsvermittlung tatsächlich etwas bewirkt.

Ich glaube, es wäre richtig, den Vorschlägen zu folgen, wie sie hier sind. Weil sie bedeuten: Wir machen mit dem Skandal der Frühverrentung Schluss, wir machen Schluss damit, dass ältere Arbeitnehmer aus den Betrieben verdrängt werden. Aber wir sorgen für Regelungen, die sie nicht alleine lassen. Deshalb, glaube ich, ist es richtig, den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen. Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort für die Antragskommission hat Wolfgang Clement.

Wolfgang Clement, Antragskommission: Genossinnen und Genossen, die Antragskommission bittet, den Initiativantrag 11 abzulehnen. Er ist die Fortschreibung dessen, was bisher ist. Was wir neu wollen, ist, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir wollen insbesondere damit Schluss machen, dass sich Unternehmen, namentlich die großen deutschen Unternehmen auf Kosten der Beitragszahler von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern befreien. Wer sich anschaut, wie große Unternehmen reagieren, beispielsweise die größten deutschen Medienunternehmen in Hamburg, die sagen: Wir müssen jetzt unsere Vorruhestandspolitik ändern, weil wir das nicht mehr auf Kosten der Beitragszahler tun können, der weiß, dass dieser Weg zwingend, notwendig und richtig ist.

(Beifall)

Zum Zweiten: Wir wollen niemanden beschädigen. Wir wollen unterstützen. Wir wollen in Arbeit vermitteln. Um dies zu tun, haben wir drei Vorkehrungen getroffen. Die erste ist eine verfassungsrechtlich gebotene. Es wird eine 25-monatige Übergangsregelung geben. Das heißt, wer heute Arbeitslosengeld bezieht, wer bis zum 30. Januar 2006 arbeitslos wird, wer im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder Ähnlichem tätig ist und dies bis zum 31. Januar 2006, hat mit diesen Änderungen nichts zu tun. Das heißt auf Deutsch: Die neuen Regelungen, die wir hier vorschlagen, werden erst ab dem 1. Februar 2006 wirksam.

Wer deshalb heute von Nachfrage in der gegenwärtigen Wachstumsschwäche redet, macht zwei Fehler. Erstens glaubt er, mit Nachfrage Sozialausgaben fördern zu müssen. Das ist nicht richtig. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen. Zweitens: Im Jahre 2006 beginnt die Maßnahme zu wirken. Das heißt, wir können doch wohl guten Gewissens davon ausgehen, dass wir dann eine andere Wachstumssituation haben, eine andere Nachfragesituation und vor allen Dingen eine andere Arbeitsmarktsituation. Genossinnen und Genossen, wenn zum 1. Februar 2006 die ersten Anträge

dieser Art mit einem Arbeitslosengeldbezug von 18 Monaten behandelt werden, dann reicht das bis in die Nähe des Jahres 2008. Wenn wir es bis dahin nicht geschafft haben, den Arbeitsmarkt grundlegend zu verändern, dann müssen wir den Bleistift zurückgeben – um das ganz klar zu sagen. Das ist unser Ziel: Wir ändern den Arbeitsmarkt.

(Beifall)

Das ist gewissermaßen der erste Gürtel: Eine Vertrauensgarantie für alle Betroffenen bis dahin.

Der zweite: Wir haben alle Instrumente geschaffen, wenn jemand kreativ ist und noch mehr Instrumente hat, sind wir dankbar, um über 50-Jährige im Job zu halten oder in einen Job zu bringen. Deshalb zahlen wir Eingliederungszuschüsse für ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahren bis zur Hälfte des Arbeitslosenentgelts im ersten Jahr. Deshalb zahlen wir die Weiterbildung älterer Beschäftigter in Betrieben bis zu 100 Beschäftigten. Deshalb geben wir eine Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, die einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz annehmen, bis zu 50 Prozent der Differenz. Deshalb zahlen wir Arbeitgebern, die jemanden ab 55 Jahren einstellen, den vollen Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen. Deshalb schaffen wir erleichterte Möglichkeiten für befristete Arbeitsverhältnisse für Ältere. Deshalb starten wir eine Vermittlungs- und Informationsaktion für über 50-Jährige.

Genossinnen und Genossen, was sollen wir noch tun? Wenn wir im Durchschnitt in Deutschland 80 Jahre alt werden, werden wir uns darauf einrichten müssen, die Älteren länger im Job zu halten. Diese Älteren sind jünger als ich. Die müssen länger im Job bleiben. Das ist das simpelste und klarste Ziel, das wir haben können.

(Vereinzelt Beifall)

Dritte Bemerkung. Die Antragskommission sagt: Wenn das alles nicht funktioniert hat, weder der Hosenträger noch der Gürtel, schließen wir noch einen Gürtel drumherum, dann wird es aktive Beschäftigungsmaßnahmen geben. Dann wird der zweite Arbeitsmarkt einsetzen. Dieser Gürtel besagt auch: Wenn wir es dann noch nicht geschafft haben, einen Älteren unterzubringen, werden wir ihn in die Personal-Service-Agentur aufnehmen. Solche gibt es schon in ganz Deutschland. In allen Arbeitsamtsbezirken haben wir Personal-Service-Agenturen. Wir gehen davon aus, dass wir in diesem Jahr bis zu 50 000 Menschen dort unterbringen können, anschließend mehr.

Genossinnen und Genossen, mehr kann man nicht tun. Man kann nicht jedem individuell jedes Risiko abnehmen. Aber wir Sozialdemokraten sagen in unserer Verantwortung: Wir tun alles – Hosenträger, Gürtel und noch einen Gürtel, um den Menschen eine sichere Zukunft zu geben. Das ist das, was wir schaffen. Bis zum Jahre 2008 wird man sehen, was passiert. Eigentlich ist klar: Wenn wir es bis dahin nicht

geschafft haben, können wir den Bettel an der Haustür zurückgeben – so würde ich es jedenfalls tun. Alles Gute und Glückauf!

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen Dank, Wolfgang. – Ehe wir zur Abstimmung kommen, hast du, lieber Gerhard, das Wort.

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich melde mich, weil ich ein paar Sätze zu dem Initiativantrag 11 sagen wollte. Es heißt dort:

„Solange den betroffenen älteren Arbeitslosen keine Beschäftigung auf dem 1. oder 2. Arbeitsmarkt angeboten wird, bleibt es bei der bisherigen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.“

Liebe Genossinnen und Genossen, man muss das genau lesen, um zu ergründen, was das heißt. Wer sind die Betroffenen? Wie viele sind das? In welchen Arbeitsamtsbezirken soll diese Maßnahme ausgelöst werden? Der vorgelegte Antrag, erlaubt keine redliche Abstimmung. Man sollte dann sagen: Wir wollen diese beiden Punkte der Agenda 2010 nicht.

Denn niemand kann feststellen, ob ein Einziger, dem kein Angebot gemacht werden kann, die Konsequenzen des Antrags auslöst oder nicht. Das muss man sich klar machen: Denjenigen, die damit arbeiten sollen, wird eine Interventionsmöglichkeit in die Hand gegeben, die niemand mehr kontrollieren kann. Das kann, das darf kein Parteitag beschließen.

Ich glaube im Übrigen, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir uns, was die Debatten auf diesem Parteitag und die Änderungsanträge angeht, nichts vormachen sollten. Vielmehr sollten wir fair miteinander umgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt zwei Dinge, die zentral sind und die die Arbeitsgrundlagen der Bundesregierung, auch meine Arbeitsgrundlagen, berühren. Diese zwei Punkte sind, wie das in unserer Partei manchmal so ist, in den Initiativanträgen mehr oder minder verklau-suliert deutlich geworden, alle begleitet mit dem Hinweis: Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers aber gar nicht verändern; wir wollen ihn behalten, aber zu unseren Bedingungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nur begrenzt möglich. Deswegen habe ich eine herzliche Bitte. Bei der Debatte um das Krankengeld wird es genauso sein. Das sollten wir uns eingestehen. In diesen beiden Punkten geht es darum, das zu leisten, was Wolfgang Clement und andere soeben eindrucksvoll dargestellt haben: zu Veränderungen zu kommen, die in der Sache greifen können. In diesen beiden Punkten geht es auch darum, ob wir redlich miteinander umgehen. Es muss einfach klar sein,

dass man, wenn diese beiden Punkte beschlossen werden, auf der anderen Seite nicht Treueschwüre ableisten kann. Das funktioniert nicht. Das passt auch nicht zusammen, liebe Freundinnen und Freunde.

Deshalb ist meine herzliche Bitte, aus inhaltlichen Motiven, von denen ich wirklich überzeugt bin, und um unserer selbst willen, hier Klarheit zu schaffen. Damit auch keiner sagen kann: „Die machen sich gegenseitig etwas vor und warum sollen wir dann glauben, dass sie uns nichts vormachen?“ In diesen beiden Punkten muss Klarheit geschaffen werden, und zwar in dem Sinne, wie das Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel eindrucksvoll dargestellt haben.

Ich bitte euch um diese Klarheit. Ich bitte euch auch um diese Klarheit im Umgang miteinander. – Das wollte ich vor der Abstimmung sagen.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen Dank, Gerhard. – Ich rufe die Anträge F 1 bis F 31 und die Initiativanträge 9 und 11 auf. Es ist darauf hinzuweisen, dass in den Empfehlungen der Antragskommission eine Veränderung auf Seite 28 an den ersten Absatz angefügt werden soll. Es soll wie folgt lauten: „Wir können auf die wertvollen Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht verzichten. Deshalb werden wir prüfen, ob die im SGB III enthaltene Erstattungspflicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für das an ältere entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlte Arbeitslosengeld so geändert werden kann, dass Kündigungen auf Kosten der Solidargemeinschaft verhindert werden.“ So weit zu dieser Ergänzung.

Die Antragskommission empfiehlt, dass der Initiativantrag in der Fassung der Antragskommission angenommen wird. Leitantrag und Initiativantrag 9 sind zusammenzufügen und über beide ist zusammen abzustimmen. Bei Annahme dieses Antrages wären die Anträge F1 bis F5, F7, F9 bis F17, F21 bis F23 und F26 und der Initiativantrag 11 erledigt.

(Zuruf)

Entschuldigung; es gibt eine Empfehlung der Antragskommission, in der dies ausdrücklich zusammengefasst wird, und über diese Empfehlung der Antragskommission lasse ich jetzt abstimmen. Wer also dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das Erste war die deutliche Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage jetzt nach Enthaltungen. – Ich sehe einige wenige Enthaltungen. Damit ist dem Votum der Antragskommission mit deutlicher Mehrheit gefolgt.

(Beifall)

Nun rufe ich den Antrag F6 auf. Da wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Enthält sich jemand? – Dann ist das so beschlossen.

Antrag F8. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Widerspruch? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Anträge F18 und F19. Es ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen worden. Widerspruch? – Eine Gegenstimme sehe ich. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

F24. Ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion. Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

F25. Dieser Antrag soll durch die Gesetzgebung für erledigt erklärt werden. Wird dem Hinweis widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist er erledigt.

F27 bis F29. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Gibt es Widerspruch? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

F30. Hier wird vorgeschlagen, diesen Antrag durch Gesetzgebung für erledigt zu erklären. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

F31. Dieser Antrag soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wird dem widersprochen? – Ich gucke ja genau: Auch die eine Gegenstimme ist registriert. Enthält sich jemand? – Dann ist das so beschlossen. Damit ist dieser Block abgeschlossen.

G „Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme“

Vorsitzender Kurt Beck: Wir kommen zum Kapitel G „Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme“. Hierbei geht es um die Anträge G1 bis G37 und den Initiativantrag 12. Zu diesem Paket liegt eine größere Zahl von Wortmeldungen vor. Als Erstes hat Thorsten Schäfer-Gümbel das Wort; ihm folgt Martin Pfaff.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Lich: Liebe Genossinnen und Genossen! In der Tat wird sich die Debatte, die wir eben schon einmal geführt haben, jetzt ein Stück weit wiederholen. Aber es werden ein bisschen veränderte Argumente sein, mit denen wir es zu tun haben werden. Kein soziales Sicherungssystem ist so sehr geprägt von Verbands- und Einzelinteressen wie das Gesundheitssystem.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen sind Veränderungen in diesem System besonders schwer. Denn es wird immer mindestens einen geben, der gegen einen bestimmten Reformvorschlag ist. Die schlechteste Durchsetzungskraft bei den Reformen im Gesundheitssystem ha-

ben aber diejenigen, um deren Geld und Gesundheit es geht, nämlich die Versicherungsgemeinschaft.

Deswegen, lieber Gerhard, ist ja Dein Hinweis auf die Lohnnebenkosten richtig. Die Höhe der Lohnnebenkosten stellt einen unerträglichen Druck dar. Aber die Regelung, wie sie in Deiner Agenda 2010 vorgeschlagen wird, ändert an der Belastung für abhängig Beschäftigte nichts, weil sie zukünftig diese Last allein tragen. Sie bleibt auch dann drückend.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle möchte ich auf den Hinweis von Franz Müntefering eingehen. Er hat gesagt, dass die Parität in der sozialen Sicherung an vielen Stellen durchbrochen ist. Dieser Hinweis ist zwar richtig, aber auch dieses Argument ändert nichts an der Lastenverschiebung. Die vorgeschlagene Regelung – darauf hat Ottmar Schreiner in der Grundsatzaussprache schon hingewiesen – wird kein Stück mehr Beschäftigung schaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Gerhard Schröder hat darauf verwiesen, dass es sich um ein Instrument handelt, und nicht um ein Prinzip, wenn über das Krankengeld geredet wird. Ich widerspreche dem ausdrücklich, weil im Rahmen des derzeitigen sozialen Sicherungssystems und der Sozialpartnerschaft die Organisation der paritätischen Finanzierung auch ein Prinzip und nicht nur ein Instrument darstellt.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht darum, dass bei den Finanzierungsstrukturen im Gesundheitssystem keine Veränderungen organisiert und vorgeschlagen werden sollen. Deswegen geht der Änderungsantrag völlig in die richtige Richtung. Das Thema, das dort enthalten ist – das ist auch in einem anderen Antrag formuliert worden, nämlich die Bürgerversicherung, weist den richtigen Weg. Wir brauchen mehr Beveridge und weniger Bismarck.

Wir haben den Kostendruck im System; dem widerspricht auch niemand. Deswegen gehen die Vorschläge zur Gesundheitsreform an einigen Stellen ja auch in die richtige Richtung: Es muss darum gehen, die Doppelstrukturen zu überwinden, das Nebeneinander von ambulanter und stationärer Versorgung zu beseitigen, mehr Wettbewerb im System zu ermöglichen und die Kartelle zu brechen. Das gilt für die kasernenärztlichen Vereinigungen; das gilt für die Krankenkassen, aber auch für die Pharmaindustrie.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt bin ich wieder beim Thema Bürgerversicherung: Wir müssen auch die Flucht aus den Solidarsystemen stoppen, weil sie ein wesentlicher Grund dafür ist, dass, ob-

wohl die Summe der Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung mit 142 Milliarden Euro, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, relativ stabil war und ist, die Belastung auf immer weniger Schultern verteilt wird.

So sehr wir wünschen, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieses Land regieren, und so sehr wir wünschen, dass Gerhard Schröder Bundeskanzler ist und bleibt, so sehr hätten wir es uns gewünscht, dass an dieser Stelle mehr Mut für Reformen an der richtigen Stelle bewiesen worden wäre.

(Beifall)

Gerhard, lass mich das an dieser Stelle deutlich sagen: Die Personalisierung des Problems – ich komme zum Schluss – war aus meiner Sicht nicht in Ordnung und sie war auch nicht angemessen.

(Beifall)

Hans-Jochen Vogel hat vorhin davon gesprochen, dass Veränderungen der Realitäten stattgefunden hätten und dass die Politik diese Realitäten gestalten und wahrnehmen müsse. Genau diesem Anspruch, liebe Genossinnen und Genossen, wird die Agenda 2010 in diesem konkreten Punkt nicht gerecht.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Peer Steinbrück: Das Wort hat nun Martin Pfaff, danach Uli Maurer.

Martin Pfaff, ASG: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich melde mich für die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen nicht nur zum Antrag G 10, sondern auch zu dem zweiten Leitantrag des Parteivorstandes, der die Frage der langfristigen Finanzierung offen lässt und auf eine Kommission und ihre Ergebnisse verweist.

Ich schicke vorweg: Wir Gesundheitspolitikerinnen und Gesundheitspolitiker von der ASG sagen eindeutig Ja zu einer Gesundheitsreform, die diesen Namen wirklich verdient. Sie muss mehr Qualität, mehr Wirtschaftlichkeit und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen. Auch deshalb sagen wir Ja zu den Elementen des Leitantrages, in denen das Solidarprinzip bestätigt wird und in denen echte Strukturformen angesprochen werden. Ich möchte sie nicht alle wiederholen, so reizvoll das auch wäre. Wir erkennen viele dieser Maßnahmen an; denn sie sind seit langem Forderungen der ASG. Viele Forderungen müssen allerdings noch realisiert werden.

Wir unterstützen Ulla Schmidt in der Umsetzung dieser Forderungen. Auch das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sagen Ja zu den Reformen, die angesichts veränderter Rahmenbedingungen notwendig sind. Aber sie müssen die Lebenssituation der Menschen verbessern und

nicht verschlechtern. Wir tragen auch Einsparungen mit, wenn die sich daraus ergebenden Lasten gerecht verteilt werden, also wenn mehr auf die breiten Schultern und weniger auf die schmalen gepackt wird.

Auch wir blicken der Realität ins Auge und erkennen, dass die jetzige Form der lohnbezogenen Finanzierung an ihre Grenze gestoßen ist und eine Änderung erforderlich ist. Wir brauchen aber keinen Abbau. Die Wirtschaftslage rechtfertigt keinen generellen Abbau, solange nicht ein langanhaltender Rückgang des Bruttosozialproduktes zu beobachten ist. Den kann ich aber als Nationalökonom nicht erkennen. Natürlich darf es in Zeiten der Stagnation keinen Ausbau geben. Genossinnen und Genossen, nicht der Sozialstaat, sondern die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist zu teuer. Das ist das Kernproblem, das wir angehen müssen.

(Beifall)

Wir sagen nicht Ja zur Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, wiewohl die letzte Version des Gesetzestextes optimistischere Interpretationen erlaubt. Wir können auch die Erhöhung der Zuzahlungen und die Praxisgebühren nicht gutheißen, wiewohl wir anerkennen, dass die Menschen durch ihr Verhalten die Höhe mitbestimmen. Aber wie heißt es im Leitantrag? Ich zitiere: „Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen. Niemand darf sich entziehen.“

Ich sage an die Adresse des Genossen Erhard Eppler: Ja, es gibt eine Alternative zur neoliberalen, neokonservativen Strategie. Diese Alternative heißt mehr Solidarität in der Finanzierung. Das ist doch die Vision der Sozialdemokratie. Das war sie und ist ihre Stärke.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können die Beitragssätze nachhaltiger senken, als es bisher vorgesehen ist, wenn wir nur bereit sind, mehr Solidarität zu üben. Vor allem sollten wir diejenigen mit heranziehen – es heißt doch, dass sich alle beteiligen müssen –, die die breiteren Schultern haben und die heute den Sozialstaat nur begrenzt – wenn überhaupt – mitfinanzieren. Das heißt im Klartext: Wir können die Finanzierungsgrundlage verbreitern, indem wir alle Erwerbstätigen, alle Erwerbseinkommen und auch die Kapitaleinkommen in die Finanzierung des Sozialstaates einbeziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wo steht geschrieben, dass dieser Weg der Solidarität nicht der bessere ist? Wenn wir die Verschiebebahnhöfe rückgängig machen und wenn wir, wie im Leitantrag schon angesprochen, die gesamtgesellschaftlichen Leistungen über Steuern finanzieren, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Gesundheitspolitiker, liebe Genossinnen und Genossen, diese Botschaft auch heute zu vertreten. Ja, es erfordert gegenüber den schwachen und den

kranken Versicherten und gegenüber den Arbeitnehmern Mut, Leistungen zu streichen. Aber es erfordert sehr viel mehr Mut gegenüber denen mit den breiten Schultern, auch sie in die Solidarpflicht einzubeziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Menschen sollten nicht fragen, was die Gemeinschaft für sie tun kann, sondern sie sollten in der Tat fragen, was sie mehr für diese Gemeinschaft tun können, um uns aus dieser schwierigen Lage zu bringen.

(Beifall)

Vorsitzender Peer Steinbrück: Uli Maurer und dann Kurt Beck.

Ulrich Maurer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann mich direkt auf meinen Vorredner beziehen. Wir führen eine Debatte, in der es sehr wohl Alternativen gibt. Martin hat sie gerade genannt. Es gibt die Alternative, den Kreis derer, die die sozialen Sicherungssysteme tragen – auch im Bereich der Krankenversicherung –, wesentlich zu verbreitern. Es gibt diese Alternative mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen. Der Parteitag muss sich entscheiden, ob er diese Alternative will oder ob er dem Umverteilungsvorschlag beim Krankengeld folgen will.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass es bei dieser Frage, wer künftig das Krankengeld bezahlt, in Wahrheit – es ist eingefordert worden, dass wir ehrlich miteinander umgehen – gar nicht um eine gesundheitspolitische Debatte geht. Es ist vielmehr eine ökonomische Debatte. Ich sehe keine Begründung für den Vorschlag, dass zukünftig die Arbeitnehmer die Lasten, die bisher auf die Arbeitgeber entfallen sind, tragen sollen. Man sollte auch nicht denken, dass mit der Absenkung der Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber nennenswerte Effekte auf dem Arbeitsmarkt verbunden wären. Ich glaube, dass diese Annahme nicht zutrifft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir befinden uns in gefährlicher Nähe einer deflationären Entwicklung und wir haben extreme Nachfrageprobleme. Wenn wir in einer solchen ökonomischen Krise glauben, wir könnten durch eine Umverteilung zum Nachteil von Arbeitnehmereinkommen vermehrt Neueinstellungen erreichen, dann täuschen wir uns. Das ist meine feste Überzeugung. Diese fundamentale Auseinandersetzung müssen wir führen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir stimmen offenkundig schon in der Analyse nicht überein. Wir haben im Moment in Deutschland die Situation, noch zusätzlich belastet durch die Stärke des Euro, dass in vielen Betrieben die Kapazitäten nicht ausgelastet sind. Die betriebswirtschaftliche Logik, warum im Falle einer nicht ausgelasteten Produktion die Absenkung von Lohnnebenkosten dazu führen soll, dass ein Betrieb bei einer Auslas-

tung von 85 Prozent aufgrund einer Absenkung der Lohnnebenkosten um 1 oder 2 Prozentpunkte noch neu einstellen soll, ist nicht nachvollziehbar.

(Vereinzelt Beifall)

Ottmar Schreiner hat darauf hingewiesen, dass die Vorschläge de facto eine Verkürzung der Nettolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten. Dieses wirkt sich in dieser zyklischen Situation, in der wir uns befinden, mit Sicherheit negativ aus.

Im Übrigen folgt dieser Vorschlag auch nicht der Logik, die ich bisher von den Befürwortern der Agenda 2010 gehört habe. Ich habe immer gehört – ich halte es zum Teil auch für berechtigt –, dass durch die hohe Belastung des Faktors Arbeit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer netto zu wenig Geld zur Verfügung hätten. Wenn das wahr ist, liebe Genossinnen und Genossen, dann könnt ihr uns doch keine Vorschläge unterbreiten, die darauf hinauslaufen, die Nettolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu senken.

(Vereinzelt Beifall)

Ihr durchbrecht an dieser Stelle die Logik der eigenen Argumentation. Ihr durchbrecht sie aber noch an einer anderen Stelle. Ich habe verschiedentlich gehört, man müsse als realitätsbewusster Sozialdemokrat die Machtverhältnisse im Bundesrat im Auge behalten. Ich möchte aber davor warnen, dass wir nur noch Dinge beschließen, die im Bundesrat mit seiner gegenwärtigen Zusammensetzung angenommen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will aber einmal diese Logik aufgreifen. Ich sage euch, dass es klare Erklärungen von Stoiber und dem CSU-Generalsekretär gibt, dass sie die Frage bezüglich des Krankengeldes gegen uns einsetzen werden. Die bayerischen Genossen können schon ein Lied davon singen, was das heißt. Ich frage also: Ist es wirklich gut, einen solchen Vorschlag, den ich ökonomisch für nur schwer begründbar halte und der uns wirklich tief spaltet, zu machen, obwohl wir wissen, dass er im Bundesrat abgelehnt wird und dass wir links von Stoiber angegriffen werden? Ist es eine strategische Logik, wenn wir erst eine große Auseinandersetzung um diese Vorschläge in der Partei haben und dann im Bundesrat damit scheitern? Ich finde nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Peer Steinbrück: Als Nächste sprechen Kurt Beck und Martin Rosemann.

Kurt Beck, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ulrich Maurer hat eben gesagt: Wir sind an einem Punkt angelangt, der uns und unsere Politik tief spaltet. Ich finde, diese Spaltung findet dann statt, wenn wir die Diskussion theoretisch

führen, wenn wir einzelne Punkte aus der Agenda herauszulösen versuchen und sie dann in einer überhöhten Weise miteinander diskutieren.

(Vereinzelter Beifall)

Ihr alle habt sicherlich so wie ich in den letzten Wochen und Monaten auf einer Vielzahl von Veranstaltungen mit Genossinnen und Genossen, aber auch mit Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftsbereich, mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über diese Fragen diskutiert. Es kann doch überhaupt nicht wahr sein, dass wir hier eine Diskussion führen, die darauf hinausläuft, dass hier der Eindruck erweckt wird, die Lohnzusatzkosten seien nicht ein wichtiges Element, das etwas mit Arbeitsmarktchancen zu tun hat, liebe Freundinnen und Freunde. Wer das behauptet, der verkennt doch einfach die Realität. Eine andere Realität können wir auch nicht herbei reden. Die Realität ist einfach anders, auch wenn sie nicht der Stimmungslage entspricht. Die Stimmungslage von Hunderten und Tausenden von Mittelständlern und Handwerksbetrieben entscheidet darüber, ob sie den Mut haben, die Entscheidung zu treffen, Menschen einzustellen.

Ich habe eine Reihe von Betriebsversammlungen besucht und ich habe in einer Reihe von kleinen Betrieben mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diskutiert. Ein Maurer hat mir gesagt: Auch ich weiß, dass das nicht einfach ist; eigentlich bin auch ich nicht richtig glücklich darüber; ich bin nicht froh darüber, dass ihr mir ans Geld geht; 15 Euro im Monat sind für mich viel Geld. – Akzeptiert! Daran wird niemand vorbei schauen. Derselbe Maurer hat aber auch gesagt: Ich will, dass es am Ende funktioniert, dass dieser Sozialstaat erhalten bleibt und dass auch meine Kinder etwas davon haben. – Das ist die Stimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Mehrzahl der Leute, mit denen ich geredet habe. Diese Stimmung sollten wir nicht aus unserem Bewusstsein hier „herausdiskutieren“.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass uns eine recht praktische Betrachtung in dieser Situation an einer solchen Stelle, an der wir uns theoretisch sehr leicht verharken können, ein großes Stück weiter hilft.

Im Übrigen: Heute Morgen hat eine Genossin hier geklagt, dass die so genannten Besserverdienenden an solchen Entscheidungen nicht beteiligt seien. Ich muss sagen: Ich habe damit kein Problem. Auch als Ministerpräsident zahle ich nach wie vor in die Rentenversicherung meine Rentenversicherungsbeiträge und ich zahle nach wie vor in eine gesetzliche Krankenkasse meine Krankenversicherungsbeiträge. Ich bin nicht Privatpatient. Ich beteilige mich an der staatlichen Sozialversicherung. Ich lade alle ein, die sich unglücklich fühlen, weil sie sich nicht solidarisch verhalten können, das Gleiche zu tun. Das ist überhaupt kein Problem. Lasst uns so an die Dinge herangehen und saubere Entscheidungen treffen!

(Beifall)

Vorsitzender Peer Steinbrück: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben noch zwölf Wortmeldungen. Ich möchte euch fragen, ob ihr mit einem Schließen der Rednerliste einverstanden seid. – Gegenstimmen? – Damit ist die Rednerliste geschlossen.

Als nächster hat Martin Rosemann das Wort. Danach spricht Heide Simonis.

Martin Rosemann, Landesverband Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte eigentlich nicht zum Punkt Krankengeld sprechen. Das Kapitel, das hier aufgerufen wurde, besteht aus mehr als aus dem Krankengeld. Ich habe schon den Eindruck, dass wir die Diskussion ein bisschen auf Kampffelder zuspitzen. Ich will im Detail nichts zum Krankengeld sagen. Ich möchte etwas zu meinem Vorredner Ulrich Maurer sagen. Er weiß, dass ich ihn persönlich sehr schätze. Uli, eines an deiner Argumentation hat mich arg gestört. Du hast gesagt, es gebe Unternehmen, die zu nur 85 Prozent ausgelastet seien. Angesichts dessen stellt sich nicht die Frage, wie hoch die Lohnzusatzkosten sind. Natürlich gibt es solche Unternehmen. Aber es gibt genauso viele Unternehmen, in denen eine hohe Zahl von Überstunden gemacht wird. Der DGB rechnet uns doch jedes Jahr vor, wie viele Hunderttausende von Überstunden gefahren werden. Der DGB weist darauf hin, dass diese Überstunden durch mehr Beschäftigung ersetzt werden können, wenn man für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt sorgen würde und wenn man es schaffen würde, die Lohnzusatzkosten und die Sozialversicherungsbeiträge zu senken. Lieber Uli, du solltest auch die anderen Unternehmen erwähnen, wenn du hier argumentierst.

(Vereinzelte Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich selbst arbeite in einem Unternehmen, das im Moment expandiert. Auch so etwas soll es geben. Wir stellen uns schon die Frage, ob wir jemanden fest einstellen oder ob wir jemanden nur als freien Mitarbeiter einstellen. Auch in dieser Hinsicht ist die Frage der Lohnzusatzkosten relevant. Ich arbeite in einem kleinen Unternehmen. Es gibt eine ganze Reihe solcher Unternehmen, die gerne expandieren würden, wenn nur die Bedingungen stimmen würden. Auch dieses Argument sollte man nicht so einfach zur Seite wischen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich eigentlich gemeldet, um etwas zum Thema Rentenversicherung zu sagen. Wir haben in der Agenda 2010 die Ziele, die wir in unserer Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verfolgen, formuliert. In der Agenda 2010 ist aufgeführt, welche konkreten Gesetzesvorhaben wir in den nächsten Monaten noch auf den Weg bringen wollen, um diese Ziele zu erreichen. Sehr bewusst ist davon getrennt der zweite Antrag „Wege zu einem neuen Fortschritt“. Dieser Antrag zeigt Perspektiven sozialdemokratischer Reformpolitik auf.

Wir, der Landesverband Baden-Württemberg, haben große Schwierigkeiten, wenn wir uns selbst in dem Antrag zur Agenda 2010 wieder Reformbremsen auf den eigenen Weg legen wollen. Konkret: Auf Seite 38 unten sind unter dem Stichwort „Re-

form der Rentenversicherung“ drei Spiegelstriche aufgeführt. Dabei steht die Überschrift „Darüber hinaus halten wir fest“. Mit diesen Spiegelstrichen grenzt man sich ab von Vorschlägen, die teilweise von der Rürup-Kommission und auch teilweise vom politischen Gegner gemacht worden sind. Dazu muss ich sagen, Genossinnen und Genossen: Wir sollten nicht den Fehler machen, heute auf diesem Parteitag zu Dingen Nein zu sagen, von denen wir nicht wissen, ob wir in ein paar Monaten darüber vielleicht nicht offen diskutieren sollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist viel davon gesprochen worden, dass wir Diskussionen brauchen und dass wir uns für Diskussionen Zeit nehmen sollten. Deswegen sagen wir: Lasst uns an dem Punkt „Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung, Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung“ in der Beratung des Antrages „Wege zu einem neuen Fortschritt“ in der Arbeitsgruppe, die dazu eingerichtet wird, offen diskutieren! Lasst uns hier nicht Dinge vorweg nehmen, die noch überhaupt nicht richtig diskutiert worden sind. Unser Landesverband beantragt, diese drei Punkte zu streichen.

Da meine Redezeit gleich zu Ende ist, möchte ich noch etwas zur inhaltlichen Begründung sagen. In dem Antrag „Wege zu einem neuen Fortschritt“ heißt es: „Wir müssen neu darüber nachdenken, welchen Anteil der Sozialversicherung wir über Steuern und welchen wir über Beiträge finanzieren.“ Ich halte diese Diskussion für sehr wichtig; denn das Thema „mehr Steuerfinanzierung der Sozialversicherung“ beinhaltet doch ein Instrument, die Millionäre in diesem Land stärker in die Verantwortung zu nehmen für die soziale Sicherung. Genossinnen und Genossen, es kann doch nicht sein, dass wir immer nur über Vermögensteuer und Erbschaftsteuer reden – so wichtig das ist, sondern wir müssen auch darüber reden, wie wir die Reichen, die Millionäre, wirklich dazu bringen, einen Beitrag zur Finanzierung der Sozialversicherung zu leisten.

(Vereinzelte Beifall)

Deswegen, Genossinnen und Genossen, lasst uns das doch nicht ausschließen, beispielsweise über eine stärkere Steuerfinanzierung der Rente! Lasst uns das doch gemeinsam diskutieren auf dem Parteitag im November! Ich plädiere für die Streichung dieser Punkte aus dem Antrag. Herzlichen Dank.

(Vereinzelte Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Das Wort hat Heide Simonis. Ihr folgt Horst Schmidbauer.

Heide Simonis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Bei uns in Schleswig-Holstein haben in letzten Vierteljahr folgende Unternehmen Hunderte von Stellen abgebaut: HDW, Flender Werft, Caterpillar, Panasonic, Motorola usw. Das ist keine Folge mangelnder Binnennachfrage, wie es heute Morgen behauptet worden ist, oder von zu kleinen Nettogehältern in den Portemonnaies. Das ist die Folge eines Wettbewerbs mit zu hohen Lohnnebenkosten, unter dem wir wie viele andere leiden. Ich rede von Europäern und nicht von irgendwelchen Billiglohnlä-

dern der weiten Welt. Ich denke zum Beispiel auch an Schweden und an Dänen. Sie nutzen die Einnahmen aus den Mehrwertsteuern, um die Lohnnebenkosten zu senken. Wenn man über die Grenze geht, kann man dementsprechend absetzen. Mit diesem Problem haben unsere Werften wirklich viel zu tun.

Wir leisten uns den Luxus, Strukturveränderungen, die auf uns hernieder prasseln, auch Strukturveränderungen in der Demographie, einfach immer durch eine Erhöhung von Beiträgen zu bezahlen. Das wird auf die Dauer niemanden froh machen. Der Satz „Das ist eine paritätische Bezahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ nutzt demjenigen, der in sein Portemonnaie schaut und erstarrt, wenn er sieht, was drin ist, nicht viel. Der möchte weniger bezahlen oder möchte, dass es gerechter ist.

Deswegen können wir jetzt nicht alles so lassen, wie es ist, auf bessere Zeiten warten und hoffen, dass das größere Nettogehalt, das zur Verfügung steht, dazu beitragen wird, um den Strukturveränderungen wirksam zu begegnen.

Hier ist ein paar Mal das schwedische Modell von Persson genannt worden. Er hat sein Modell zehn Jahre überlebt und wird es noch weitere zehn Jahre überleben. Ich möchte gern, dass auch wir es zehn Jahre überleben. Nach dem Satz, dass jemand über seine Verhältnisse leben kann, wenn er auf die Dauer keine Strafe befürchten muss, steht bei denen nahezu alles auf dem Prüfstand, eine reine Rosskur: Elternurlaub, Wohngeld, Karenztage, Arbeitslosenversicherung usw. Das Ende war, dass er zwar von einem seiner Gegner als der widerlichste Dreckskerl, den die Arbeiterbewegung in Schweden je hatte, beschimpft wurde; aber die Arbeitslosigkeit in Schweden liegt unter 5 Prozent, Schweden kann sich einen Wohlfahrtsstaat leisten, von dem wir nur träumen können, Schweden kann sich eine Familienpolitik leisten, von der wir nur träumen können, Schweden hat eine Technologie aufbauen können, von der wir manchmal nur träumen können.

Ihr müsstet mal das Gehöcker in einem Landeshaushalt sehen, wenn versucht wird, Innovation, Technologie, Forschung und Universitäten zu bezahlen. Unser ganzes Geld geht in Sozialausgaben zur Verringerung der entsprechenden Belastungen in den Kommunen, weil wir eine so hohe Arbeitslosigkeit haben.

Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, wir lügen uns etwas vor, wenn wir glauben, wir kommen ohne Schmerzen, ohne jemandem weh zu tun über die Runden. Was wir allerdings brauchen – deswegen bin ich sehr dafür, dass wir nachher dem zweiten Antrag des Vorstands zustimmen, ist eine langfristige Umfinanzierung, auch auf steuerfinanzierte Anteile der Sozialversicherungssysteme, und auch ein Herausziehen derjenigen, die aus Gerechtigkeitsgründen ein Stück dazu beitragen müssen, dass uns die Gesellschaft nicht um die Ohren fliegt, sondern im Gegenteil zusammenhält.

Vorsitzender Kurt Beck: Das Wort hat Horst Schmidbauer. Ihm folgt Christoff Dees.

Horst Schmidbauer, Bundestagsfraktion: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass es bei dem Krankengeld um eine ökonomische und eine

gesundheitspolitische Frage geht. Man merkt das vor allem, wenn man sich das Gutachten der sechs wirtschaftswissenschaftlichen Institute vom Frühjahr ansieht, in dem ganz deutlich zum Ausdruck kommt, dass in den Mittelpunkt einer Gesundheitsreform eine höhere Effizienz und nicht die Beschneidung von Leistungen gehört. Wir jedoch reden beim Thema Krankengeld über die Beschneidung von Leistungen.

Wir müssen sehen, dass die Ursache für diese schwierige Situation auch die stark gesunkene Lohnsumme ist, die unter unserer Regierungsverantwortung kräftig nach unten gegangen ist. Es ist völlig klar, dass das finanzielle Auswirkungen hat, wenn Beiträge aus der Lohnsumme ermittelt werden.

Ich glaube aber, Genossinnen und Genossen, dass es die falsche Antwort wäre, wenn wir eine staatlich verordnete Lohnabsenkung draufsetzen. Das ist für mich ein Aspekt, der unmöglich und unsolidarisch und letztendlich eine falsche Antwort auf die Herausforderungen dieser Zeit ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen eine Perspektive. Wir müssen dafür sorgen, dass der Begriff der solidarischen Krankenversicherung erhalten bleibt. Wir müssen klar sehen, dass die Kernleistung das Krankengeld ist. Es ist eines der sechs Kernleistungen, die die Grundlagen unserer solidarischen Krankenversicherung bilden. Es geht nicht, Genossinnen und Genossen, dass wir weiterhin von einer solidarischen Krankenversicherung sprechen, aber eines ihrer sechs Standbeine streichen.

Wir müssen auch deutlich machen: Es geht hier darum, dass wir unabhängig vom Geldbeutel Menschen die Chance geben, ihre Situation meistern zu können. Wir müssen dafür sorgen – wie es der Initiativantrag 12 deutlich sagt, dass eine faire Antwort gegeben wird, die heißt: Wir können durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, durch eine Heranziehung breiter Schultern diese Aufgaben ohne Weiteres meistern, ohne dass wir sie beschneiden müssen und ohne dass wir zu einer sozialen Unausgewogenheit kommen.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort hat Christoff Dees, ihm folgt Stefan Gran.

Hans-Christoff Dees, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Die interessantesten Beiträge waren immer, wenn Genossinnen und Genossen ein Stück weit aus der eigenen Lebensrealität berichtet haben. Da ist die Wahrnehmung manchmal unterschiedlich.

Sehr überrascht war ich über das, was ich vom Genossen Uli Maurer hier gehört habe. Er hat gesagt, dass die Lohnnebenkosten eigentlich keine Rolle spielen. Ich persönlich fahre für meine Firma, die international tätig ist, durch Europa und

schaue mir an, ob unsere Logistikstandorte gut funktionieren. Gegebenenfalls bin ich auch dafür zuständig, neue Logistikstandorte, sei es in Deutschland oder anderswo, Wirklichkeit werden zu lassen.

Nicht immer sind die Rahmenbedingungen und die Konkurrenzbedingungen für einen solchen deutschen Standort, den wir errichten wollen, gut abzuschätzen und in diesem Vergleich auch nicht immer fair. Wenn wir einen Logistikstandort aufmachen wollen, ist das eine Tätigkeit, die hauptsächlich Handarbeit bedeutet, eine Tätigkeit, die nicht schwer zu erlernen ist und die gerade diejenigen gut ergreifen könnten, die gering qualifiziert sind und die einen großen Teil der Arbeitslosen ausmachen. Ich habe die Situation in Holland und Deutschland miteinander verglichen. Dabei bin ich bei einem einzelnen Projekt bei den laufenden Betriebskosten auf 5 bzw. 6 Millionen Euro gekommen, ein Unterschied zuungunsten von Deutschland, und das ausschließlich aufgrund der Lohnkosten und insbesondere der Lohnnebenkosten.

Nun überlegt man sich, wie man einen Standort mit 80 dort arbeitenden Menschen noch retten kann, welche strategischen Möglichkeiten es gibt, um diesen Standort möglicherweise gut zu verkaufen. Ich will euch ehrlich sagen: Es gibt wenige. Die Holländer arbeiten genauso gut. Das Ergebnis sieht dann oft so aus, dass wir ausweichen.

Das ist eine Tatsache, die wir auch von der Politik her nicht einfach übersehen können. Die Abgabenquote ist zu hoch, und zwar insbesondere für den Bereich der unteren Einkommen. Die Schere von brutto und netto ist nicht nur deswegen ein Problem, weil die Arbeit zu diesem Brutto möglicherweise nicht mehr angeboten wird, sondern auch, weil ich mir ausrechnen kann, dass es sinnvoll sein könnte, Arbeit mit niedriger Arbeitsproduktivität schlichtweg zu automatisieren. Das heißt, ich habe einen zweiten Druck auf das Arbeitsvolumen dieses Landes, der nicht sein müsste, wenn wir vernünftige und wettbewerbsfähige Bedingungen schaffen würden.

Vor diesem Hintergrund ist jede Maßnahme richtig, die die Lohnnebenkosten senkt. Was schafft Arbeit, die sich lohnt angeboten und auch angenommen zu werden? Diese Arbeit schafft Kaufkraft und damit letztendlich Wirtschaftswachstum, nicht irgendeine Voodoo-Ökonomie, wie wir sie heute Morgen von Ottmar Schreiner beschrieben bekommen haben, der meint, dass wir durch Sozialtransfers Kaufkraft stützen könnten. Das kann am Ende nur in eine Situation von Überschuldung führen. Wenn dann auch noch gesagt wird, wir sollten mehr Schulden machen, dann frage ich mich: Wo sind denn seit Jahrzehnten die Milliarden in dieser Republik hingegangen, die wir an Schulden aufgenommen haben? Wir haben die Möglichkeit konjunkturbedingter Schuldenprogramme schlichtweg verfrühstückt.

Wenn heute von diesem Parteitag das Signal ausgeht, wir nähmen die Lohnnebenkosten nicht ernst, dann nehmen uns die Menschen in diesem Land nicht mehr ernst. Ich glaube, das müssen wir gemeinsam verhindern.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort hat Stefan Gran, ihm folgt Karin Junker.

Stefan Gran, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Bevor ich etwas zum Gesundheitswesen sage, möchte ich etwas anderes ansprechen. Wir haben jetzt viel von ökonomischen Wahrheiten gehört. Dank meiner – trotz aller Unkenrufe – guten Schulbildung in Nordrhein-Westfalen wurde mir anerzogen, dass es nicht immer nur eine Wahrheit gibt. Wer sagt, es gebe nur eine Alternative, hat eindeutig Unrecht. Es gibt immer mehrere Alternativen.

(Gerhard Schröder: Es gibt mehrere Möglichkeiten, aber nur eine Alternative!)

Richtig.

Zur Parität. Franz Müntefering hat das am Anfang kurz angesprochen. Es ist richtig, dass die Parität schon heute nicht mehr existiert. Allerdings gibt die Herausnahme des Krankengeldes dem Ganzen eine neue Qualität. Wir haben schon unter der Regierung Kohl damit begonnen, die Parität aufzulösen, durch höhere Zuzahlungen usw. Die Herausnahme des Krankengeldes hat eine ganz andere Qualität, weil sie diesmal direkt einschneidet und die hälftige Beitragsfinanzierung ad absurdum führt.

Ich denke, wir müssen uns überlegen, einmal eine richtige Reform anzupacken. Das, was in der Agenda 2010 steht, ist meines Erachtens mehr oder weniger Stückwerk. Dort wird nicht richtig von einer Reform gesprochen, sondern da wird etwas herumgebastelt, da wird etwas gestrichen, es erfolgt ein bisschen Aktionismus, indem man das Krankengeld herausnimmt.

Ulla Schmidt hat schon einiges vorgeschlagen, was die Gesundheitsreform angeht. Da sind sehr gute Sachen dabei. Es sind sicherlich auch Dinge dabei, die diskussionswürdig sind. Im Großen und Ganzen geht es in die richtige Richtung.

Allerdings vermisse ich Folgendes: Es wird viel zu wenig, auch bei der Reform von Ulla Schmidt, von der Finanzierung gesprochen. Es wird gefragt: Wie können wir etwas umverteilen? Wie können wir etwas anders finanzieren? Es wird aber nicht konkret davon gesprochen, wie wir das auf andere Füßen stellen können. Ich glaube, im Initiativantrag 12 ist die Möglichkeit der Bürgerversicherung angesprochen. Mein persönlicher Favorit ist die Steuerfinanzierung. Dann müssen wir eventuell über einen Mehrwertsteuersatz von 25 Prozent reden, wie es ihn in den skandinavischen Ländern gibt.

Wir müssen den Mut haben, darüber zu sprechen und Reformen vorzunehmen. Ich halte nichts davon, einfach Aktionismus zu betreiben und irgendetwas herauszunehmen.

Hier wurde schon mehrere Male angesprochen: Rein ökonomisch betrachtet, müssen wir mehr Kaufkraft haben. Wir nehmen es im Grunde den Arbeitnehmern weg. Wenn wir die Parität aufgeben, entlasten wir den Arbeitgeber, während es der Ar-

beitnehmer zusätzlich finanzieren muss. Dadurch verringert sich sein Nettoeinkommen. Er kann also weniger kaufen. Das ist eine Binsenweisheit, die man, glaube ich, schon im ersten Semester Volkswirtschaft lernt.

Ich halte also nichts davon, auch weil es momentan bei der Binnennachfrage hapert. Zurzeit hapert es überhaupt nicht am Export. Wir exportieren immer noch ganz munter weiter, obwohl uns der Euro im Moment ein bisschen wehtut. Es hapert an der Nachfrage.

Ich rede ab und zu mit Kleinunternehmern; ich kenne ein paar Mittelständler. Diese sagen mir: Wenn die Aufträge da sind, ist es ihnen völlig egal, ob Kündigungsschutz besteht oder die Lohnnebenkosten zu hoch sind; wenn der Auftrag kommt, wird er genommen und Leute werden eingestellt. Solange keine Aufträge vorhanden sind, weil auf dem Markt nichts zu verkaufen ist, werden keine Arbeitsplätze geschaffen. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. Das Wort hat Karin Junker. Ihr folgt Harald Schartau.

Karin Junker, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich dem Thema Rente zuwenden. Ich beginne mit einem Zitat aus dem „Hamburger Abendblatt“ vom 23. Mai 2003. Da wird gefragt: „Was halten Frauen für wichtiger als den Mann fürs Leben?“ – Antwort: „Die Rente!“

94 Prozent der Frauen halten die finanzielle Sicherung im Alter für extrem wichtig. Aber über die Hälfte der verheirateten Frauen ahnt, dass das nicht gut gehen kann, denn mit dem Eheliebsten – mindestens jede dritte Ehe wird geschieden – gehen nicht selten auch das Häuschen und die Alterssicherung perdu.

Frauen haben auch heute noch eine unterbrochene Erwerbsbiographie. Frauen arbeiten zu 40 Prozent in Teilzeitarbeit und diese ist rentenmindernd. Vor allen Dingen verdienen Frauen ein Fünftel weniger als Männer, auch bei gleicher und gleichwertiger Arbeit. Auch dies ist rentenmindernd. Nur jede dritte nicht erwerbstätige Ehefrau hat einen Anspruch auf eine eigene Rente. Diese liegt aber unter 400 Euro im Monat.

Deshalb brauchen Frauen eine bessere Alterssicherung, als es bisher der Fall ist. Deshalb müssen wir ihnen deutlich machen, dass das, was wir mit dem Einstieg in die eigenständige Alterssicherung der Frau – Stichwort Riester-Rente – begonnen haben, von ihnen auch in Anspruch genommen werden sollte. Aber leider ist in den Köpfen noch zu wenig verankert, dass sie selbst etwas für sich tun müssen und dass sie dies auch tun können. Wir haben es möglich gemacht, dass gerade auch nicht erwerbstätige Ehefrauen in erheblicher Weise von der so genannten Riester-Rente profitieren können.

Die ASF ist immer dafür eingetreten, den kapitalgedeckten Eigenanteil obligatorisch zu machen, damit sichergestellt ist, dass diejenigen mit einem unteren oder gar keinem Einkommen in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. So viel Mut zur Veränderung hatte aber auch die Antragskommission nicht. Dennoch muss ich sie loben, dass es einen großen Mut zur Veränderung des Antragstextes gab, denn in der Fassung war von Geschlechtergerechtigkeit an keiner Stelle die Rede.

Wenn wir hier schon von Perspektiven reden, dann muss Geschlechtergerechtigkeit der Maßstab sein. Diese ist in allen Punkten zu wenig untersucht. Jede Kürzung trifft Frauen mehr als Männer. Ich hoffe sehr, dass wir mit dem Leitantrag 2, in dem festgehalten ist, dass der Maßstab für den Mut zur Veränderung auch der Mut zur Geschlechtergerechtigkeit ist, bewirken, dass dies endlich zum Maßstab in der ganzen Partei wird, nicht erst durch Korrekturen in der Antragskommission, sondern endlich von Anfang an im Bewusstsein dieser Partei verankert wird. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön, Karin. Das Wort hat Harald Schartau. Ihm folgt Rainer Schmitt.

Harald Schartau, Nordrhein-Westfalen: Liebe Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte etwas zum Thema Krankengeld sagen. Meine Erfahrung aus den letzten Wochen und Monaten ist, dass diejenige Reform am besten ist, die allgemein gehalten ist und nicht im eigenen Garten stattfindet. Das sind die besten Reformen. In diesem Punkt sind wir alle einig in einer entschlossenen Reformbereitschaft bis zum Gehnichts mehr. Kommt die Reform dann aber auf den Tisch, ist sie zu groß oder zu klein oder zu dick oder zu dünn.

Wir wollen uns alle nichts vormachen: Das Thema Krankengeld ist der sensibelste Punkt. In weiten Kreisen der Bevölkerung besteht Unsicherheit hinsichtlich dieses Themas. Wer es sich mit diesem Thema leicht tut, nimmt die Mahnungen, die Demonstrationen nicht wahr, die zu diesem Thema stattgefunden haben.

Kein Problem haben wir damit zu sagen: Den Ärzten muss es anständig an den Kragen gehen. Wir haben kein Problem damit zu sagen: Mit den Apotheken geht das so nicht weiter, da muss es Wettbewerb geben. Wir haben überhaupt kein Problem damit, der pharmazeutischen Industrie eins anständig auf den Deckel zu geben. Wir fragen vehement: Müssen wir 360-mal die Verwaltung der Krankenkassen bezahlen, geht das nicht günstiger?

So weit, so gut – alles in Nachbars Garten. Ist die Sozialdemokratische Partei in der Lage, unter dem Gesichtspunkt einer dauerhaften Sicherung des Krankenversicherungswesens das Leistungspaket auf den Tisch zu legen und gegebenenfalls ganz am Schluss eine Entscheidung zu treffen, mit der man nicht nur nach außen auftreten kann, um zu zeigen, wem alles man es gegeben hat, sondern mit der man auch in den eigenen Reihen argumentieren kann: Das ist uns verdammt nicht leicht gefallen,

aber wir waren der Auffassung, dass wir auch beweisen können, dass wir den Leistungskatalog auf den Prüfstand stellen, dass wir abwägen, ob das mit der privaten Unfallversicherung richtig war, ob das mit dem Zahnersatz richtig war, ob man an das Krankengeld herangeht?

Wenn wir eine Entscheidung getroffen haben, wie es gehen soll, darf es nicht so sein, dass der Ältere zu einer privaten Versicherung gehen und ein Heidengeld für die Krankenversicherung auf den Tisch legen muss, während der Jüngere Glück hat. Alles muss vielmehr im Rahmen der gesetzlichen solidarischen Krankenversicherung geschehen.

Wer das auf ein systematisches ideologisches Modell reduzieren will, dass die Parität aufgegeben wird, will sich den Rücken freihalten für eine edle Position in der Öffentlichkeit. Meine Auffassung ist, wir machen es uns nicht leicht, wir können keine großen Erfolge verkünden, aber wir demonstrieren, dass wir gegen uns selbst Entscheidungen treffen können, weil uns dies im Interesse der Langfristigkeit der Krankenversicherung wichtig ist.

Abschließend: Ich habe nie diejenigen Betriebsratskollegen bewundert, die sich dafür eingesetzt haben, dass Erschwerniszulagen erhalten blieben, sondern ich habe immer diejenigen bewundert, die den Kollegen auch gesagt haben: Wir schaffen diese Zulagen ab, auch wenn ihr dann weniger Geld habt, weil wir wollen, dass die Gesundheit erhalten bleibt.

Ich habe mich nie über diejenigen Betriebsratskollegen gefreut, die auf Konferenzen Gesetze gegen Überstunden verlangt, aber im Betrieb den Überstunden zugestimmt haben. Ich habe vielmehr diejenigen bewundert, die aufgrund von grundsätzlichen und weitreichenden Überlegungen in der Lage waren, sich umzudrehen und auch den Bereichen zu sagen, dass schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen und dass man in diesem Punkt auch Pol halten muss.

Wer bei der Frage der Krankenversicherung meint, wir könnten allen sagen, wo es lang geht, nur in den eigenen Reihen könnten wir alles so lassen, wie es ist, hat, wie ich glaube, die Tiefe und die Langfristigkeit solcher Entscheidungen noch nicht nachvollzogen.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön, Harald. Das Wort hat Rainer Schmitt, ihm folgt Olaf Scholz.

Rainer Schmitt, Baden-Württemberg: Genossinnen und Genossen! Als ich zum ersten Mal das mit dem Krankengeld gehört habe, empfand ich das als eine Kröte, die mir im Hals stecken geblieben ist. Ich nehme an, vielen von euch geht es genauso. Das ist eine Kröte, die schwer zu schlucken ist. Als ich nachgeguckt habe – ich habe mir sehr viel Mühe gegeben, das könnt ihr mir glauben, was die Alternativen wären

und was die anderen vorschlugen, nämlich die Herausnahme der Zahnbehandlung und des Zahnersatzes oder die private Versicherung von Unfällen oder Risikosportarten – was überhaupt nicht abgrenzbar ist, weil jeder Sportunfall als häuslicher Unfall deklariert würde, dann war mir klar, dass beim Krankengeld die Kröte geschluckt werden muss. Denn das trägt zum Erhalt eines solidarisch finanzierten Gesundheitssystems bei.

Ich darf aus meiner eigenen Familie ein tragisches Beispiel nennen. Daran wird deutlich, dass wir weiterhin um ein finanzierbares Gesundheitssystem kämpfen müssen. Als ich im letzten Jahr als Bundestagskandidat in Baden-Württemberg Wahlkampf machte – relativ hoffnungslos, ist unser zweieinhalbjähriger Sohn an Leukämie erkrankt. Inzwischen ist er auf dem Weg der vollständigen Genesung. Das ist er deshalb, weil wir in Deutschland die größten Heilungschancen und die höchsten Heilungsraten bei kindlicher Leukämie haben. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass wir Ärzte haben, die ihre Arbeit tun. Ich bin selber Arzt. Ich kann nur sagen: Wir haben in Deutschland ein effizientes und gutes Gesundheitssystem, wenn auch nicht in allen Bereichen.

Drittens konnte er behandelt werden, weil wir ein solidarisches Gesundheitssystem haben, das zehn Monate lang täglich 600 Euro für ihn gezahlt hat. Das geht nur durch Solidarität. Dafür müssen wir weiter kämpfen. Dafür müssen wir Kröten schlucken, auch wenn es bittere Pillen sind. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort hat Olaf Scholz. Ihm folgt Volker Strehl.

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Zu der Bedeutung von Sozialversicherungsbeiträgen und ihrer Belastung ist viel gesagt worden. Ich will das nicht wortreich ergänzen, sondern nur eines dazu sagen. Wenn die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer 1970 26 Prozent betragen haben, 1982 32 Prozent und jetzt fast 43 Prozent ausmachen, dann hat das etwas mit den Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Es gibt keine volkswirtschaftliche Theorie, die diesen Effekt wegleugnet. Deshalb müssen wir etwas dafür tun, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht weiter steigen, sondern sinken. Darum geht es bei der Diskussion um die Krankenversicherung.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Entscheidung, die wir zu treffen haben, gibt es viele Konfliktpartner, die sich noch gar nicht richtig zu Wort gemeldet haben. Wir haben Konflikte mit der Pharmaindustrie vor uns. Denn wir müssen das Beitragsgeld vernünftig ausgeben. Es kann nicht angehen, dass wir hier für Medikamente, die von der gleichen Firma in Deutschland hergestellt werden, ein Vielfaches des Preises hinter der Grenze bezahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben Konflikte mit dem Handel, der als Großhandel organisiert ist und besondere Margen hat. Wir haben Konflikte mit den Apotheken vor uns, die ebenfalls besondere Bedingungen vorfinden, die ihnen heute einfachere Gewinnermittlungssituationen möglich machen als anderswo auf der Welt.

Wir haben viele, viele weitere Konflikte zu führen, weil wir gesagt haben: Die Strukturen im Gesundheitswesen müssen verändert werden, um ein sparsames Wirtschaften möglich zu machen. Dazu zählen etwa auch die Konflikte mit den Ärzten, wenn wir eine Veränderung bei der Kassenärztlichen Vereinigung und bei den kassenärztlichen Strukturen zustande bringen wollen. Eine solche Veränderung ist nicht leicht. Viele hier im Raum sind Abgeordnete. Ihnen wird es passieren, dass überall dort, wo bisher nicht ordentlich beraten oder die falschen oder unwirksamen Medikamente verschrieben worden sind, die Leute zu ihnen geschickt werden, weil sie, die Abgeordneten, angeblich schuld seien, dass das nicht mehr ordentlich funktioniert.

Alle diese Konflikte gehören zur Gesundheitsreform dazu. Wenn wir die gewinnen wollen, müssen wir in allen Punkten glaubwürdig sein. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Entscheidungen bei Fragen, wo wir uns einig sind – bezüglich der Pharmaindustrie, des Handels, der Ärzte und der Apotheken – nicht durchhalten können, wenn wir nicht bereit sind, an eine Stelle zu zeigen: Wir sind zu einem Schritt bereit, der unsere eigenen Leute schmerzt, diejenigen, die uns wählen, denen wir das aber erläutern können. Das ist wichtig. Deshalb gehört die Entscheidung über das Krankengeld zu den anderen Entscheidungen dazu. Es kann nicht separat beschlossen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen Zusammenhang zwischen dem, was wir hier beschließen, und dem Perspektivantrag. Lasst mich darauf zum Schluss noch hinweisen. Wir haben gesagt, wir wollen langfristig darüber diskutieren: Wie ist das Verhältnis zwischen Steuerfinanzierung und Beitragsfinanzierung in den Systemen der sozialen Sicherung? Weitere Fragen sind gestellt. Die können wir nicht über Nacht und auch nicht jetzt auf diesem Parteitag beantworten. Das müssen wir sorgfältig miteinander diskutieren und erwägen. Aber diese Debatte, zu der wir uns durchgerungen haben und die in dem Antrag, den wir noch beschließen wollen, steht, macht nur Sinn, wenn wir den Schritt vollziehen, den wir heute zu gehen haben. Deshalb gehört der Beschluss über die Agenda genauso zu den Notwendigkeiten des heutigen Parteitages wie der Perspektivantrag und wie die dort beschriebenen und diskutierten Forderungen zur Zukunft der Systeme der sozialen Sicherung. Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Das Wort hat Volker Strehl. Ihm folgt Franz Müntefering.

Volker Strehl, Nordrhein-Westfalen: Ich will es ganz kurz machen. Natürlich ist es richtig, dass es darum gehen muss, die Lohnnebenkosten zu senken, für die Arbeit-

geber wie auch für die Arbeitnehmer. Es ist auch richtig, dass man langsam darüber nachdenken sollte, ob es korrekt ist, dass Unternehmen, Handwerker, die viele Leute beschäftigen, genauso viel oder mehr in die Sozialversicherungssysteme bezahlen wie Unternehmer, die ein oder zwei Berater bei sich haben, aber viermal so viel verdienen. Auch das hat mit der Reform etwas zu tun.

Zweiter Punkt. Natürlich ist auch richtig, dass die Kostensteigerungen gerade im Gesundheitswesen angegangen werden. Ich bin froh, dass es in der Diskussion um die Agenda endlich zu konkreten Vorschlägen gekommen ist. Harald Scharfau, du hast vorhin bemängelt, dass alle zwei Wochen neue Vorschläge in die Landschaft gesetzt worden sind, das ist ein Bereich, wo wir zwei, drei Jahre lang erleben, dass neue Vorschläge gemacht worden sind. Ich bin froh, dass endlich die Positivliste für Arzneimittel drin steht. Denn der Fehlbetrag belief sich im letzten Jahr auf 3 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon war die Kostensteigerung bei den Arzneimitteln. So viel zu den Gärten, in die man schauen sollte, wo man etwas zu tun hat.

Dann gibt es noch einen anderen Garten, über den wir auch reden müssen. Denn es wird immer nur so getan, als wollten wir etwas abwenden. Ich bin schon der Meinung, dass die Arbeitnehmer, was die Sozialversicherungssysteme angeht, ihren Beitrag geleistet haben. Aber jetzt zitiere ich einen Satz aus dem Leittrag 2. Ich mache eine Anleihe für die Diskussion. Da steht unter Punkt 7:

„Der Kampf gegen Steuerhinterziehung muss noch verstärkt werden. Wenn das geltende Steuerrecht konsequent vollzogen würde, brauchte man nicht mehr nach alternativen Finanzierungsquellen zu suchen.“

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir das nachher ernsthaft beschließen, führt das einen ganzen Teil die Diskussion, die wir hier führen, ad absurdum. In der Diskussion wird immer vorgeworfen, dass diejenigen, die sich hier kritisch äußern, keine Änderungen wollten, dass sie Blockierer wären. Ich sehe, dass es in der Bundesrepublik noch ganz andere Gärten gibt, in die man hineingehen sollte, weil dort noch überhaupt nichts gebracht worden ist.

In dem Initiativantrag geht es darum, den Faktor Arbeit, die Lohnnebenkosten zu entlasten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Gesundheitskosten von vielen Schultern getragen werden und nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Lande aufgebürdet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Danke schön. – Das Wort hat Franz Müntefering. Ihm folgt für die Antragskommission Ulla Schmidt.

Franz Müntefering, Vorsitzender der Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen, Uli Maurer hat zu Beginn gesagt, es könnte vielleicht sein, wir machen das jetzt mit dem Krankengeld und anschließend halten uns CDU und CSU im Bun-

desrat auf. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann euch sagen: Was immer wir machen, ob wir dieses oder jenes machen, wir werden im Bundesrat in diesem Jahr erleben, dass CDU und CSU einmal versuchen, links an uns vorbeizugehen, und ein anderes Mal rechts an uns vorbeizugehen, wenn wir nicht mit einer eigenen sozialdemokratischen Position hineingehen. Wenn wir Gesetze und Vorschläge machen, die alle unter der Überlegung stehen: Können die uns noch aufholen?, dann können wir faktisch nichts machen. Wir müssen schon den Mut haben, zu unserer eigenen sozialdemokratischen Positionierung zu stehen.

(Beifall)

Gucken wir uns an, was die anderen wollen. Wenn man die Unfälle herausnähme, wären das 11 Milliarden Euro, nicht 7 wie beim Krankengeld. Wenn man den Bereich Zahn herausnähme, wären das 12 bis 13 Milliarden Euro, nicht 7, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn man mit dem Selbstbehalt anfängt, wird es noch mehr.

Es möge doch keiner glauben, die anderen meinten es ehrlich. Die wollen uns da vorführen; das ist richtig. Die Frage ist, ob wir das richtig durchargumentieren können.

Ich habe vorhin im Bericht der Antragskommission schon einmal gesagt: Wir treffen eine klare Entscheidung. Aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung wird das herausgenommen, was nicht als medizinische Sachleistung angesehen werden kann. Alles das kommt heraus. Ein Teil davon entfällt – Sterbegeld; ein Teil davon wird über Steuern gezahlt – alles, was mit Schwangerschaft oder Mutterschaft zu tun hat – und ein dritter Teil wird über die Arbeitnehmer gezahlt. Das ist die Lösung.

Deshalb, Uli, stimmt auch Dein Hinweis nicht, dass das nur 0,4 Prozent seien und dass das demzufolge in Bezug auf die Lohnnebenkosten nichts bedeuten würde. Wenn wir alles das, was im Gesundheitsreformgesetz enthalten ist, umsetzen – das Sparen im Rahmen der Struktur, das Herausnehmen der versicherungsfremden, der nicht medizinischen Leistungen und die Regelungen hinsichtlich des Krankengeldes, bringt das eine deutliche Entlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und es bedeutet eine Senkung der Lohnnebenkosten für die Arbeitgeberseite.

Es ist argumentiert worden, das Krankengeld sei sozusagen das Originäre. Das ist richtig; Bismarck hat das damals mit dem Krankengeld begonnen. Damals gab es allerdings noch keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Sozialdemokraten haben ihren Teil dazu beigetragen, dass es das gibt. Genossinnen und Genossen, führt Euch doch bitte noch einmal vor Augen: Die Arbeitgeber zahlen in jedem Jahr etwa 26 bis 27 Milliarden für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; für das Krankengeld fallen Kosten in Höhe von etwa 7 Milliarden an. Das heißt, wenn wir unsere Änderungen durchführen, wird es so sein, dass die Arbeitgeber 26 bis 27 Milliarden für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zahlen und dass etwa 7 Milliarden zulas-

ten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen. Dieses Thema ist leider für Stimmungsmache missbraucht worden.

Ich kann mich an große Worte von wichtigen Leuten erinnern, die gesagt haben: Wollt Ihr etwa den Kranken das Krankengeld vorenthalten? Muss man für den Fall, dass man lange Zeit krank wird, sparen, sodass die anderen dabei die Klugen sind? – So ist das ja nicht. Ich weiß nicht, ob das allen schon bewusst ist. Das, was wir hier vorschlagen, bedeutet, dass das Krankengeld in der solidarischen Linie der Krankenversicherung bleibt. Es wird niemand allein gelassen; vielmehr zahlen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein und alle diejenigen, die dieses bestimmte Risiko trifft, sind dann hinterher auch die Begünstigten. Es wird nicht privatisiert; es wird an dieser Stelle nichts ausgemustert. Vielmehr geht es darum, dass es im bestehenden System der gesetzlichen Krankenversicherung einen bestimmten Bereich geben wird – das ist das Krankengeld, der – das muss man so offen sagen – von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gezahlt wird.

Schließlich möchte ich noch Folgendes sagen: Das, was mit dem Initiativantrag hier versucht wird, ist ein alter Trick, der auf Parteitag erlaubt ist. Aber man kann ihn doch einmal aufdecken. Denn in diesem Initiativantrag steht ja, wir sollten prüfen, ob denn nicht das gesamte Gesundheitssystem anderen Bedingungen gehorchen sollte. Das würde bedeuten, dass etwa andere Einkommensgruppen mit einbezogen werden müssten oder dass man auch die Basis insgesamt verbreitern müsste. Dazu verweise ich auf den Antrag 2, den wir gleich noch alle miteinander beschließen werden, und zwar dort auf Seite 9, Punkt 10. Da wird die Aufgabe für die entsprechende Arbeitsgruppe für den Bundesparteitag im November formuliert. Dazu gehört auch die Frage, wie die Finanzierung von Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung langfristig gesichert werden kann, in welchem Maß das über Steuern und Beiträge geschehen kann und welche Einkommen und Personengruppen in die sozialen Versicherungssysteme einzubeziehen sind. Genau das haben wir als Vorbereitung auf den Bundesparteitag vorgeschlagen. Das hat aber, liebe Genossinnen und Genossen, nichts mit der Frage zu tun, ob es sinnvoll oder zumutbar sein könnte, im Bereich des Krankengeldes so zu entscheiden, wie wir es tun.

Nun kommt es darauf an. Liebe Genossinnen und Genossen, seid Euch bewusst – ich sage das, falls noch jemand draußen beim Kaffeetrinken sein sollte; kommt herein: Wir werden jetzt jede Stimme brauchen. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Peer Steinbrück: Schönen Dank. – Das Wort hat Ulla Schmidt.

Ulla Schmidt, Antragskommission: Genossinnen und Genossen! Ich kann mich dem voll anschließen, was Franz Müntefering hier gesagt hat, und bitte Euch, auch im Namen der Antragskommission, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Der Franz hat deutlich gemacht, dass das, was hier im Bereich Gesundheit vorgelegt

wird, ein in sich geschlossenes Konzept ist, ein Konzept, mit dem die Strukturen im Gesundheitswesen so organisiert werden können, dass jeder Euro effizient und effektiv im Sinne der Patientinnen und Patienten ausgegeben wird, ein Konzept, in dem eben auch sehr genau ordnungspolitisch sortiert wird, was zum medizinisch Notwendigen gehört – das muss durch die Krankenkassen paritätisch finanziert und organisiert werden, was, weil es gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgaben sind, über Steuern finanziert werden muss, was gestrichen werden kann und was die Versicherten allein finanzieren sollen.

Dazu sage ich Euch nur noch eines: Die entscheidende Frage, die sozialdemokratische Frage, ist nicht, wer die Versicherung des Krankengeldes finanziert, sondern die entscheidende Frage, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beantworten müssen, ist, ob dieses Krankengeld solidarisch abgesichert wird und ob dieses Krankengeld unabhängig vom individuellen Risiko und entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abgesichert bleibt. Das ist mit dem vorliegenden Antrag auch gewährleistet.

Es gibt auch eine zweite bedeutende Frage bei dem, was wir heute diskutieren; das hat der Genosse Schmitt aus Baden-Württemberg noch einmal deutlich gemacht. Wenn es wirklich eine historische sozialdemokratische Aufgabe gibt – wir sind die Einzigen, die diese lösen können, dann ist es die, auch in Zukunft und unter verschärften ökonomischen Bedingungen sicherzustellen, dass jeder Einzelne, Frau oder Mann und auch deren Kinder, unabhängig vom Geldbeutel und unabhängig vom Alter den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen, und zwar auf der Höhe des medizinischen Fortschritts, hat.

(Beifall)

Das ist die Aufgabe, die wir in Zukunft zu lösen haben, Genossinnen und Genossen, und keine andere. Die ist schwierig genug. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag, wie er heute vorliegt.

(Beifall)

Vorsitzender Kurt Beck: Vielen Dank, Ulla. – Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zu der Entscheidung über die Anträge G1 bis G37 und über den Initiativantrag 12. Das Parteitagspräsidium ist noch einmal gefragt worden, ob wir nicht über den Initiativantrag 12 gesondert abstimmen könnten. Wir haben dies natürlich noch einmal geprüft. Dies geht nicht, Genossinnen und Genossen. Der Antrag ist ausdrücklich alternativ zu der Regelung der Antragskommission, die auf Seite 36 unter dem letzten Punkt, vor dem neuen Absatz, steht. Ich bitte also zu akzeptieren: Dabei geht es um eine Alternative und dann muss sie auch entsprechend behandelt werden.

Bei Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission wären die Anträge G1, G3, G5 bis G17, G19 und G20, G23 bis G29, G33 und G34 sowie der Initiativantrag 12 erledigt.

Ich bitte diejenigen, die den Antrag in der Fassung der Antragskommission, mit den gemachten Hinweisen auf Erledigung, zustimmen möchten, um ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das Erste war sehr deutlich die Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

Stimmenthaltungen? – Einige Stimmenthaltungen sehe ich. Liebe Genossinnen und Genossen, damit ist der Antragskommission mit deutlicher Mehrheit gefolgt.

(Beifall)

Ich rufe nun den Antrag G2 auf. Er soll als Material an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Gibt es Widerspruch? – Enthält sich jemand? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Antrag G4. Er soll genauso behandelt werden. Widerspruch? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Antrag G18. Gleiche Empfehlung. Widerspruch? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Antrag G21. Auch hier ist die gleiche Empfehlung ausgesprochen worden. Gibt es Widerspruch? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Antrag G22. Ebenfalls wird Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion empfohlen. Widerspruch? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Antrag G30. Auch hier gilt die gleiche Empfehlung. Widerspruch? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Antrag G31. Auch hier gilt diese Empfehlung. Widerspruch? – Enthaltungen? – Dies ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

Antrag G32. Er ist durch Regelungen im SGB VI erledigt. Der Renteneintritt ist bereits heute für langjährig Versicherte mit 22 Jahren möglich; ein späterer Renteneintritt ist heute unbegrenzt möglich.

Erhebt sich gegen den Erledigungsvermerk Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Bezüglich des Antrags G 35 ist Ablehnung empfohlen. Möchte jemand gegen diese Empfehlung stimmen? – Enthält sich jemand? – Dann ist es bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Für den Antrag G 36 ist Ablehnung empfohlen. Möchte jemand dagegen stimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Dann ist es so beschlossen.

Für den Antrag G 37 lautet die Empfehlung Ablehnung. Gibt es gegen dieses Votum Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Dann ist es so beschlossen.

Damit kommen wir zum Initiativantrag 12. Er soll durch die Annahme des Leitantrages in der Fassung der Antragskommission für erledigt erklärt werden. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall.

Damit ist dieser Antragsblock abgearbeitet. Ich bedanke mich und gebe für die Beratung der übrigen Anträge an Peer Steinbrück ab.

Schlussabstimmung Leitantrag „Mut zur Veränderung“

Vorsitzender Peer Steinbrück: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf die Antragsberatung fortführen.

Wir kommen nun zum Leitantrag „Mut zur Veränderung“ in seiner Gänze, also so, wie er auf den Seiten 2 bis 39 unter Berücksichtigung der Beschlusslage hinsichtlich der verschiedenen Kapitel bisher Gegenstand unserer Beratungen gewesen ist. Die Antragskommission sieht mit einer Annahme der Kapitel A bis G folgende übergreifende Anträge als erledigt an: I 3, I 4, I 6 bis I 8, I 12 bis I 18, I 20 bis I 23, I 26, I 28 bis I 30 zweiter Teil, I 31, I 32, I 36, I 38 bis I 41, I 43, I 45, I 46, I 48 bis I 58, I 61 und I 65. Diese Anträge sollen mit der Annahme des gesamten Leitantrages in der Fassung der Antragskommission als erledigt angesehen werden. Ich darf euch daher bitten, unter Berücksichtigung der Empfehlungen die von mir aufgezählten Anträge im Rahmen der Schlussabstimmung dieses Leitantrages als erledigt anzusehen. Ich frage daher, ob ihr dem Leitantrag „Mut zur Veränderung“ in Gänze zustimmt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die sehr deutliche Mehrheit. Ich bedanke mich bei euch.

(Anhaltender Beifall)

Aus der Sicht des Präsidiums ist es eine Zustimmung von rund 90 Prozent gewesen. Ich glaube, die Partei hat Mut gezeigt. Sie wird dadurch Vertrauen in unsere Arbeit zurückgewinnen. Vielen Dank.

(Beifall)

Ich muss euch leider noch ein bisschen hier behalten; denn es gibt noch Anträge, die behandelt werden sollen.

Ich will zunächst eine Reihe von Anträgen aufrufen, die insgesamt – das ist eine Erleichterung – an die Arbeitsgruppe „Wege zu einem neuen Fortschritt“ überwiesen werden sollen. Das sind die Anträge I 1, I 2, I 5, I 9 A, I 9 B, I 10, I 11, I 19, I 27, I 30, I 33, I 34, I 35, I 37, I 42, I 47, I 59 und I 60. Ich möchte euch fragen, ob diese Anträge an die Arbeitsgruppe „Wege zu einem neuen Fortschritt“ überwiesen werden sollen. – Gibt es Einwendungen? – Das kann ich nicht erkennen.

Aufzurufen sind noch die Anträge I 24 und I 25. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Ist jemand mit diesem Vorschlag der Antragskommission nicht einverstanden? – Gibt es dazu Enthaltungen? – Dann darf ich feststellen, dass ihr mit der Ablehnung dieser beiden Anträge I 24 und I 25 einverstanden seid.

Leitantrag 2 „Wege zu einem neuen Fortschritt“

Wir fahren in den Beratungen fort. Ich rufe den Leitantrag 2 des Parteivorstandes, einschließlich der beiden Initiativanträge I 13 und I 14, auf. Dazu gibt es Wort-

meldungen unter anderem von Peter Friedrich, Florian Pronold, Heiko Maas, Eckart Kuhlwein und Hubertus Heil. Zuerst also Peter Friedrich und dann Florian Pronold.

Peter Friedrich, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zu einem konkreten Punkt gemeldet. Es geht in dem Initiativantrag I 14 darum, den Arbeitsauftrag dieser Arbeitsgruppe etwas weiter und konkreter zu fassen, als es momentan in dem Leitantrag der Fall ist.

Der Antrag sieht vor, Wege zu neuem Fortschritt zu diskutieren, also wie wir Innovation, Nachhaltigkeit und Wachstum perspektivisch realisieren können. Der Änderungsantrag, den wir vorschlagen, beinhaltet, dass wir uns nicht nur mit der privaten wirtschaftlichen Seite beschäftigen, sondern uns auch überlegen, wie wir unsere öffentlichen Institutionen effizienter und wachstumsgerechter gestalten können, so dass wir auch in dem Bereich der öffentlichen Verwaltung innovationsfähiger werden.

Es geht darum, dass wir das Thema Staatsmodernisierung als einen Reformschritt begreifen, den wir machen müssen, um zu mehr Wachstum zu kommen. Wir erleben momentan einen Reformstau, der nicht nur damit zu tun hat, wie die Interessengruppen zueinander stehen, sondern der auch in unserem System, also dem Föderalismus, mit all seinen Verflechtungen impliziert ist. Dadurch ergeben sich viele Brüche und viele Bremsen in den Reformprozessen.

Deswegen ist es aus Sicht des Landesverbandes Baden-Württemberg unerlässlich, auch darüber zu diskutieren, wie wir zu einer besseren Aufgabenabgrenzung der Ebenen und zu einer besseren und klareren Finanzierungsstruktur der öffentlichen Verwaltung kommen können, damit wir nicht mehr den Effekt haben: Alle reden mit, aber keiner tut etwas, damit es nach vorne geht.

Ich bitte euch, diesen Punkt aufzunehmen. Ich denke, das Thema ist in dieser Gruppe gut aufgehoben. Es geht nicht darum, das Staatssystem neu zu entwerfen. Es geht vielmehr darum, zu überlegen, wie wir unsere Entscheidungswege effektiver machen können, damit unser Land insgesamt innovationsfähiger wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir erleben häufig, dass das Nichtfunktionieren eines staatlichen Systems den Regierungsparteien angelastet wird. Wenn wir als Regierungspartei dieses Land nach vorne bringen wollen und wenn wir wieder Zustimmung für unsere Politik bekommen wollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass das Regierungssystem in der Lage ist, die Innovationen, die wir durchführen wollen, umzusetzen. Vielen Dank.

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Darf ich eine Bitte an die Damen und Herren Journalisten äußern? Die Delegierten möchten gerne ihren Parteivorsitzen-

den und Bundeskanzler sehen und nicht nur den Rücken der Journalisten. Seien Sie also so lieb und gehen Sie ein bisschen in die Knie. – Ich gebe das Wort Florian Pronold.

Florian Pronold, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, dass mit dem Perspektivantrag ein wichtiger Schritt auch über die Agenda 2010 hinaus gemacht worden ist. Es ist heute von Franz Müntefering gesagt worden: Wir müssen mit einer sozialdemokratischen Position in die Auseinandersetzung im Bundesrat gehen. Ich halte das für richtig.

Ein Gewinnerthema für die Sozialdemokratie ist es, dass auch die Reichen und die Vermögenden in dieser Gesellschaft ihren Beitrag leisten müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn die Vermögensteuer weiterhin erhoben worden wäre, hätten die Länder zum heutigen Zeitpunkt Mehreinnahmen in Höhe von 25 Milliarden Euro.

Wenn es so ist, wie es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Bezug auf einen Freibetrag von 500 000 Euro unter Freistellung des selbst genutzten Wohneigentums vorgeschlagen hat, dann zahlen die oberen 10 Prozent bei einer verfassungskonformen Auslegung der Vermögensteuer zwischen 8 und 16 Milliarden Euro jedes Jahr in die Länderhaushalte für mehr Forschung und für mehr Bildung. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer ist etwas, was auf 66 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung und auf 88 Prozent Zustimmung in unserer Partei stößt.

Ich glaube, dass wir mit diesem sozialdemokratischen Projekt als Gewinnerthema in die Öffentlichkeit gehen müssen, auch in den Bundesrat. Wir müssen die anderen damit jagen. Herr Koch ist doch ein Lügner. Sein Haushalt war nur deswegen verfassungskonform, weil er die Einnahmen durch das Steuervergünstigungsabbaugesetz in Gänze eingestellt hat. Anschließend hat er selbst blockiert. Wir müssen die Konservativen an dieser Stelle jagen. Wir müssen deutlich machen, dass es mehr Gerechtigkeit geben kann, und zwar dadurch, dass auch „die fetten Hammel geschoren werden“. So hat es Georg Kronawitter einmal ausgedrückt. Ich bitte euch, den Initiativantrag 25 zu unterstützen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Als Nächster hat Heiko Maas das Wort.

Heiko Maas, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte etwas zu dem Initiativantrag 13 sagen. In diesem Initiativantrag geht es um die Wiedereinführung bzw. um die Weiterentwicklung der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer. Die Antragskommission hat mittlerweile eine neue Fassung vorgelegt, über die wir nicht mehr streitig abzustimmen brauchen. Die entsprechenden vorliegenden Anträge sind nämlich inhaltlich identisch. Sie verändern den Entwurf, der mit dem Leitantrag 2 vorgelegt wurde, in der Weise, dass die Besteuerung großer Ver-

mögen nicht mehr auf den Erbfall beschränkt wird, sondern dass auch eine direkte Vermögensbesteuerung möglich sein soll. Damit wird die Tür für die Wiedereinführung der Vermögensteuer geöffnet. Beide Anträge sind an dieser Stelle identisch. Ich bitte euch, dem Votum der Antragskommission in diesem Sinne zu folgen.

Ich will mich auf zwei Argumente beschränken.

Heute war auf diesem Parteitag viel von Mut zu Rede. Man mag über die einzelnen Vorschläge in der Agenda 2010 denken, wie man will: Es ist sicherlich mutig, die Reform des Sozialstaates anzugehen. Ich würde mir allerdings wünschen, dass unsere Partei ihren Mut nicht nur darauf beschränkt, den Sozialstaat zu reformieren. Wir sollten unseren Mut vielmehr darauf verwenden, von den Wohlhabenden, von den Besserverdienenden und von den Reichen dieser Gesellschaft einen Beitrag zu diesen Reformen zu verlangen.

(Vereinzelt Beifall)

Das können sie sich leisten. Auch sie haben eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, die es einzufordern gilt.

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer ist in der Sache zu rechtfertigen. Man wird feststellen, dass wir bei der Besteuerung von Eigentum und Vermögen im internationalen Vergleich ganz weit hinten liegen. Bei uns sind es etwa 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In den USA sind es zum Beispiel 3,1 Prozent.

Aber es gibt noch einen weiteren Hinweis darauf, dass wir uns mit dem Thema Vermögensteuer weiterhin beschäftigen müssen. Vor 25 Jahren war der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen etwa 30 Prozent. Gleichzeitig waren die Steuern auf Gewinne und Vermögen ebenfalls mit 30 Prozent beteiligt am Gesamtsteueraufkommen. Heutzutage macht die Lohnsteuer 35 Prozent am Gesamtsteueraufkommen aus, Tendenz steigend. Auf der anderen Seite sind die Steuern auf Gewinne und Vermögen auf 15 Prozent gesunken. Liebe Genossinnen und Genossen, das heißt nichts anderes, als dass in einem immer stärkeren Maße die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Erwerbsarbeit unser Steueraufkommen finanzieren, während die Steuern auf Vermögen und auf Gewinne immer weiter zurückgehen. Ich halte das nicht nur für ungerecht, sondern vor allen Dingen auch für leistungsfeindlich. Auch das ist ein Grund, warum wir die Besteuerung von Vermögen und von hohen Gewinnen wieder auf die Agenda setzen müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

An dieser Stelle wird immer behauptet, diese Pläne seien konjunkturfeindlich. Wir alle wissen, dass es bei der Besteuerung hoher Vermögen insbesondere um Geld geht, das sowieso nicht in den Konjunkturkreislauf fließt; es liegt vielmehr auf der hohen Kante. Wenn wir diese Sache ernst nehmen und konsequenter diskutieren,

dass wir im Moment keine konjunkturwirksamen Steuererhöhungen durchführen dürfen, dann müssen wir zu dem Ergebnis kommen: Wir hätten die Tabaksteuer nicht erhöhen dürfen; denn das ist eine Verbrauchsteuer und wirkt sich dementsprechend auf die Konjunktur aus. In diesem Sinne bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Wenn das geschieht, hätte sich auch der Initiativantrag 13 erledigt. Schönen Dank.

Vorsitzende Heide Simonis: Das Wort hat jetzt Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Michael Müller.

Eckart Kuhlwein, Landesverband Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Angesichts des Abstimmungsergebnisses über den Leitantrag 1 liegt mir fast auf der Zunge, dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Mut zuzusprechen, in Zukunft mehr Vertrauen in die Partei zu haben und solche Parteitage bei schwierigen Operationen durchaus zu riskieren.

(Vereinzelt Beifall)

Die Sache geht ja gut, wenn man es richtig macht. Diverse haben sich in der Schlussphase von höheren Einsichten bewegen lassen.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu dem Punkt machen, den Heiko Maas bereits eben angesprochen hat. Ich möchte ihm nicht widersprechen. Ich habe allerdings überhaupt nicht verstanden, dass die Forderungen aus der Partei auf Wiedereinführung der Vermögensteuer und/oder einer grundlegenden Reform der Erbschaftsteuer in den letzten Jahren regelmäßig so abgebügelt worden sind, wie es geschehen ist. Das ging hin bis zu einem deutlichen „Basta!“, das Gerhard Schröder in einer Runde von Finanzministern einmal gesagt haben soll, als sich die Diskussion darum drehte, eine Bundestagsinitiative zu ergreifen. Man hat das Argument vorgebracht – auch Wolfgang Clement hat das getan, Steuerrückstellungen zu unterlassen, da es die Leute verunsichere.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich lasse mich nicht durch eine Diskussion über die Wiedereinführung der Vermögensteuer verunsichern. Ich glaube, das geht fast allen anderen im Saal genau so. Unser Investitionsverhalten, unser Konsumverhalten wird sich nicht wesentlich verändern, weder vor noch nach einer möglichen Wiedereinführung.

Ich lasse auch nicht davon ab, dass Gerechtigkeit nicht nur Teilhabe an Bildung und Arbeit bedeutet. Olaf Scholz, du hast dir vorhin etwas neumodische Autoren zu Eigen gemacht. Gerechtigkeit ist immer auch Teilhabe am Ergebnis einer Arbeit und an dem, was in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet wird.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ackermann von der Deutschen Bank musste sich gerade outen. Er hat zugegeben, dass er 6,5 Millionen Euro im Jahr kassiert. Eine Krankenschwester liegt bei höchstens 20 000 oder 25 000 Euro im Jahr. Solange wir solche Differenzen haben, ist es ein Gebot sozialdemokratischer Politik, für mehr Gerechtigkeit über Steuererhebungen zu sorgen.

(Vereinzelt Beifall)

Diesbezüglich bleibe ich Traditionalist. Entsprechende Initiativen aus dem Bundesrat sind bereits aus dem Verkehr gezogen worden. Als wir die Mehrheit im Bundesrat hatten, haben wir es nicht gemacht. Angesichts dessen darf man nicht sagen: Jetzt haben wir diese Mehrheit nicht mehr; nun machen wir es auch deswegen nicht, weil wir die Mehrheit nicht haben. Ab und zu muss man Flagge zeigen. Ich habe das auch beim Zuwanderungsgesetz getan. Franz Müntefering hat vorhin klargestellt, dass wir das machen werden, was wir als Sozialdemokraten wollen, und zwar unbeschadet dessen, was daraus im Bundesrat nachher wird. Wir müssen auch angesichts veränderter Bundesratsmehrheiten eine eigenständige Politik vertreten.

Die Antragskommission hat ganz klug gehandelt, indem sie in dem Beschluss für das neue Fortschrittspapier den Wortlaut dessen hineingeschrieben hat, was wir schon auf dem Parteitag in Nürnberg vor fast zwei Jahren beschlossen hatten. Dort hieß es:

„Im Übrigen ist sicherzustellen, dass ausgehend vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts große Einkommen und Vermögen in ausreichender Weise einen gerechten Beitrag für die Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft leisten.“

Das war damals ein Kompromiss. Mittlerweile sind eindreiviertel Jahre vergangen. Ich bitte die Bundesregierung und den Bundeskanzler, jetzt endlich Butter bei die Fische zu tun und das Ganze nicht weiter auf die lange Bank zu schieben.

(Vereinzelt Beifall)

Große Vermögen, große Einkommen müssen mehr für die Gesellschaft als bisher leisten, wenn unser ganzes System nicht zu Bruch gehen soll. Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Das Wort hat Michael Müller. Danach spricht Sigmar Gabriel.

Michael Müller, MdB und Landesverband Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich halte den Antrag vor allem deshalb für wichtig, weil es uns darum gehen muss, den Fortschrittsgedanken wieder mit der SPD zu verbinden. Sämtliche Diskussionen über den Umbau von Sozialsystemen ect., die wir vorhin geführt haben, werden nur zum Erfolg führen, wenn unser Bild von Fortschritt, von der Zukunft der Gesellschaft klar ist. Wir beziehen uns hiermit auf eine Konzeption, die von vornherein nicht mehr auf die alten Ideenwelt des Nationalstaates ausgerichtet

ist, sondern von Anfang an mit der Nachhaltigkeit eine Programmatik verfolgt, die vom Kern her auf die globalen Herausforderungen gerichtet ist.

Da es in der Tradition von Willy Brandt, Olof Palme und Gro Harlem Brundtland, also von führenden europäischen Sozialdemokraten, steht, müssen wir eine solche Idee auch bei uns mit Nachdruck vertreten und dürfen sie nicht anderen überlassen. Nachhaltigkeit ist eine sozialdemokratische Idee und das muss deutlicher werden.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist unser Fortschrittsmodell, liebe Genossinnen und Genossen.

Ein Kern der Frage für die Zukunft ist, ob wir den Erwerbsektor stabilisieren können. Wenn man die Historie betrachtet, kann man sagen: Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert, in dem die Arbeitnehmer ausgebeutet wurden. Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert, in dem die Beschäftigungsfrage zum Teil durch die Ausbeutung der Natur entschärft wurde. Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert, in dem immer mehr Arbeit durch Technik übernommen wird und gleichzeitig die Naturzerstörung voranschreitet. Wir müssen begreifen: Wir können den alten Wachstumsweg nicht mehr in der klassischen Form gehen. Wir brauchen Innovationen. Genau darüber wollen wir hier nachdenken.

Ich will das an einem Punkt verdeutlichen. In den letzten 30 Jahren ist die Produktivität in der Wirtschaft und beim Faktor Arbeit um etwa 260 Prozent gestiegen. Diese wahnsinnige Steigerung der Arbeitsproduktivität ist ein Kern unserer Arbeitslosigkeit, ohne dass es zu einer großen Ausweitung von Produkten und Märkten gekommen wäre. Gleichzeitig ist aber der Material- und Energieeinsatz in der Produktivität nur um etwa 50 Prozent gestiegen, obwohl er in gleichem Maße hätte steigen können. Deshalb heißt ein richtiges Modell: Wir wollen Kilowattstunden arbeitslos machen und nicht Menschen! Das macht nämlich das Dreifache in der Produktion aus.

(Vereinzelt Beifall)

Man muss sich die Kostenbelastungen anschauen. In der Wirtschaft beträgt die Kostenbelastung für den Materialdurchlauf etwa 70 Prozent. Die Arbeitskosten machen 23 Prozent aus. Wir diskutieren aber überhaupt nur über die 23 Prozent. Warum verwenden wir nicht unsere Kreativität auf etwas anderes und nicht nur auf die Zerstörung von Arbeit?

(Beifall)

Unser Antrag ist deshalb wichtig, weil er eine Perspektive aufzeigt, wie wir auf der einen Seite der globalen Aufgabe gerecht werden, die Umwelt zu entlasten, und gleichzeitig mehr Arbeit schaffen. Das muss unsere Tradition für einen neuen Fortschritt werden.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen: Sigmar Gabriel, Hans Eichel und Hubertus Heil. Dann müssen wir noch abstimmen und dann kommt das Schlusswort unseres Vorsitzenden. Denkt bitte daran: Einige wollen mit dem Flugzeug nach Hause und haben Familie, die auf sie wartet. Also haltet euch bitte an die Zeiten. Sigmar Gabriel hat das Wort.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute Vormittag den Arm kräftig genutzt, der die sozialen Sicherungssysteme stabilisieren soll. In diesem Antrag geht es um den zweiten Arm, den wir besitzen, nämlich um die Frage: Wie bekommen wir mehr Dynamik in Wachstum und Beschäftigung? Michael Müller hat dazu eben schon etwas gesagt.

Ich finde, dass der Vorschlag von Peter Friedrich und anderen, die fordern, dass wir ein Thema wie Entbürokratisierung ebenfalls aufnehmen, richtig ist. Wir haben viel Kraft in unserem Land. Meistens haben wir Schwierigkeiten, diese Kraft auch auf die Straße zu bekommen. Wenn ich mir überlege, dass wir manchmal für Ortsumgehungen von 8 Kilometern, für die das Geld bei Hans Eichel ist, zwölf Jahre Planungszeit brauchen, stelle ich fest, dass es eine Menge zu tun gibt, um vor Ort tatsächlich Arbeit zu schaffen. Deswegen glaube ich, dass es vernünftig ist, die Weiterentwicklung zum 16. November in Gang zu setzen.

Ich habe mich aber gemeldet, um noch einmal auf das Thema Vermögensteuer einzugehen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass es falsch ist, wenn man die Vermögensteuer nutzt, um symbolhaft das, was wir vorher bei der Agenda 2010 diskutiert haben, zu konterkarieren. Sie ist nicht das linke Symbol für die schwierigen Entscheidungen, die wir bei der Agenda 2010 nicht treffen mussten, sondern steht in einem anderen Zusammenhang. Ich finde, zu dem müssten wir als Sozialdemokraten uns stärker bekennen. Wenn wir die Menschen in Deutschland auffordern, sich zu verändern, wenn wir jeden Tag auf sie zukommen, als Menschen, als Politiker, denen es, wenigstens wenn sie Abgeordnete sind, besser geht als dem Schnitt der Bevölkerung, und ihnen sagen, dass sie sich darauf einstellen müssen, dass es zum Teil keine Zuwächse gibt, an der einen oder anderen Stelle vielleicht sogar einen Rückschritt, dann gehört es auch dazu, sich zu einer politischen und kulturellen Führerschaft zu bekennen und als Meinungselite in diesem Land, die den anderen Veränderung predigt, mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür ist die Vermögensteuer das Symbol.

Mir geht es im Kern – wir werden das ja auch erst am 16. November entscheiden – nicht um die Frage des Instruments, nicht darum, ob es die Vermögensteuer ist. Wenn ich sage, es soll kein Kindergeld für Reiche geben, springt Renate Schmidt gleich auf und sagt, dann gibt es Probleme mit der Verfassung. Wenn die SPD in den letzten 140 Jahren bei der Frage, ob sie für bestimmte Symbole der Gerechtigkeit

und der gleichmäßigen Belastung aller in unserem Land immer gefragt hätte, ob sie sie sofort in Gesetzestechnik umsetzen kann, dann wären wir nicht weit gekommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen, wenn wir das Land zu Veränderungen auffordern, bereit sein, dass diejenigen, die zu den tatsächlichen oder den vermeintlichen Eliten gehören, mit gutem Beispiel vorangehen. Dafür müssen sich Sozialdemokraten einsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist unerträglich, dass seit Monaten im Wesentlichen die darüber schreiben und reden, die von keiner der anstehenden Veränderungen auch nur im Geringsten betroffen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich habe vorhin zugehört, als Kurt Beck geredet hat. Er hat gesagt, jeder könne sich selber versichern lassen. Kurt, klar hast du Recht. Aber es muss für Sozialdemokraten doch auch darum gehen, Leute herauszufordern und sie bei dem zu packen, was wir sozialen Patriotismus nennen, was heißt, dass man sich nicht an jeder Stelle verpissen kann – um es einmal auf Niedersächsisch zu sagen –, statt mitzuwirken.

Gerd Schröder bringt viele wichtige Argumente dagegen. Insbesondere sagt er, das sei eine Substanzsteuer. Darüber werden wir ja noch reden. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn man das an dieser Stelle macht, dann muss die Partei – jetzt rede ich zur Erbschaftssteuer – beim zweiten Teil dieses Antrags am 16. November sehr genau aufpassen. Ich bin der festen Überzeugung, dass man die Vermögensteuer so ausgestalten kann, dass sie keine Substanzsteuer ist. Wenn wir aber das Immobilienvermögen der Betriebe gleichbehandeln wollen mit dem privaten Geldvermögen, wie es dieser Antrag vorsieht, dann geht ihr, liebe Genossinnen und Genossen, den Mittelständlern in der Tat an das Eigenkapital. Wir können das heute hier beschließen, weil am 16. November darüber abgestimmt wird. Aber lasst uns beide Dinge sauber auseinander halten und nicht nur, weil es sich so schön anhört, beide Dinge in einen Topf packen. Es ist gut, die Meinungseliten in die Verantwortung zu nehmen, sozialen Patriotismus einzufordern und auch rechtlich durchzusetzen, aber es ist nicht gut, an der anderen Stelle das Gegenteil von dem zu tun, was wir vorhin beschlossen haben, nämlich Mittelstand, Handwerk und Handel gerade im Bereich des Beteiligungskapitals zu stärken. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Heide Simonis: Das waren etwas längere drei Minuten. – Das Wort hat jetzt Hans Eichel.

Hans Eichel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Leitantrag 2 wird unmittelbar zu Leitantrag 1. Wir haben uns heute damit auseinander gesetzt und werden uns in der Zukunft hart damit auseinander setzen müssen, wie in der al-

ternden Gesellschaft und unter den speziellen deutschen Bedingungen der Wiedervereinigung unsere Ressourcen in Zukunft noch aufgebracht werden können.

Die zweite Frage steht in diesem Leitantrag 2. Wir werden in der Zukunft fürchterliche Verteilungskämpfe zwischen Alt und Jung nur vermeiden können, wenn wir wesentlich mehr Produktivität und wesentlich mehr Wachstum haben, und das unter den Bedingungen der alternden Gesellschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen, eine kurze Bemerkung zu der Steuerdebatte, weil es komisch wäre, wenn der Finanzminister dazu nichts sagen würde. Beteiligung der Reichen, ja. Ich will euch sagen, was wir bei der Einkommensteuer erreicht haben; es ist ja ärgerlich, dass das keiner sagt. Die oberen 10 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen zahlen 54 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer und die untere Hälfte zahlt nicht einmal 9 Prozent. Das ist in Ordnung so, liebe Genossinnen und Genossen, das ist auch sozialdemokratische Steuerpolitik.

Erreicht haben wir das dadurch – das ist ein zentrales Element gerechter Steuerpolitik, dass wir die Vergünstigungen abgebaut haben. Ihr wisst, das war ein Gesetz von Oskar Lafontaine – das sage ich positiv, so sehr ich mich sonst über ihn ärgere, bei dem ich noch mitgeholfen habe, dass wir das im Bundesrat durchbekommen, obwohl ich in Hessen die Landtagswahl verloren habe.

Was ich jetzt mit dem Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen erlebt habe, könnt ihr allemal nachvollziehen, weil wir genau diesen Weg weitergehen sollten.

Ich bin froh, dass der Antrag hier so vorliegt, damit wir im November eine Debatte führen, dann bitte aber auch abschließend, weil nichts schlimmer ist als ständige Steuerdebatten. Da hat Wolfgang Clement völlig Recht. Sie verunsichern ganz unnötig. Da muss man entscheiden und dann auch handeln. Anderenfalls muss man die Debatten lassen.

Wer darüber nachdenkt, dem sage ich: Es gibt neben dem Thema Vergünstigungen noch einen anderen Aspekt, den ihr genau sehen müsst. Es gibt nämlich eine riesige Steuerlücke nicht nur in Deutschland, sondern in Europa: die Besteuerung der Kapitalerträge. Das ist das Thema Zinssteuerrichtlinie, liebe Freunde. Das betrifft auch die verfassungswidrige Nichtdurchsetzung der Versteuerung der Gewinne bei Aktienveräußerungen. Das kann doch nicht so bleiben, wie es ist.

Da liegen die Probleme. Da liegt auch Geld, liebe Freunde. Lasst mich mit aller Klarheit zum Schluss sagen: Das Maß an Schwarzarbeit, das Maß an Betrug in den Sozialsystemen, das Maß an Betrug bei den Steuern kann so nicht bleiben. Wir brauchen im Lande eine Bewusstseinsänderung, dass klar ist: Der Ehrliche ist das Leitbild, nicht derjenige, der hinterzieht!

(Beifall)

Wenn ich die Zeitschriften sehe, die überall in den Arztpraxen und sonst wo ausliegen, die nichts weiter tun, als Tipps zu geben, nicht nur, wie man um die Steuern herumkommt – wenn es legal ist, kann ich ja nichts dagegen sagen –, sondern wie man illegal darum herumkommt, dann muss ich sagen: Da hört der Spaß in diesem Lande auf!

(Beifall)

Bei diesem Thema kenne ich vom Datenschutz bis sonst wohin alle Bedenkenträger. Ich will keinen Schnüffelstaat, aber ich will ganz einfach, dass die geschuldeten Steuern von jedem gezahlt werden. Wäre das so, sähe dieses Land anders aus.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Für die Antragskommission hat zum Leitantrag 2 jetzt Hubertus Heil das Wort.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Für die Antragskommission noch einmal der deutliche Hinweis, auch wenn sich die Redebeiträge auf die Frage des Umgangs mit Erbschaften und Vermögen konzentriert haben: Der Antrag ist weit mehr. Er macht deutlich, dass wir Wohlstandssicherung und soziale Gerechtigkeit als zwei wichtige Aufgaben begreifen. Franz Müntefering hat immer zu Recht gesagt, es gebe Gerechtigkeit auch auf ganz niedrigem Niveau, nämlich wenn der Wohlstand niedrig ist und es wenig zu verteilen gibt.

Damit wollen wir uns nicht aufhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland wieder auf einen langfristigen Wachstumspfad kommt. Dafür ist es wichtig, dass wir mit diesem zweiten Leitantrag deutlich machen, dass dieses Land vier Standortvorteile hat, die wir wiederbeleben wollen, die auf eine schiefe Ebene geraten sind.

Es handelt sich zum einen um die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer. Das ist immer ein wichtiger Standortvorteil gewesen. Deswegen ist es wichtig, dass wir deutlich machen, dass wir dort Chancen eröffnen.

Der zweite Punkt betrifft Wissenschaft und Forschung. Auch das ist heute schon gesagt worden: Wir müssen verdammt aufpassen, dass wir nicht auf eine schiefe Ebene geraten, dass wir uns nicht mit dem Zustand zufrieden geben, dass wir mehr Hochtechnologie importieren als exportieren.

Der dritte Punkt, der in Deutschland noch immer exzellent ist, für den wir aber etwas tun müssen, ist die Infrastruktur in diesem Lande. Auch dazu hat der Antrag wichtige Inhalte – Public Private Partnership und vieles andere – auf Initiative der Genossinnen und Genossen aus Nordrhein-Westfalen. Dafür danke ich Kurt Bodewig an dieser Stelle.

Es ist viertens ein wichtiger Standortvorteil nicht nur für die demokratische Entwicklung in diesem Lande, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung in die-

sem Lande, dass wir sozialen Frieden haben. Da ist es wichtig, dass wir Sozialreformen angehen, wie die Agenda 2010 es vorsieht. Wir müssen aber weiter diskutieren. Dafür gibt der Antrag eine ganze Menge her.

Für die Antragskommission noch eine Bemerkung zu Peter Friedrich aus Baden-Württemberg. Lieber Peter, bei aller persönlichen Sympathie für das Vorhaben beispielsweise hinsichtlich der Föderalismusreform und anderes – Sigmar, da geht es nicht nur um Bürokratieabbau –: Das bis zum November zu leisten sah die Antragskommission einfach nicht als machbar an. Es ist notwendig, dass wir darüber reden, wie es mit den Mischfinanzierungssystemen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen aussieht. Diese Debatte ist zu führen.

Dies würde allerdings den Auftrag an die Kommission erschweren. Deshalb haben wir gesagt, dass wir diesen Initiativantrag nicht übernehmen, lieber Peter. Die Debatte aber ist wichtig.

Zusammenfassend möchte ich sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Alle sind eingeladen, sich zu beteiligen. Dieser Parteitag – das kann man schon jetzt sagen – ist für unsere Partei ein großer Erfolg: Wir müssen dafür sorgen, dass wir programmatisch weiter nach vorn kommen. Dafür ist der ordentliche Parteitag eine wichtige Stelle. Dafür ist die Grundsatzprogrammdiskussion und dafür ist auch dieser Antrag, liebe Genossinnen und Genossen, ein wichtiger Schritt. Deshalb bitte ich euch um Zustimmung in der Fassung der Antragskommission. Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Ich rufe dann den Leitantrag 2, den Initiativantrag 13 und den Initiativantrag 14 auf. Wir lassen zunächst über den Initiativantrag 13 abstimmen, der ja eine Einfügung in den Leitantrag 2 bedeutet.

Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist der Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen worden.

Dann rufe ich den Leitantrag 2 auf. Er soll mit dieser Veränderung aus dem Initiativantrag 13 in der Fassung der Antragskommission angenommen werden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit so angenommen.

Dann rufe ich den Initiativantrag 14 auf. Er soll an die Arbeitsgruppe „Wege in einen neuen Fortschritt“ überwiesen werden. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig.

Dann darf ich jetzt die sonstigen Anträge aufrufen, die im Antragsbuch auf den Seiten 156 bis 160 stehen. Das sind die Anträge S 1 bis S 15. Diese müssen wir jetzt der Reihe nach leider noch schnell durchgehen.

Antrag S 1: Geschlechtsneutrale Sprache. Erledigung durch Annahme des Leitantrags in der Fassung der Antragskommission. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Eine einzige Gegenstimme.

S 2: Regierungsprogramm 2002. Erledigt durch Koalitionsvereinbarung. Wer ist hier etwa dagegen? – Wer enthält sich? – Alle sind derselben Meinung.

Ich rufe S 3 auf: Ziele sozialdemokratischer Politik im Bund. Erledigt durch Praxis. Hat jemand was dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Alle sind der Meinung: erledigt durch Praxis.

S 4: Erneuerung der politischen Führung. Überweisung an den Parteivorstand. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich nehme an, ihr seid so ermatetet, dass ihr alle dafür seid.

S 5: Abschaffung demokratisch nicht legitimer Strukturen. Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung. Wer die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung mit diesem schönen Thema beschäftigt wissen möchte, muss jetzt bitte die Karte hochheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einige Gegenstimmen. Da kann ich nur sagen: Viel Spaß mit diesem Antrag!

S 6: Bei den Reformen mit gutem Beispiel vorangehen! Dort wird vorgeschlagen: Nichtbefassung, weil wir alle immer mit gutem Beispiel vorangehen. Seid ihr einverstanden, dass wir uns damit nicht befassen? – Es sieht so aus.

S 7: Innerparteiliche Abstimmung. Es wird Ablehnung vorgeschlagen. Wer möchte etwa dagegen sein, dass das abgelehnt wird? – Wer ist dafür, dass das abgelehnt wird? – Das ist, wie gesagt, der ermattete Rest.

Dann kommt S 8: Kommunikationsstrategie. Erledigt durch Praxis. Möchte einer etwa etwas dagegen sagen? Jetzt müsstet ihr alle jubelnd klatschen. Wer ist dagegen, dass wir der Meinung sind, das ist erledigt durch Praxis? – Ein paar Stimmen sind dagegen. – Enthaltungen? – Auch ein paar. Die Mehrheit ist der Meinung, es ist erledigt.

S 9: Regionalkonferenzen. Überweisung an den Parteivorstand. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Alle sind dafür, dass sich der Parteivorstand damit beschäftigt.

S 10: Reformierung des Beamtenrechts und des öffentlichen Dienstes. Jetzt schön aufpassen. Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer ist dafür? – Jetzt werden wieder ein paar wach. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei ein oder zwei Gegenstimmen die große Mehrheit.

S 11: Begrenzung nicht tarifgebundener Leistungen. Erledigt durch Zeitablauf, was auch immer das heißen mag. Wer zustimmt, dass das durch Zeitablauf erledigt ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einige Enthaltungen. Die Mehrheit ist der Meinung, das ist durch Zeitablauf erledigt.

S 12: Bündnis für Arbeit. Erledigt durch Zeitablauf. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ein paar Gegenstimmen. Der Rest ist der Meinung, es ist durch Zeitablauf erledigt.

Wir kommen zum Antrag S 13, Zahnersatz-Zuschuss. Die Empfehlung lautet auf Ablehnung. Wer möchte ablehnen? – Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Wer enthält sich der Stimme? Ich gehe davon aus, dass die große Mehrheit ablehnt.

Wir kommen zum Antrag S 14, Tabakkontrollpolitik. Der Vorschlag lautet auf Überweisung an die Bundesregierung. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sah nach einer einstimmigen Zustimmung aus.

Damit kommen wir zum Antrag S 15, Experimentierklausel Hausgemeinschaften in der Pflegeversicherung. Der Vorschlag lautet auf Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen ist das mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind wir durch. Ich darf mich im Namen des Präsidiums bei euch allen bedanken. Ihr habt es uns relativ einfach gemacht.

(Beifall)

Ich darf den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler, dem ich für seinen heutigen Erfolg gratulieren darf, das Schlusswort geben.

(Beifall)

Schlusswort Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe hier eine interessante Agenturmeldung. Ich sage nicht, von welcher Agentur. Da steht: Der britische Premierminister Tony Blair sagte bei seiner Ankunft in Genf, von wo er nach Evian weiterreist, er sehe Anzeichen einer konjunkturellen Verbesserung in den USA wie in Europa: Auch Fortschritte beim Kampf gegen den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen würden den Finanzmärkten Vertrauen in die Zukunft geben.

Der letzte Satz lautet, US-Präsident George W. Bush und Kanzler Schröder würden bei dem Treffen Berichte über die wirtschaftliche Lage in ihren Ländern geben.

In der Tat, liebe Genossinnen und Genossen: Ich nehme an, dass wir das tun werden. Dabei wird sicher der eine über die Haushaltsdefizite und die ökonomischen Folgen, die das hatte, zu berichten haben. Der andere wird sehr stolz darauf hinweisen können, dass es heute einen Parteitag der deutschen Sozialdemokraten gegeben hat, bei dem beschlossen worden ist, was Deutschland – und damit auch Europa – ökonomisch und sozial voranbringen wird, nicht auf einen Schlag, aber schon, was die Perspektive angeht. Der von meinem Freund Tony Blair apostrophierte „deutsche Bundeskanzler“ wird sehr stolz darauf hinweisen, dass die deutschen Sozialdemokraten die Herausforderungen, die in der Globalisierung, in der schwierigen internationalen Lage liegen, selbstbewusst und ohne zu zögern angenommen haben und nach einer intensiven und harten Debatte, nach Kontroversen, die wir miteinander auszustehen hatten, zu einer großen Gemeinsamkeit gefunden haben.

Ich gestehe, dass ich 90 Prozent Zustimmung zum Leitantrag weder erwartet noch erhofft habe. Aber froh und glücklich bin ich trotzdem darüber. Ich bedanke mich bei euch dafür, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir werden jetzt hart arbeiten, um neues Vertrauen zu gewinnen. Ich habe sehr wohl die Mahnung aus der Mitte des Parteitags heraus wahrgenommen, die auch meine ständige Mahnung an die Mitglieder meiner wunderbaren Regierung ist, wenn ich in mein karg bemessenes Wochenende fahre: Ein Interview weniger tut es auch.

(Beifall)

Ich will keinen in besonderer Weise ansprechen, aber die Erwartung des Parteitages an uns wiedergeben, die wir Parteiführung sind – und ich schließe mich gar nicht aus, nämlich, dass wir das Maß an Geschlossenheit und Disziplin selber wahren, das wir von dieser Partei heute bekommen haben.

(Beifall)

Das ist auch ein Versprechen, bei dem ich sicher bin, dass wir auf dem ordentlichen Parteitag im November danach gefragt werden. Ich bin mir ganz sicher, dass wir uns nicht darauf verlassen können, dass, wenn wir dieses Versprechen nicht einhalten, Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel uns raushauen. Ich glaube nicht, dass sie das tun werden. Sie haben heute – ich bin ihnen beiden sehr, sehr dankbar dafür – uns alle daran erinnert, welches Maß an Dankbarkeit, an Respekt und – lasst uns das ruhig einmal sagen – an Verehrung wir denen schuldig sind, die für unsere Partei und unser Land so unglaublich viel geleistet haben.

(Beifall)

Hans-Jochen, lass mich das hinzufügen, den hochroten Kopf werde ich nie vergessen, selbst da nicht, wo er meinetwegen hochrot wurde, was mir immer Leid getan hat, was ich damals nicht ändern konnte, wo ich aber zu lernen hatte. Das ist geschehen.

Ich will jemandem ausdrücklich danken, der die Last der Vorbereitung der Regional-konferenzen und auch dieses Parteitages getragen hat und der in den Medien gelegentlich als einer dargestellt worden ist, der noch nicht so recht begriffen hat, wie diese Partei ist und wie sie funktioniert. Ich meine Olaf Scholz, unseren Generalsekretär, dem ich für seine Arbeit sehr dankbar bin.

(Beifall)

Er hat gute und große Arbeit geleistet.

Damit es ganz im Sinne dessen, was man mir immer unterstellt, nicht zu pathetisch und gefühlig wird, sage ich ganz einfach: Ich bin glücklich, nach Evian reisen zu können, eine stolze, eine gute, eine entschlossene Sozialdemokratie mit einer Regierung, die das Land voranbringen will, international präsentieren zu können. Dass das möglich ist, liebe Genossinnen und Genossen, dazu habt ihr beigetragen. Deswegen dürft ihr jetzt in Frieden und in netter Stimmung zu euren Familien nach Hause fahren. Tut das auch! Das ist meine Bitte.

Der Parteitag ist geschlossen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

(Schluss: 16.47 Uhr)

Delegiertenliste

Delegierte Landesverbände und Bezirke

Landesverband Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Buder, Detlef
Hagedorn, Bettina
Hannemann-Röttgers, Birgit
Kuhlwein, Eckart
Mehl, Ulrike
Möller, Claus
Nabel, Konrad
Nöbel, Anke
Piecyk, Wilhelm

Rix, Sönke
Rohwer, Maike
Rossmann, Ernst Dieter
Schirmmacher, Helga
Stadelmann, Falk
Steen, Antje-Marie
Wenghöfer, Jörg
West, Clara Margarete
Winckel-Rienhoff, Heiko

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Christiansen, Rolf
Hacker, Hans-Joachim

Kuhlmann, Margret
Reinke, Christian

Landesverband Hamburg

Blankau, Jutta
Damerau, Inka
Dees, Hans-Christoff
Duden, Barbara
Egloff, Ingo

Hilgers, Andrea
Krupp, Christoph
Meissner, Hans-Joachim
Riedel, Jörn
Stölting, Thomas

Landesverband Bremen

Kummer, Uta
Liess, Max
Mögling, Uwe

Schuster, Joachim
Wulff, Barbara

Nord-Niedersachsen

Borngräber, Jürgen
Casper, Eva-Maria
Falldorf, Heiner

Neumann, Wolfgang
Pfungsten, Karla
Ströbele, Gunda

Weser-Ems

Brammer, Axel
Dreier, Michael
Fuchs, Fritz
Groote, Matthias
Haase, Hans-Dieter
Heußén, Günther
Hilger, Alfred
Lüpke, Willi
Naber, Hanna

Robbe, Reinhold
Schmidt, Norbert
Schröder, Tobias
Streblau, Monika
Stuntebeck, Kristina
Westermann, Susanne
Will, Christine
Wilts, Anke

Hannover

Andres, Gerd
Andretta, Gabriele
Behbehani, Helmi
Fahimi, Yasmin
Finke, Karl
Griefahn, Monika
Groffmann-Krumsiek, Marianne
Heiligenstadt, Frauke
Heims, Elke
Jaquet, Jörg
Jüttner, Wolfgang
Lenz, Günter
Leuschner, Sigrid

Libal, Ulrike
Lösekrug-Möller, Gabriele
Schmidt, Timo
Schostok, Stefan
Sieben, Eduard
Somfleth, Brigitte
Sonntag, Angelika
Stolle, Tom
Tonne-Jork, Elke
von Larcher, Detlev
Walter, Cornelia
Watermann, Ulrich
Wolf, Ernst-August

Braunschweig

Baas, Hans-Hermann
Bothe, Karin-Marlen
Georg, Carsten
Heil, Wolfgang-Hubertus
Heinrich, Antje
Lehrmann, Birgit

Mewes, Volker
Rehm-Köster, Renate
Schnute, Bettina
Tanke, Detlef
Widuckel, Werner

Sachsen-Anhalt

Budde, Katrin
Eichler, Wolfgang
Häußler, Ingrid
Kaspereit, Sabine

Mittendorf, Madeleine-Rita
Püchel, Manfred
Sterz, Bernhard
Stockmann, Ulrich

Brandenburg

Bahr, Ernst
Böttcher, Karl-Ludwig
Förster, Heidrun
Gregor, Martina
Molkentin, Katrin

Spiegel, Anja
Steffen, Frank
Thiel-Vigh, Angelika
Von Schrötter, Ria

Berlin

Damrat, Anna
Felgentreu, Fritz
Fugmann-Heesing, Annette
Holzhüter, Ingrid
Kolatz, Dilek
Lange, Brigitte
Lindenberg, Christina

Matthae, Andreas
Merkel, Petra
Rawert, Mechthild
Rosin, Nicole
Strieder, Peter
Ulbricht, Klaus
Vollrath, Sven

Hessen-Nord

Giese, Thomas
Gottschalck, Ulrike
Jopp, Siegfried
Kaufmann, Jürgen
Krausbauer, Renate
Kuhnsch, Ursula
Lappöhn, Ellen
Rudolph, Werner

Ruffert, Detlef
Schotte, Brigitte
Spanknebel, Björn
Strube, Christian
Szeder, Karin
Vollmer, Dieter
Waschke, Sabine

Hessen-Süd

Brillmann, Claudia
 Bullmann, Udo
 Ceyhun, Ozan
 Dittmar, Ansgar
 Frey, Franz
 Glenz, Wolfgang
 Görig, Manfred
 Hauer, Nina
 Hechler, Katrin
 Hoffmann, Christel
 Hoffmann, Walter
 Jordan, Jörg
 Kollatz-Ahnen, Matthias
 Leß, Daniela
 Lotz, Erika
 Machalitzky, Jörg-Jens
 Nissen, Ulrike

Sachsen

Dietrich, Günter
 Dulig, Martin
 Fornahl, Rainer
 Gersdorf, Bernd
 Görke, Otto

Saarland

Braun, Reiner
 Britz, Charlotte
 Ferner, Elke
 Fischer-Theobald, Sabine
 Henz, Roland
 Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
 Jost, Reinhold
 Klug, Astrid
 Kolb, Gisela

Ober, Erika
 Pauly-Bender, Judith
 Pighetti, Marco
 Pipa, Erich
 Reichenbach, Gerold
 Rethmeier, Daniel
 Reuter, Michael
 Schäfer-Gümbel, Thorsten
 Schmidt, Dagmar
 Schmitt, Norbert
 Schuster, Wolfgang
 Streb-Hesse, Rita
 Vandreike, Joachim
 Voigt, Karin
 Ypsilanti, Andrea
 Zapf, Uta

Ligotzki, Karl-Heinz
 Schwanitz, Rolf
 Schwarz, Gisela
 Volkmer, Marlies
 Weigel, Andreas

Lawall, Karin
 Leinen, Josef
 Maringer, Evi
 Pauluhn, Stefan
 Ries, Isolde
 Scherer, Petra
 Staudt, Alfred
 Stritter, Hans Georg

Baden-Württemberg

Adler, Brigitte
 Arnold, Rainer
 Bindig, Rudolf
 Binding, Lothar
 Buchen, Renate
 Bury, Hans Martin
 Caspers-Merk, Marion
 Castellucci, Lars
 Dreßen, Peter
 Drexler, Wolfgang
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Erler, Gernot
 Friedrich, Peter
 Friese, Harald
 Gradistanac, Renate
 Graner, Jürgen
 Hausmann, Rudolf
 Juratovic, Josip
 Knauss, Renate
 Kressl, Nicolette

Kumpf, Ute
 Lange, Christian
 Mark, Lothar
 Martus, Anne
 Mattheis, Hildegard
 Mönikes, Jan
 Rehbock-Zureich, Karin
 Reisser, Michael
 Rollwagen, Christa
 Rosemann, Martin
 Roth, Karin
 Schmidt-Kempe, Beate
 Schmitt, Rainer
 Schöll, Sarah
 Tauss, Jörg
 Templ, Karl-Ulrich
 Weckenmann, Ruth
 Weisheit, Matthias
 Weisskirchen, Gert
 Wimmer, Brigitte

Rheinland-Pfalz

Ahnen, Doris
 Auernheimer, Brigitte
 Barnett, Doris
 Beck, Kurt
 Breuer, Tanja
 Conrad, Jürgen
 Decker, Ursula
 Fuhr, Alexander
 Gerster, Florian
 Hammer, Klaus
 Härtel, Roland
 Hartmann, Michael
 Hütten, Achim
 Itzek, Gerd
 Kazungu, Giorgina
 Kerz, Inge
 Kittl, Denis

Klamm, Hannelore
 Mertes, Joachim
 Mertes, Josef Peter
 Müller, Rosemarie
 Neuser, Norbert
 Pörksen, Carsten
 Pütz, Angelika
 Ramsauer, Günther
 Reck, Petra
 Reich, Beate
 Rösch, Günter
 Schmitt, Astrid
 Schweitzer, Alexander
 Siegrist, Hildrun
 Steinebach, Christa
 Walter, Ralf
 Zoller, Peter

Bayern

Bayersdorfer, Edith
 Bieber, Elisabeth
 Biedefeld, Susann
 Blaschke, Ulrich
 Deckwerth, Ilona
 Dörfler, Roland
 Dullinger, Angelica
 Esser, Antje
 Fischer, Susanne
 Graf, Angelika
 Groß, Werner
 Grötsch, Eberhard E.
 Hahnzog, Klaus
 Hebertinger, Renate
 Hoderlein, Wolfgang
 Höhl, Walter
 Hufe, Peter
 Karl, Annette
 Kempf, Matthias
 Ketterle, Christian
 Kirchner, Ralf
 Kirmeier, Ursula
 Klein, Barbara
 Koch, Helga
 Kolbow, Walter
 Kramme, Anette
 Kubatschka, Horst
 Lippmann, Utha
 Macher, Elke
 Möstl, Fritz
 Naser, Volker
 Negele, Christine
 Neubecker, Renate
 Noichl, Maria
 Olbrich, Gerhard
 Ostler-Scharl, Maria
 Peffgen-Dreikorn, Anita
 Peitzsch, Wolfgang
 Pronold, Florian
 Rösch, Rita
 Rupp, Adelheid
 Schaller, Marcel
 Scherzer, Axel
 Schieder, Werner
 Schmid, Herbert
 Schmitt, Rosemarie
 Schnarr, Patricia
 Simm, Erika
 Sonnenholzner, Kathrin
 Strobl, Reinhold
 Tausend, Claudia
 Vogel, Christian
 Wasserrab, Dagmar
 Weipert, Irene
 Weiß, Amely
 Weitzer, Josef
 Werner-Muggendorfer, Johanna
 Wiedemann, Leo
 Wright, Heidi
 Zurek, Beatrix

Nordrhein-Westfalen

Akgün, Lale
 Albrecht-Mainz, Elia
 Albrecht-Winterhoff, Inge
 Ansoerge, Ursula
 Bäcker, Helmut
 Bährendt, Birte
 Bas, Bärbel
 Berg, Ute
 Beucher, Friedhelm Julius
 Bollmann, Gerd
 Brandner, Klaus
 Brennecke-Roos, Karla
 Bruckmann, Hans-Günter
 Bukowski, Ingrid
 Canisius, Renate
 Carmesin, Friedrich
 Costanzo, Luigi
 Dieckmann, Dietmar
 Dörmann, Martin
 Ebenbeck, Frank
 Eicker, Hermann Josef
 Engels, Günter
 Esser, Elke
 Esser, Frank
 Estermann, Klaus
 Fabry, Susanne
 Felderhoff, Fritzi Marie
 Feldmann, Annegret
 Fragemann, Friedhelm
 Gebhard, Heike
 Gerland, Ingrid
 Gödecke, Carina
 Göllner, Uwe
 Göllner, Stefanie
 Gran, Stefan
 Greenall, Sigrid
 Großmann, Achim
 Grotthaus, Wolfgang
 Haas, Hildegard
 Harrack, Günter
 Härtel, Birgit
 Hartmann, Horst-Dieter
 Heidtmann, Jürgen
 Hempelmann, Rolf
 Herter, Marc
 Hetmeier, Marita
 Hirsch, Marina
 Hochhausen, Gertrud
 Horstmann, Axel
 Humme, Christel
 Jäger, Annette
 Jahl, Armin
 Joisten, Christian
 Karl, Christiane
 Kelm-Schmidt, Sabine
 Kings, Josef
 Kirschenbaum, Erwin
 Knopf, Karin
 Komarnicki, Johann
 Kortmann, Karin
 Koschorreck, Elisabeth
 Krupp-Knierim, Ute
 Küpper, Klaus
 Langemeyer, Gerhard
 Lenz, Ralf-Dieter
 Link, Sören
 Liß, Elisabeth
 Löhr, Karin
 Loos, Helmut-Rainer
 Lück, Anne
 Mertens, Klaus
 Molloisch, Daniel
 Mühlenfeld, Dagmar
 Müller, Michael
 Müller, Susanne
 Müller-Witt, Elisabeth
 Neitzke, Gerhard
 Nietan, Dietmar
 Nottebohm, Doris
 Ott, Jochen
 Pflingsten, Jutta
 Pflug, Johannes

Preuß, Gabriele
 Reineke, Johannes-M
 Richter, Bärbel
 Riesmeier, Wilhelm
 Rohr, Elke
 Rosenbohm, Veronika
 Rusche, Karl-Heinz
 Sahin, Niyazi
 Schadt, Nina
 Schäfer, Ute
 Scheffler, Michael
 Schiefner, Udo
 Schilling, Björn
 Schmeltzer, Rainer
 Schmidt, Dagmar
 Schmitz, Elke
 Schnittka-Kalelioglu, Juliane
 Schubert-Hartmann, Inga
 Schulten, Hans Walter
 Schultheis, Karl

Schultz, Reinhard
 Schumann, Michelle
 Sigges, Manfred
 Singer, Johannes
 Smolenaers, Hans
 Stein, Heinz-Jürgen
 Stinka, Andre
 Stöckel, Rolf
 Stotko, Thomas
 Strässer, Christoph
 Strehl, Volker
 Tsalastras, Apostolos
 Vennebusch, Reinhold
 Vöge, Horst
 Wend, Rainer
 Wiefelspütz, Dieter
 Wiggernhorn, Maria
 Yüksel, Serdar
 Zöllmer, Manfred
 Zorn, Gerhard

Delegierte mit beratender Stimme

Kontrollkommission

Randzio-Plath, Christa
 Kuhlwein, Eckart
 Arndt, Rudi
 Galwik, Gerlind
 Hoffmann, Dr. Petra

Kompe, Gerhard
 Mattischeck, Heide
 Meinhold, Walter
 Weisskirchen, Gert

Parteirat

Vorsitzender:
 Rüdiger Fikentscher

LV Schleswig-Holstein

Stefan Eckner
 Gabriele Kötschau
 Claus Möller
 Roswitha Müllerwiebus
 Willi Piecyk

LV Mecklenburg-Vorpommern

Bodo Wiegand-Hoffmeister
 Uwe Hänsch

LO Hamburg

Jutta Blankau
 Olaf Scholz
 Dorothee Stapelfeldt

LO Bremen

Siegfried Breuer
 Wolfgang Grotheer

Bez. Nord-Niedersachsen

Christina Bührmann
 Dieter Möhrmann

Bez. Weser-Ems

Hans Forster
 Doris Fritz
 Swantje Hartmann

Bez. Hannover

Gabriele Andretta
 Yasmin Fahimi
 Elke Heims
 Wolfgang Jüttner
 Wolf Kutzer
 Ulrich Watermann

Bez. Braunschweig

Petra Emmerich-Kopatsch
 Hubertus Heil
 Renate Jürgens-Pieper

LV Sachsen-Anhalt

Rüdiger Fikentscher
 Elrid Wollkopf-Dittmann

LV Brandenburg

Dennis Granzow
 Angelika Schneider

LV Berlin

Klaus Uwe Benneter
Monika Buttgerit
Hella Dunger-Löper
Jörg-Otto Spiller

LV Nordrhein-Westfalen

Birgit Alkenings
Dagmar Arnkens-Homann
Jürgen Coße
Petra Crone
Ruth Damwerth
Uwe Göllner
Sanda Grätz
Michael Groschek
Raphaella Hahn
Helene Hammelrath
Heinz Hunger
Bettina Kohlrausch
Loke Mernizka
Dagmar Mühlenfeld
Dietmar Nietan
Jochen Ott
Bernhard Rapkay
Mechtild Rothe
Axel Schäfer
Ulla Schmidt
Juliane Schnittka
Frank Schwabe
Birgit Sippel
Apostolos Tsalastras
Dieter Wiefelspütz

Bez. Hessen-Nord

Eberhard Fischer
Alfred Hartenbach
Gerhard Kakalick
Christine Schmarsow

Bez. Hessen-Süd

Petra Fuhrmann
Willi Görlach

Gernot Grumbach
Jörg Jordan
Christine Lambrecht
Dagmar Schmidt
Norbert Wiczorek

LV Thüringen

Simone Fischer
Wilhelm Schreier

LV Sachsen

Holger Preische
Simone Raatz
Simone Viola

LV Saar

Michael Burkert
Roswitha Hollinger
Leo Petry
Rainer Tabillion

LV Rheinland-Pfalz

Jürgen Conrad
Florian Gerster
Anne Kipp
Ursula Mogg
Axel Redmer
Renate Pepper
Dieter Schiffmann
Lydia Westrich

LV Baden-Württemberg

Hermann Bachmeier
Elfriede Behnke
Hanna Binder
Ivo Gönner
Carsten Gilbert
Tanja Sagasser
Regina Schmidt-Kühner
Gerhard Zambelli

LV Bayern

Gerhard Eickelpasch
Walter Höhl
Ralf Mattes
Herbert Müller
Volker Naser
Angelika Roth

Bundestagsfraktion

Arndt-Brauer Ingrid
Bertl Hans-Werner
Brinkmann Bernhard
Dzembitzki Detlef
Edathy Sebastian
Ernstberger Petra
Fograscher Gabriele
Haack Karl-Hermann
Hartnagel Anke
Hilsberg Stephan
Kastner Susanne
Kemper Hans-Peter
Küchler Ernst

Bundesschiedskommission

Kohl, Hannelore
Bull, Hans Peter
Teichmüller, Ingrid
Westerhof, Heide-Urte

Mitglieder SPD-Gewerkschaftsrat

Christine Bergmann
Edelgard Bulmahn
Wolfgang Clement
Herta Däubler-Gmelin
Hans Eichel
Ursula Engelen-Kefer
Konrad Freiberg

Quirin Schimeta
Albert Schmid
Horst Schmidbauer
Gunthild Schroeter
Jella Teuchner
Beate Wörl

Küster Uwe
Körper Fritz Rudolf
Marks Caren
Meckel Markus
Reimann Carola
Röspel Rene
Scheffler Siegfried
Schwall-Düren Angelica
Spiller Jörg-Otto
Thönnies Franz
Weis Petra
Wicklein Andrea

Pfeiffer, Helmut
Risse, Johannes
Rixecker, Roland

Norbert Hansen
Dietmar Hexel
Wolfgang Jäger
Franz-Josef Lersch-Mense
Franz Müntefering
Franz-Josef Möllenberg
Margret Mönig-Raane

Heinz Putzhammer
 Rudolf Scharping
 Renate Schmidt
 Hubertus Schmoldt
 Olaf Scholz
 Gerhard Schröder
 Michael Sommer
 Eva-Maria Stange

Frank-Walter Steinmeier
 Wolfgang Thierse
 Ute Vogt
 Inge Wettig-Danielmeier
 Heidemarie Wiczorek-Zeul
 Klaus Wieseühgel
 Klaus Zwickel

Mitglieder des Europäischen Parlaments

Hänsch, Klaus
 Hoff, Magdalene

Krehl, Konstanze
 Schmid, Gerhard

Rednerverzeichnis

Redner	Seite	Redner	Seite
Beck, Kurt, Vorsitzender	ab 57, 92 f	Nissen, Ulrike	39 f
Blankau, Jutta	77 ff	Ott, Jochen	48 ff
Clement, Wolfgang	50 ff, 83 ff	Pfaff, Martin	89
Dees, Hans Christoph	7 f	Pronold, Florian	113
Eichel, Hans	119 ff	Reinke, Christian	76 f
Eppler, Erhard	41 ff	Rosemann, Martin	94 f
Felgentreu, Fritz	40 f	Schäfer, Torsten	87 ff
Fikenscher, Rüdiger	11	Schartau, Harald	37 ff, 101 f
Friedrich, Peter	112 f	Scherff, Henning	28 ff
Gabriel, Sigmar	118 f	Schmidbauer, Horst	96 f
Gran, Stefan	99 f	Schmidt, Ulla	107 f
Grumbach, Gernot	79 f	Schmitt, Rainer	102
Hausmann, Rudolf	78 f	Scholz, Olaf	32 ff, 82 f, 103 f
Heil, Hubertus	121 f	Schreiner, Ottmar	34 ff
Hilger, Alfred	81 f	Schröder, Gerhard	13 ff, 85 f, 125 ff
Junker, Karin	100 f	Schuster, Joachim	73 f
Kuhlwein, Eckart	115 f	Simonis, Heide, Vorsitzende	ab 115, 95
Maas, Heiko	113 f	Skarpelis-Sperk	74 f
Maget, Franz	11	Steinbrück, Peer, Vorsitzender	ab 91
Matschie, Christoph	7 f	Sterz, Bernhard	59
Maurer, Ulrich	91	Strehl, Volker	104 ff
Möller, Claus	44 ff	Thierse, Wolfgang	7
Müller, Michael	52 ff, 116 ff	Vogel, Hans-Joachim	54 ff
Müntefering, Franz	60 ff, 105 ff	Vogt, Ute, Vorsitzende	ab 28
Nahles, Andrea	31 ff	Wiczorek-Zeul, Heidemarie	46 ff